

Die Reichstagsession von 1879.

1. Der deutsch-österreichische Handelsvertrag.

21. Februar 1879.

Der Reichstag wurde durch Kaiserliche Verordnung vom 23. Januar 1879 einberufen und durch den Kaiser persönlich am 12. Februar eröffnet. Der Reichskanzler beteiligte sich an den Verhandlungen zuerst in der 7. Sitzung am 21. Februar bei der Beratung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Tags vorher war die Vorlage und die gesamte Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck der Gegenstand heftiger Angriffe des Abgeordneten Eugen Richter gewesen, welche der Kanzler nun abwehrte:

Ich habe der Verhandlung gestern leider wegen Behinderung durch anderweitige Geschäfte nicht beiwohnen können und nehme deshalb heute Gelegenheit, auf einige Bemerkungen aus der gestrigen Diskussion zu antworten, soweit sie mir inzwischen zugänglich geworden sind. Zuerst in Bezug auf die Ausstellung, die der Herr Abgeordnete Delbrück an dem vorliegenden Vertrage machte, daß er nicht auf 3 bis 6 Monate länger geschlossen sei*). Ich

*) Der Vertrag war auf die Dauer eines Jahres bis zum 31. Dezember 1879 abgeschlossen.

würde die längere Dauer meinerseits sehr gern in den Vertrag hineingebracht haben, wenn wir ihn allein zu diktieren gehabt hätten; aber ich glaube nicht, daß wir ohne wesentlichen Zeitverlust mit Oesterreich zu einer weiteren Verhandlung gekommen wären. Es hat in der kurzen Zeit, die uns geblieben war, schon Mühe genug gemacht, weil Oesterreich von uns erwartete, wir werden durch das Bedürfnis des Vertrages so gedrängt, daß wir uns fügen würden, und bis auf den letzten Moment wartete. Die Zeit war schon so kurz, daß wir recht zufrieden waren, diesen Abschluß zu erreichen. Von den gesetzgebenden Gewalten unter Umständen, falls Oesterreich inzwischen geneigt sein sollte, diesen Vertrag auf eine längere Zeit zu bewilligen, die Ermächtigung zu erbitten, darauf eingehen zu dürfen, liegt in meiner Absicht vor dem Schlusse des Reichstages.

Allerdings möchte ich auch, bevor ich in neue Verhandlungen mit Oesterreich eintrete, wissen, wie die gesetzgebenden Gewalten sich zu den Reformvorlagen in Bezug auf die Zolltarife stellen werden, die augenblicklich für den Bundesrat vorbereitet werden. Ich glaube, wir haben Zeit genug, uns die Frage der Verlängerung dieses Vertrages mit Oesterreich, immer, falls Oesterreich will — woran ich wenig Glauben habe — zu überlegen.

Ich will dem System der Handelsverträge im ganzen nicht entgegentreten; ein Handelsvertrag an sich ist nicht, was ich erstrebe, es kommt auf den Inhalt an. Die anscheinend glänzenden Resultate, welche die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrtabellen gewähren, täuschen bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sehr, weil wir keine Ursprungsatteste haben. In unsrer Einfuhr nach Oesterreich ist, wie der Herr Abgeordnete Delbrück gestern schon

sehr richtig bemerkte, der ganze Transit des westlichen und nordwestlichen Europa durch Deutschland und Oesterreich mit einbegriffen. In unsrer Einfuhr nach Belgien und Frankreich, von welcher der Herr Abgeordnete Richter rühmt, daß sie im Steigen begriffen wäre, ist der ganze Transit durch Deutschland, den die russische und österreichische Importation, die wir zum Nachteil unsres früheren Handels mit Belgien und Frankreich in den analogen Produkten durch unsre Eisenbahntarife wesentlich gefördert haben, ist diese ganze Produktion mit einbegriffen, und ich glaube, eine genauere Untersuchung wird ergeben, daß bei den Ziffern, die der Herr Abgeordnete Richter für unsern Transport nach Frankreich, Belgien und Holland anführte, der Transport für Rußland und Frankreich, für dessen Erleichterung wir unsern eignen Export nach diesen Ländern lahm gelegt haben, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat.

Wenn ich mich zu den weiteren Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Richter wende, so rechne ich auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich absehe. Ich glaube, daß es nicht zu meinen amtlichen Pflichten gehört, mit dem Herrn Abgeordneten Richter in einen Austausch persönlich verletzender Redewendungen einzutreten, und ich bin außerdem in einer siebenjährigen ministeriellen Praxis daran gewöhnt, daß sich ein Minister in Deutschland manches gefallen zu lassen hat, was in andern Ländern Sitte und gesellschaftliche Gewöhnung verbieten. (Bravo! rechts.)

Ich würde auf die Seite der Sache, die mich persönlich betrifft, dem Herrn Abgeordneten Richter gar nicht

geantwortet haben, wenn ich nicht das Bedürfnis hätte, einige Thatsachen, die er anführte, richtig zu stellen.

Er hat mich in Widerspruch mit mir selbst darzustellen versucht dadurch, daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862 zuschob, mit dessen Grundsätzen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt*). Meine Herren, wenn ich in Widerspruch

*) Zum bessern Verständnis des Folgenden seien hier die betreffenden Stellen der Rede des Abgeordneten Richter angeführt: „Was speciell die Frage der Handelsverträge zwischen Deutschland und Oesterreich betrifft, so haben wir ein Zeugnis in der Thronrede vom 6. Februar 1878, worin es ausdrücklich heißt, daß in Anerkennung der hohen Bedeutung einer vertragsmäßigen Regelung unsrer Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn und der günstigen Wirkung, welche die seither bestehenden Verträge mit Oesterreich auf den Handel und die Industrie ausgeübt, die Kaiserliche Regierung nicht gesäumt habe u. s. w. In der letzten Thronrede war dagegen scharf betont, daß ein günstiger Erfolg der Handelsverträge und der Zollpolitik seit 1865 nicht wahrnehmbar sei. . . Es ist allseitig anerkannt, daß die Kundgebungen in einer Thronrede unter der Verantwortung des Reichskanzlers stehen, und ich bezweifle auch nicht, daß der Herr Reichskanzler die Verantwortung für den Inhalt dieser Stelle der Thronrede vollständig übernimmt. . . Es ist in Deutschland und in andern Ländern bisher unerhört gewesen, daß eine Regierung ihre eigne Politik einer solchen vernichtenden Beurteilung unterzogen hat, wie der Herr Reichskanzler mit seiner Wirtschaftspolitik es in dieser Thronrede gethan hat. . . Die Handelspolitik in der Zeit von 1865 bis jetzt ist das Verdienst des Fürsten Reichskanzlers in erster Linie; am 23. September 1862 ist er als preussischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen in das Amt getreten. In der Sitzung des Herrenhauses am 2. Oktober 1862 sagte er u. a.: „Es kommt der königlichen Staatsregierung in diesem Stadium der Frage vorzugsweise darauf an, daß die gesamte Landesvertretung, so verschieden auch der politische Standpunkt des einzelnen sein mag, einig bleibt in der Bereitwilligkeit, die königliche Regierung in ihren Bestrebungen zur gedeihlichen

mit mir selbst zu treten hätte, so würde ich es für mein eignes Ansehen außerordentlich beklagen, wenn ich aber sehe, daß es im Dienste des Landes notwendig ist, so würde ich keinen Augenblick anstehen, den Weg, den ich für irrtümlich erkenne, zurückzugehen, meinen Irrtum offen einzugehen und entweder ändern, die es besser verstehen, Platz zu machen, oder, wenn es von mir verlangt würde, selbst die Sache besser zu machen, als früher; ich will vom Besseren und Schlechteren hier aber nicht sprechen. Der Herr Abgeordnete hat die Worte der Thronrede

Entwicklung der materiellen Wohlfahrt des Landes zu unterstützen, und daß die Regierung auf dem Wege, welchen sie (mit den Handelsverträgen) betritt, von der gleichmäßigen Zustimmung des Landtages getragen werde. Es handelt sich nicht um eine Machtfrage, sondern um die Frage der materiellen Wohlfahrt, die jede Regierung im Interesse ihrer Unterthanen erwägt und nach bestem Ermessen entscheidet. . . Wissen wir denn nicht, daß in der Folgezeit der Fürst Bismarck vor uns im Zollparlament und im Abgeordnetenhause bei jeder Gelegenheit persönlich eingetreten ist für diese Handelspolitik, und sie nach allen Richtungen zur Durchführung hat bringen wollen? Ist denn jene Rede vom 21. November 1875 aus unsrem Gedächtnis entschwunden, worin der Herr Reichskanzler es gewissermaßen als sein Ideal bezeichnete, überhaupt unsren Zolltarif auf ganz wenige Finanzzölle zurückzuführen? Es ist in den letzten Jahren allerdings anders geworden. Der Reichskanzler ist im Jahre 1876 vor uns als Kampfzöllner erschienen, im Jahre 1877 vertrat er wesentlich den Standpunkt des Reciprocitätszöllners, im Frühjahr 1878 erschien er als einfacher Schutzzöllner, und jetzt erscheint er vor uns als ein Schutzzöllner, wie er sonst überhaupt nicht mehr vorkommt, und vor dem es den eigentlichen Schutzzöllnern sogar unheimlich zu werden anfängt. . . Der Reichstag und das deutsche Volk wird die Kraft in sich fühlen, das deutsche Vaterland vor den Gefahren zu bewahren und in der Krisis zu schützen, in die es die Wirtschaftspolitik des Kanzlers zu führen droht."

angeführt, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete, und in der die Thatsache citiert worden ist, daß der damals inaugurierten Politik praktische Erfolge nicht zur Seite stehen. Ich glaube, milder kann man sich nicht ausdrücken. Die Thatsache, daß ihr solche nicht zur Seite stehen, kann von andern Gründen herrühren, eine Thatsache ist es aber. In allem, was ich sogleich sagen werde, fällt es mir nicht ein, meine Verantwortlichkeit auch da, wo sie nur formell eintritt, ganz und voll zu übernehmen; wenn der eingeschlagene Weg ein irrtümlicher war, würde ich, wenn ich ganz allein die Politik geführt hätte, diesen Irrtum bekennen, und bitten, mir zu helfen, ihn gut zu machen. Aber der Herr Abgeordnete Richter hat sorgfältig das Datum des französischen Handelsvertrages verschwiegen. Er hat das Datum meines ersten Erscheinens ganz genau genannt; er wird gewiß einen Blick in die Gesetzsammlung geworfen haben, wo der französische Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August 1862 als vollständig abgeschlossen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour, dem Freiherrn von Pommer-Esche und dem Herrn Leclerc — von französischer Seite völlig fertig vor meiner Zeit vorlag. Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Gesandter, sondern in Petersburg. Mit diesem Datum, 2. August 1862, befindet sich der Vertrag in der Gesetzsammlung; ich bin, wie auch der Herr Abgeordnete Richter nicht bestreitet, erst Ende September, wenn er auch das Datum nicht ganz richtig angibt, überhaupt Minister geworden, und nach den Einrichtungen des preussischen Ministeriums ist es nicht Beruf des auswärtigen Ministers überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und

Einfluß auf Tarifpositionen zu üben. Diese Tarifpositionen sind jederzeit nach unsern Traditionen bis auf die letzten Jahre, wo ich diese Traditionen durchbrochen habe, die gewesen, daß die inneren, technischen Ministerien die Handelsverträge schlossen, und die thatsächliche Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag, die übrigens meines Erachtens nicht schwer zu tragen ist, fällt auf den damaligen Finanzminister von der Heydt, für die weitere Durchführung auf die Minister von Bodelschwingh und Graf Ikenplik. Ich selbst habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre 1862 eine lediglich politische Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu kümmern. Wenn ich aber nach dem Maßstab dieser Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrag erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister wurde, die Erbschaft des Kampfes mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland auf civilem und friedlichem Gebiete übernahm; daneben eine mäßige Verstimmung mit Rußland, und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnismäßig politisch gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam, ich kann wohl sagen, einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, sondern zuerst diese Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr, den die Herren Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Richter damals unter dem Namen „Seeschlange“ auf das heftigste bekämpften, wie sie überhaupt durch Parteinahme für die polnische Revolution, mit der sie wohl jetzt nicht mehr

in derselben Beziehung stehen, mir das Leben nach Möglichkeit schwer machten.

Eine zweite Frage war für mich — in Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland — die Beziehung zu Frankreich; diese war günstig gerade infolge dieses Handelsvertrages. Es war vorauszusehen, daß wir zur Verfallzeit einen starken Krieg mit Oesterreich haben würden über die Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden, ob es Oesterreich gelingen sollte, unsern preußischen Zollverein zu sprengen oder nicht, und zur Verteidigung unsrer Interessen in dieser Frage fand ich diesen Handelsvertrag als eins der wesentlichsten Werkzeuge und Waffen vor. Wenn nun — gesektenfalls ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in Bezug auf die Handels- und Wirtschaftspolitik und ich wäre zu der Ueberzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei — war damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im ersten praktischen Entstehen gefährden würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? Denn anders konnte ich diesen Vertrag nicht mehr ändern. Gewiß nicht! Ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir das nicht bloß in der kurzen Zeit gelungen, in der ich in Paris Gesandter war, also persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns gegenüberstand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages, so zu pflegen, daß wir schon in der

dänischen Frage eine freundliche Haltung Frankreichs zur Seite hatten, die den Belleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja, noch mehr: in dem weiteren Kampf, der 1865 mit Oesterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich glücklicherweise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte; dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen als mit andern Verträge hatte, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. (Weiterkeit.) Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden, und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. (Weiterkeit.)

Es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb.

Nun hat der Abgeordnete Richter gestern ungefähr nachzuweisen versucht — wenn ich es in einem seiner Tonart mich annähernden Jargon ausdrücken wollte — daß ich so dumm, wie ich mich damals stellte, doch nicht gewesen wäre (Weiterkeit), denn ich hätte gleich im Anfang, im Anfang Oktober 1862, im Herrenhause eine Rede gehalten, die offenbar zeigte, daß ich wirtschaftliche Tendenzen in diesem Sinne schon damals verfolgte. Meine Herren, ich würde stolz darauf sein, wenn ich damals schon wirtschaftliche Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß aber zu meiner Schande gestehen, daß

ich sie noch nicht hatte. (Heiterkeit.) Wenn ich aber zu dem Herrenhause sprach — eine Rede, die ja in dem Augenblicke, wo der Kampf um die Sprengung des Zollvereins schon im vollen Gange war, doch vor der gesamten Deffentlichkeit Europas gehalten wurde — wenn ich da etwa die wirtschaftliche Frage in den Hintergrund gedrängt und gesagt hätte, ich kenne die wirtschaftlichen Angelegenheiten gar nicht, ich kenne die Tarifpositionen nicht, ich kann sie ja lesen, habe aber kein Urtheil über die Tragweite; indessen politisch ist es mir im höchsten Grade erwünscht, daß dieser Vertrag durchgeht; ich mache mir aus dem wirtschaftlichen Ergehen unsrer Zollvereinsgenossen gar nichts, wenn ich nur mein Ziel erreiche, und ich muß fürchten, daß, wenn nun Frankreich sich auch noch zur Aufgabe stellt, wie Oesterreich, den Zollverein zu sprengen, daß er dann wirklich springt, und darum befürworte ich diesen Antrag — — ja, es ist möglich, daß der Herr Abgeordnete Richter von einem auswärtigen Minister eine solche Sprache erwartet hat; aber ich habe mich doch nicht berufen gehalten, sie zu führen, sondern es war die natürliche Deckung der Stellung, daß ich von wirtschaftlichen Dingen sprach, die mir damals sehr fern lagen. Ich habe gar keine Eitelkeit in der Beziehung, daß die Art, in der ich über diese Dinge zu reden hatte, von mir damals nicht erfunden und entworfen worden ist, sondern wahrscheinlich ist mir von den technischen Ministerien und vermutlich nicht von ihren Chefs — denn von der Heydt war nicht mehr, und seinem Nachfolger traue ich eine solche intime Teilnahme für sein Aeffort nicht zu (Heiterkeit) — der Entwurf gegeben und gesagt worden, in welcher Beziehung der auswärtige Minister reden möchte.

Ich will nur die Thatsache klarstellen, daß der Herr Abgeordnete Richter aus allem, was ich etwa bis zur Herstellung des Norddeutschen Bundes gethan habe, bis ich — Bundeskanzler hieß es damals — wurde, gar keine Verantwortlichkeit für das System, von dem ich annehme, daß es sich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann. Die weitere Zeit — da bin ich ja weit entfernt zu bestreiten, daß die formale Verantwortung auf mir ganz ausschließlich lastet. Ich wäre ja berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Herr Präsident des Reichskanzleramts trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt gewesen wäre, daß sie nachtheilig für unser wirtschaftliches Leben wäre. Es hätte das wahrscheinlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Präsidenten aus dem Reichskanzleramt geführt, aber eine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Konsolidierung des Deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen oder des Norddeutschen Bundes als Borakt zum Deutschen Reich mich um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiet, wie der Herr Abgeordnete Delbrück es ist, bewarb und sie erhielt, so liegt doch ganz klar, und wir brauchen uns darüber in kein Silbenstechen einzulassen, ich bin auch nicht unbescheiden genug, um das zu bestreiten, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß der Herr Präsident Delbrück die wirtschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte, sondern es war natürlich *cum grano salis* gegeben, daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin weit entfernt, zu sagen, daß ich dieses Vertrauen

bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nichts anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung.

Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um das Werk, das ich begonnen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist — — ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben, ich vermute, daß in den meisten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer gebracht habe, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diene, zu erhalten.

Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht notwendig auf mein eignes Urteil verwiesen bin, gern unterordnet. Wenn ich dem Rock entsprechend, den ich trage, zu Felde zu ziehen hätte, und ich hätte das Glück, vom Herrn Feldmarschall Grafen Moltke geleitet zu werden, so würde ich mich unbedingt seiner Führung unterordnen, und erst dann, wenn er sagt, jetzt gehe ich nach Hause, würde ich sagen: ja, jetzt stehe ich auf mich selbst angewiesen und muß mir selbst helfen. Ich weiß nicht, ob ich nicht damals, als der Herr Präsident Delbrück seine Stellung aufgab, noch weitere Opfer an meiner Ansicht gebracht hätte, um nicht bloß — es wäre unrichtig, wenn ich

sagen wollte, mir — sondern um der Gesamtheit die Mitwirkung meines Kollegen zu erhalten. Ich weiß nicht, inwieweit die stärker und stärker werdende Erkenntnis des Notstandes, in dem wir leben, mich schließlich genötigt hätte, einen Abschnitt zu machen. Ich habe die Hoffnung, angesichts der Notlage, in der sich das Land befindet, mich mit meinem Kollegen über eine neue Form beiderseitiger Mitwirkung zu verständigen, noch vor einem Jahre nicht aufgegeben. Aber, nachdem er mir seine Mitwirkung aus Gründen versagt hat, über die er ja selbst Richter ist, so bin ich gezwungen, wenn ich nicht überhaupt zurücktreten will, was ich ja mehrfach versucht habe, und was mir aus Gründen, die nicht hierher gehören, nicht gelungen ist — wenn ich nicht zurücktreten will, bin ich durch meine Stellung gezwungen, mir eine Meinung über alles zu bilden, worin ich früher der Führung des Herrn Abgeordneten Delbrück gefolgt bin.

Daß meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andre ist als die, der ich bis dahin gefolgt war, das schäme ich mich in keiner Weise, zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz geteilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu müssen in allen Dingen, die ich nicht verstehe. Ich bin auch vielleicht nicht mit allen Einrichtungen der Post persönlich einverstanden; nichtsdestoweniger, da ich die Ueberzeugung habe, daß der Generalpostmeister im großen und ganzen vollständig seiner Sache mächtig ist und sie jedenfalls besser versteht als ich, folge ich seinen Wünschen und Anträgen und würde es ziemlich verwunderlich finden, wenn ich demaleinst an meiner formalen Verantwortlichkeit dafür angefaßt werden sollte, daß diese oder jene

Posteinrichtung nicht nach meiner eignen Ueberzeugung sich bewährt hat, und ich sie anders wünschte, als ich damals zugestimmt hätte, daß sie sein sollte.

Sie sehen aus meiner ganzen Darlegung, daß ich weniger das Wort ergreife, um dem Herrn Abgeordneten Richter zu antworten, als um, was mir viel mehr am Herzen liegt, meiner Stellung zu dem Herrn Abgeordneten Delbrück Ausdruck zu geben. Ich weiß ja nicht, wie weit, wenn die Verhandlungen über unsre Tarifreform kommen, unsre Meinungen auseinandergehen; aber sie mögen sachlich so weit auseinandergehen, wie sie wollen, diese Differenzen werden niemals hindern, daß ich mich der großen Aufgaben, an denen wir gemeinsam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterstützung, die Deutschland dabei dem Herrn Abgeordneten Delbrück zu danken hat, jederzeit mit Achtung und Wohlwollen erinnere. Ich habe überhaupt nicht die Neigung, sachliche Meinungsverschiedenheiten auf das persönliche Gebiet zu übertragen, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Delbrück sehr dankbar, wenn er sachliche Meinungsverschiedenheiten ohne jeden Einfluß auf unsre persönlichen Beziehungen läßt, und ich bin auch überzeugt, daß er es thun wird.

Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln; ich bin genötigt gewesen, den Sachen näher zu treten, über die wir verhandeln, ich habe meine Ueberzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde danach handeln, auch wenn ich einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte; ich werde dann denselben Weg von neuem versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Richter, was ich sachlich noch bemerken kann, mir vorgehalten hat, es sei mein Ideal gewesen, den Zolltarif auf wenige Finanzzölle zurückzuführen — ja, so ist das ganz richtig, das ist das sogenannte englische System. Ich habe es befürwortet; aber sagen Sie selbst, meine Herren, habe ich darin bei irgend jemand Gegenliebe gefunden, ist mir darin irgend jemand nur einen Finger breit entgegengekommen? Ist nicht der erste Versuch mit dem Tabak (Zuruf: Monopol!) . . . Ja, meine Herren, ich bin heute noch für das Monopol (Bewegung links, Bravo! rechts) — mit dem Tabak, dieses System einzuleiten, ist das nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen, die mir ganz neu war in den Fraktionen, mit denen ich früher in Beziehungen gestanden habe? Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wie er mir persönlich gesagt hat, ich berufe mich auf sein Zeugnis, wegen der „Abschlachtung“ — war sein Ausdruck — die hier öffentlich von der Partei der Nationalliberalen und des Fortschritts mit ihm vorgenommen sei. Ich wiederhole, daß die Abgeordneten des Fortschritts an einer Stelle, im Landtag, glaube ich, über die Geschichte dieses Rücktritts sich entweder nicht ganz klar gewesen sind oder nicht das Bedürfnis gehabt haben, daß darüber Klarheit im Publikum herrsche. Ich muß also sagen, daß dieser Versuch von mir ganz ehrlich gemacht worden ist, und daß mein ganzes Bestreben rein auf sachlichem Gebiet eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politischen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirtschaftlichen Gebiete so mit den politischen Gebieten kombiniert. Die Herren, die genauer mit den Fraktions-

geheimnissen vertraut sind, werden es besser wissen; ich kann nur aus der Deffentlichkeit urteilen, und da muß ich allerdings sagen, daß die Hezereien in der Presse ganz außerordentlich viel zu dieser Verstimmung beigetragen haben, und ich citiere da mit vollem Bewußtsein Zeitungen, die ich seit langen Jahren lese, und die eine so achtbare Stellung haben, daß ich eine objektivere Auffassung von ihnen erwartet hätte, die „Kölnische Zeitung“, die „Nationalzeitung“. Es vergeht fast kein Tag in der Socialistenfrage, in der jetzigen Frage, wo ich nicht aus diesen Zeitungen stets von neuem den Eindruck bekomme, daß hinter den Kulissen ein Bedürfnis ist, Feindschaft und Unfrieden zu säen. (Zuruf links.) Darf ich bitten, sich deutlich auszudrücken! Ich bin bereit, dem Herrn, der da spricht, zu antworten, nur anonyme Unterbrechungen machen nachher immer einen eigentümlichen Eindruck im stenographischen Bericht; wenn der Name gleich dahinter folgt, würde das weniger ausmachen. (Bravo!)

Ich muß das sagen und sage es ausdrücklich, weil ich damit den Wunsch verbinde, daß die Herren ihrerseits doch auch einen versöhnlicheren Ton anschlagen und nicht dem Bedürfnis, jeden Tag einen sensationellen Zeitungsartikel zu liefern, den Frieden der Parteien opfern möchten. Für mich ist das so, wenn ich das Bedürfnis zu einer ruhigen Verhandlung habe, so lese ich an dem Tage die von mir gehaltene Nationalzeitung schon lieber nicht. Genützt hat das der Partei nicht, es sind unter Umständen Maßregeln getroffen worden, wo der letzte Tropfen Wasser aus den Leitartikeln das Glas überlaufen machte. Vielleicht überschätzt man ihre Wichtigkeit, man darf aber glauben, daß die hervorragendsten Leute der bedeutendsten und zahlreichsten Fraktion, die

wir haben, ihre Meinung in diesem Blatte ausdrücken. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das nur Bruchteile sind, nur einzelne leidenschaftliche Charaktere, die vielleicht mit dem, was sie schreiben, nicht mehr die volle Bedeutung dessen, was die andern herauslesen, verbinden, so wäre es wünschenswert, daß die Fraktionen im Interesse des allgemeinen Friedens die Fiktion zerstörten, als ob ein Organ dieser Art jeden Tag in der Kriegstrompete, in der Aufregung, in der Verbreitung von düsterer Unruhe und Befürchtung die Meinung einer großen, achtbaren Partei ausdrückte. Ich habe ja in diesen Sachen im Hause und außer dem Hause erleben müssen, daß ein großer Teil der Angriffe, die der Sache gelten sollen, sich gegen meine Person zuspitzen. Es ist nicht mehr, wie vor kurzem noch auf Seiten anderer Parteien das Forschen in meinem Privatleben nach einem Stück schmutziger Wäsche, das man aufreiben könnte und nicht findet, eine Neigung, die sich bis in die richterlichen Kreise verbreitet hat, sondern es ist das Bedürfnis, mich als einen dilettantischen, wie sie sich ausdrücken, genialen — — nun, ich verstehe den Ausdruck, auf der Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen genial nennt. (Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, Sie sehen mich 25 Jahre — und ich erinnere dabei wieder daran, daß ich mit dem Herrn Abgeordneten Delbrück 25 Jahre, ein Vierteljahrhundert lang an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reiches gearbeitet habe — es war im Jahre 1852 zu Frankfurt, wo wir die ersten gemeinschaftlichen Arbeiten hatten, so daß also eine Verstimmung, wie der Herr Abgeordnete Richter sie andeutete, auf meiner Seite wenigstens nicht denkbar ist — — also 25 Jahre und 17 Jahre als Minister sehen Sie mich nun vor der

Deffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurteilt worden mit Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen, meine Pflicht, beurteilt werde, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. Ich erinnere mich, wie ich als Bundestagsgesandter nach Frankfurt ernannt wurde, kam in den Blättern, die den politischen Freunden des Abgeordneten Richter von damaliger Zeit, vielleicht ihren Vätern und Oheimen angehörten, die Bemerkung über mich: Dieser Mensch würde, wenn man ihm das Kommando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumutete, sagen: nun, ich habe es noch nicht probiert, ich will es einmal versuchen*). Das war die Schilderung, mit der man mich den Frankfurter Kollegen und vor allen den österreichischen in den liberalen Blättern empfahl. Nun, meine Herren, diese chirurgische Operation ist nachher zu ihrer Zufriedenheit, wie ich glaube, vollzogen worden. Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: wie kann man „diesem Menschen“ — und nun kommt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich aus der Versuchung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade 17 Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Deffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenüber gestanden hat — ob ich diese Stelle zur Zufriedenheit ausgefüllt habe, ob in dem

*) Hesefiel erzählt im „Buch vom Grafen Bismarck“, der angehende Bundestagsgesandte habe zu König Friedrich Wilhelm IV. angesichts der Bedenklichkeiten desselben geäußert: „Ew. Majestät können es ja mit mir versuchen.“

absprechenden und wegwerfenden Urteile über mich der Abgeordnete Richter vor der Mit- und Nachwelt Recht bekommt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der Gesamtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirtschaftliche Fragen habe; darüber erwarte ich getrost das Urteil meiner Mitbürger — ich will von der Nachwelt nicht sprechen, es ist mir zu pathetisch. (Bravo! rechts.)

2. Die „Genialität“ der Bismarckschen Politik.

21. Februar 1879.

Der fortschrittliche Abgeordnete Witte (Mecklenburg) führte nach der vorstehenden Rede aus, gerade die Genialität, der scharfe Blick, das momentane Erfassen der Situation, welches der Reichskanzler auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bewiesen habe, dieses sprungweise Vorgehen würde für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse schädlich sein. Er äußerte weiter die Befürchtung, daß der Kanzler, wenn seine zollpolitischen Ideale über Nacht durch einen Wunderakt in Erfüllung gehen sollten, sich von diesen seinen eignen Kindern schauernd abwenden würde. Darauf erwiderte der Reichskanzler:

Ich behalte mir vor, dem Herrn Borredner auf seine Rede etwa im April oder Mai zu antworten, wenn dann die Tarifvorlagen und die Verhandlungen über Schutzzölle oder Freihandel und nicht mehr der österreichische Vertrag zur Verhandlung stehen werden. Für heute fürchte ich, die Diskussion unnötig zu verlängern, wenn ich auf diese ganze, aber, wie ich glaube, etwas zu früh gehaltene Rede eingehen wollte. (Heiterkeit.)

Ich erlaube mir nur zwei Bemerkungen zu zwei Stellen. Einmal klagt auch der Herr Borredner mich wieder der Genialität und der Sprünge an. Ich muß

bestreiten, daß ich derjenige bin, der Sprünge macht; ich schlage bloß die Rückkehr in die altgewohnten Wege von 1823 bis 1865 vor. Wir haben uns von denselben 1865 entfernt — auch darauf werden wir später kommen. Ich bin auf dem Wege des rein Trivialen, der trivialen Fortsetzung des Alten. Die Versuche liegen in der Zeit, die wir bis heute durchgemacht haben; die gewohnte fortschreitende Prosperität lag in der Zeit vorher. Ich will nicht, daß wir ganz zu ihr zurückkommen, ich will nur, daß wir uns annähern. So steht es in der Thronrede. Wenn der Herr Vorredner den weiteren Beweis hierfür von mir heute erwartet hat, dann müßte ich ebenso sehr auf Ihre Nachsicht bei der Entfernung von dem Gegenstande der Vorlage rechnen können, wie der Herr Vorredner es konnte. Nur in einem Punkte würde ich wirklich sehr neugierig sein: wenn mich der Herr Vorredner belehren wollte, wie er sich eigentlich nach unsern Verhältnissen eine geheime Gesetzgebung denkt. Daß ich den Weg nicht beschritten hätte, geheime Gesetze fertig zu machen und, wie ein deus ex machina, oder fertig wie die Minerva aus dem Kopfe ihres Vaters hervorspringen zu lassen, und kurz mit Ja oder Nein in acht oder vierzehn Tagen die Entscheidung zu gewinnen und dann den deutschen Handel einer ruhigen Spekulation zu überlassen, — — glauben Sie, daß die Nation sich so rasch über ein so fertiges Gesetz erklären würde? Im Gegenteil, es würde gewiß mit viel größerem Staunen eine reine Mache ohne Diskussion, ohne Vorberatung empfangen haben, als die jetzige Art des Procedierens, und wenn der Herr Vorredner mir nicht sagt, wie geheime Gesetze bei uns zu machen sind, dann möchte ich doch bitten, mich mit einem derartigen Rat zu verschonen.

Ich sehe voraus, daß über diese Fragen große tiefgreifende Kämpfe der wirtschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seestädte, wie der Herr Vorredner sie vertritt, um berechnigte Interessen gegenüber der Industrie, vielleicht auch gegenüber der Landwirtschaft, stattfinden werden; das ist ganz unvermeidlich. Ein Kampf kündigt sich beim Militär durch Artillerie an. Um jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art, wie ich procediert habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf! Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen; aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unsres Vaterlandes führen. (Bravo! rechts.)

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag wurde vom Reichstage am 25. Februar 1879 definitiv genehmigt.

3. Die Disciplinargewalt des Reichstages.

4. März 1879.

Betreffend die „Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder“ brachte der Bundesrat einen Gesetzentwurf ein, dessen § 1 lautete: „Dem Reichstage steht eine Strafgewalt gegen seine Mitglieder wegen einer bei Ausübung ihres Berufes begangenen Ungebühr zu“. Die von einer besondern Kommission zu verhängenden Strafen sollten bestehen in 1) einem Verweise vor versammeltem Hause, 2) der Verpflichtung zu Entschuldigung oder Widerruf, 3) der zeitweiligen Ausschließung. Die Wiedergabe straffälliger Aeußerungen durch die Presse sollte mit Gefängnis von drei Wochen bis zu drei Monaten geahndet werden. In der 14. Sitzung am 4. März hielt der Abgeordnete Lasker eine mehrstündige Rede gegen den Entwurf, wobei er besonders analoge Fälle aus dem englischen Parlamentsleben heranzog und mit den Worten schloß: „Indem der Gesetzentwurf die Gleichheit zwischen den Mitgliedern des

Reichstages und des Bundesrats für die Zwecke unsrer Verhandlungen außer Kraft setzt, ist ein neuer Grund vorhanden, nicht auf diesen Weg zu treten." Darauf nahm Fürst Bismarck das Wort:

Ich habe keinen Anlaß, so tief und eingehend, wie der Herr Vorredner, mich auf die Vorlage selbst einzulassen, da ich es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstages betrachte, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigne Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz. Sie sind ja voll berechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann dazu nur sagen: *beneficia non obtruduntur*. Es wird vielleicht die Zeit kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen.

Ich muß aber doch dem Herrn Vorredner, ohne tiefer auf die Sache einzugehen, auf einige Sätze erwidern, und namentlich in Bezug auf den letzten Accent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich, daß durch Annahme dieser Vorlage, an die ich ja nicht glaube, ich habe auch kaum gehofft, daß Sie die erste Vorlage, wie sie vom Bundesrat emendiert wurde, in ihrer Totalität annehmen würden; es ist hier auch nur das Bedürfnis der Regierungen, *diligentiam* zu prästieren und ihre Verantwortlichkeit freizustellen, das übrige ist Ihre Sache; — aber daß der Herr Vorredner damit schloß, durch die Annahme einer ähnlichen Vorlage würde die Gleichheit zwischen den beiden Körperschaften gestört. — Meine Herren, diese Gleichheit existiert aber gar nicht; wir vom Bundesrat gehören ja gar nicht zu der privilegierten

Klasse, zu den oberen Vierhundert, wir gehören zur misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht (Heiterkeit); jedermann kann gegen uns klagen, wir sind durch kein Privilegium geschützt, und ich wundere mich, daß ein solcher Verfassungskenner, wie der Herr Abgeordnete Lasker, diese Thatsache zu ignorieren scheint. Der Buchdrucker, der Preßagent, der unsre Reden hier abdrucken läßt, ist durch den Art. 22 der Verfassung geschützt, wir nicht; wir sind auch durch Art. 30 nicht geschützt, welcher sich ausdrücklich nur auf Reichstagsabgeordnete bezieht*). Ich habe im Anfang diesem populären Irrtum mich auch wohl hingeeben; seit ich aber vor den praktischen Geschäften Muße bekommen habe, den Sachen theoretisch etwas näher zu treten, habe ich gefunden, daß wir vom Bundesrat nicht geschützt sind gegen jede Klage auf Grund des gemeinen Rechts, und seitdem bin ich in meinen Aeußerungen sehr viel vorsichtiger geworden. (Große Heiterkeit.)

Wenn hier also verschiedene Beispiele, namentlich auf meine Kosten angeführt werden, daß ich irrtümlich, in der Meinung es sei ein Fremder, im englischen Sinne, und nicht ein Abgeordneter, eine Behauptung als eine Lüge qualifiziert hätte und sie dann sofort zurückgenommen

*) Die angezogenen Verfassungsartikel lauten: Art. 22. Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich. Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei. Art. 30. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

habe*), sowie ich merkte, daß es ein Abgeordneter war, habe ich angenommen, daß ein Abgeordneter sich durch ein gewisses Maß von Ehrgefühl gezwungen fühlen wird, aus Ritterlichkeit diejenige Gegenseitigkeit zu gewähren, welche gesetzlich fehlt; da ich ihn nicht verklagen kann, wird er es vielleicht auch seinerseits nicht angemessen finden, obgleich sich das wohl nicht durchgehends bewähren wird. Wenn die Herren auf diese Blöße in unfrem Harnisch erst aufmerksam werden, — ich glaube, sie haben es gar nicht gewußt, daß sie gegen uns klagen können, sonst würde es wohl schon geschehen sein. Wir stehen also keineswegs auf dem Fuße der Gleichheit, und diese Vorlage ist gerade in dem Sinne des Herrn Abgeordneten Dr. Lasfer bestimmt, die Gleichheit einigermaßen, wenn nicht herzustellen, doch sich ihr anzunähern. Ich habe damals den Vorwurf der Lüge gemeint, gegen jemand draußen, außerhalb des Hauses zu richten, und ihm habe ich ja, wenn er mich verklagt, vor dem Richter Rede zu stehen; insofern glaube ich, hat der Herr Abgeordnete Lasfer auch nicht recht, sich über den Ausdruck, den mein Herr Kollege (Staatssekretär Dr. Friedberg) gebraucht zu haben scheint, „daß Gesetzentwürfe von oben kämen“, zu beschweren. Ich erkenne bescheiden an, sie kamen von unten. (Heiterkeit.)

*) Der Abgeordnete Lasfer hatte darauf angespielt, daß Fürst Bismarck in seiner Rede vom 17. September 1878 den socialdemokratischen Abgeordneten Frißche der Lüge beschuldigt habe. Der Kanzler hatte sich geäußert, der Abgeordnete Bebel habe sich von einem Herrn Frißche etwas aufbinden lassen und gefragt: „Wer ist Frißche?“ Als man dem Fürsten zurief: „Er ist ja Abgeordneter!“, entschuldigte er sich: „Dann nehme ich es zurück, ein Abgeordneter kann nicht lügen.“ Vgl. Band IX, III, 1.

Dann hat der Herr Abgeordnete in der Zeit, als ich kam, — ich bin durch die Länge der interessanten Rede schließlich nicht in der Möglichkeit gewesen, dem letzten Teil mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen, wie als ich noch frisch hereinkam — sich hauptsächlich deshalb gegen das Gesetz gewendet, als solle es Schutz gewähren gegen die Wirkung in diesem Hause, und als hegten wir Befürchtungen von Aufforderungen zum Aufbruch, die innerhalb dieser Mauern wirksam sein könnten. Meine Herren, das berührt uns gar nicht, und so ängstlich sind wir noch nie gewesen, daß wir glaubten, die ehrenwerten Herren Abgeordneten würden uns in eine körperlich gefährliche Position bringen (Heiterkeit); das steht auch nicht zu befürchten, sondern der Zweck, den die Vorlage hat, ist ein dreifacher: die Würde des Reichstages, der Schutz gegen Beleidigungen und die Abschneidung von Agitationen, die auf dem Privilegium des Art. 22 der unanfechtbaren Veröffentlichung beruhen.

Was die Würde des Reichstages betrifft, so halten wir uns gar nicht für die Richter darüber, sondern wir haben Ihnen eben aus dem Arsenal der Gesetzgebung zur Auswahl gestellt, was Sie davon haben wollen, um damit die Stellung des Herrn Präsidenten und den Rückhalt, die Reserve, die er an der gesamten Körperschaft des Reichstages hat, zu stärken. Wenn ich an der Vorlage oder in Bezug auf die Vorlage vom ersten Anfange an eine Meinungsverschiedenheit hegte, die ich aber besseren Sachkundigen gegenüber nicht durchzusetzen gesucht habe, so war es die Einsetzung einer Kommission. Mir hätte es besser gefallen, wenn jederzeit das Plenum des Reichstages die erkennende Behörde wäre; indessen dergleichen läßt sich ja, wenn nicht bei dieser Vorlage,

die ſie ja wohl ablehnen, aber doch vielleicht ſpäter durch Amendements ſehr leicht einflechten, wenn Sie ſelbſt ſich überzeugt haben werden, daß die Ziele, welche Sie erſtreben und über die, wie ich überzeugt bin, die Mehrheit unter Ihnen einig iſt, um deſswillen nicht werden erreichen können, weil über den Weg, auf dem ſie zu erreichen wären, die Mehrheit unter Ihnen ſich nicht einigen wird. Sie wird dazu meines Erachtens der Hilfe der Geſetzgebung bedürfen.

Bezüglich der Würde des Reichſtages alſo enthalte ich mich jeder Ausführung und berichte in Bezug auf die Vorlage nur, daß ich es lieber geſehen hätte, wenn der geſamte Reichstag und nicht eine gewiſſermaßen bevorzuhmende Kommiſſion ſpräche.

Das zweite aber iſt doch ſchon etwas, worüber die Regierungen auch eine Anſicht haben mögen, nämlich der Schutz der Mitbürger gegen einen Mißbrauch des Privilegiums. Der Ordnungsruf des Präſidenten iſt ja eine ſehr erfreuliche Genugthuung für denjenigen, zu deſſen Gunſten er eingelegt wird, und jedenfalls erfreulicher, als ein Erkenntnis eines Gerichtshofes auf fünfzehn Mark Strafe für ſchwere öffentliche Beleidigung eines Miniſters. Aber iſt der Herr Präſident in der Lage, ſich ſo in die Seele jedes Gefränkten hineinzuverſetzen, daß er bei der ſchweren Aufgabe, die ihm obliegt, mit geſpannter Aufmerkſamkeit die Sitzung zu begleiten, nun auch das genaue richterliche Gefühl und die Vorkenntnis, die Information über den Fall haben kann, der gerade die Beleidigung konſtituiert? Ich glaube, daß das von dem Präſidenten gar nicht zu erwarten und zu verlangen iſt. Die Beantragung des Beleidigten, einen Ordnungsruf zu erteilen, iſt aber nicht üblich, und ich

weiß nicht, ob die Geschäftsordnung es für zulässig hält; keinesfalls für eine gekränkte Person außerhalb dieser Versammlung. Die Regierungen sind also der Meinung, daß sie gegen solche Excesse, die durch Mißbrauch des Privilegiums auf Kosten einzelner Privatleute vorkommen, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Majestätsbeleidigung, dem Beleidigten Schutz schuldig sind, einen Schutz, den sie aber ohne Zustimmung des Reichstages nicht gewähren können. Der gute Wille im Reichstage, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, ist vielleicht bei der Mehrheit vorhanden; aber durch die Rede des Herrn Abgeordneten Lasker bin ich daran zweifelhaft geworden. Es müßte eine Mehrheit sein, zu welcher der Herr Abgeordnete nicht gehört, da er die jetzige Geschäftsordnung für genügend hält und kein Bedürfnis einer Verschärfung hat. Es ist mir das auch sehr erklärlich, da ich kaum glaube, daß er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens einen Augenblick gehabt hat, wo er nicht auf Seiten der Besserberechtigten gestanden hätte, d. h. Mitglied einer parlamentarischen Versammlung gewesen wäre. Dabei verliert er, glaube ich, etwas, das ihm bei seiner sonstigen wohlwollenden Gesinnung eigentümliche Mitgefühl mit dem, der nicht zu der privilegierten Klasse gehört. (Weiterkeit.)

Ein weiterer Grund, der uns zur Vorlage bestimmt hat, ist die Verhinderung derjenigen Agitationen, die durch den straffreien Abdruck von Reden, welche ausdrücklich zu diesem Behuf, um straffrei gedruckt und verbreitet zu werden, gehalten sind, im Lande hervorgerufen werden können. In dieser Beziehung glaube ich nicht, daß der gegenwärtige Zustand ausreicht. Der Herr Abgeordnete sprach, bald nachdem ich hereinkam, von einem

Fall, wo der Herr Abgeordnete Hasselmann durch einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten ganz genügend zur Befriedigung des Hauses zur Ruhe gebracht worden sei*). Ich will die Rede des Herrn Abgeordneten Hasselmann nicht wiederholen, welche der Herr Präsident mit dem milden Ausdruck charakterisierte, daß sie „an direkte Provokation zum Aufruhr grenzte“. Ich glaube, sie war es schon vollständig, (Zwischenruf: Nein!) und es ist richtig, daß der Herr Abgeordnete Hasselmann darüber zur Ordnung gerufen wurde. Welches war nun der Eindruck, den das auf den Abgeordneten Hasselmann machte? Er nahm noch einmal das Wort:

„Nicht ich bin es, der provociert; ich habe zur Genüge erklärt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe.“

*) Die betreffende Stelle in der Rede des Abgeordneten Lasker lautete: „Es wird in den Motiven der Vorbahn auf die Rede eines socialdemokratischen Abgeordneten Bezug genommen, bei welcher der Herr Präsident erklärt hat, daß gewisse Ausdrücke nahezu an die Aufforderung zum Widerstande streiften. Haben da die Mittel gefehlt, diese Ausführungen zu unterdrücken? In den letzten Sätzen einer vielleicht zweistündigen Rede kamen die gerügten Ausdrücke vor, und die Gewalt des Herrn Präsidenten hat vollständig ausgereicht, um das baldige Ende der Rede herbeizuführen, nachdem der Herr Präsident das Präjudiz angedroht hatte, daß er mit den Mitteln der Geschäftsordnung der Rede würde ein Ende machen müssen. Der nächste Redner verschaffte dann dem Hause und, wie ich glaube, im wahrheitsgetreuen Bericht, auch dem ganzen Lande die vollste Genugthuung. Ich habe die gerügte Rede (des Abgeordneten Hasselmann) seitdem nachgelesen, um mich zu informieren, und ich habe nicht gefunden, und wahrscheinlich würde jedes sachverständige Mitglied des Hauses nicht finden, daß gegen jene Rede mehr als mit dem Ordnungsruf einzuschreiten gewesen wäre.“ Der Wortlaut der aufrührerischen Rede des Abgeordneten Hasselmann ist hier absichtlich nicht wiedergegeben worden.

Ja, ich ziehe ihn vor, ich bin aber auch bereit, mein Leben zu lassen; nochmals sage ich das! Und Fürst Bismarck möge auch einmal an den 18. März 1848 denken!"

Ist das denn nicht eine Fortsetzung derselben Tendenz, die der Herr Präsident milde als eine an den Aufruf zum Aufruhr streifende bezeichnete? Nun, hier in diesen Mauern wird zwar kein Aufruhr entstehen, aber die Socialdemokratie ist geschickt genug, um das Maß zu finden, in welchem der Bericht als „vollständig“ gilt, sie scheut auch die Kosten nicht, um ihn in dieser Vollständigkeit mit starkem und fettem Drucke der Teile, die den Aufruf zum Aufruhr enthalten, in weiteren Kreisen zu verbreiten. Meine Herren, gegen diese Gefahr, gegen die Straflosigkeit der Verbreitung von Reden, die ausdrücklich zu Agitationen hier gehalten werden, hatten wir von diesem oder einem ähnlichen von Ihnen zu amendierenden Gesetze einige Abhilfe gehofft. Irgendwas davon mag immer hier öffentlich gehört und mündlich weiter getragen werden, — es ist doch immer noch etwas ganz anderes, als wenn es in 100 000 Exemplaren in die Analphabetenkreise getragen wird, was hier von privilegierter Stelle ausgesprochen wird. Das ist die Gefahr, die ich fürchte, und der gegenüber ich Abhilfe gehofft habe. Freilich die Temperatur, die ich hier für die socialdemokratische Frage jetzt vorgefunden habe, ist, wenn wir an die Zeit der schweren Attentate zurückdenken, immerhin eine wesentlich abgekühlte — gewiß aber nur äußerlich. Das Maß von Entschiedenheit des Bestandes des Parlaments, auf welches wir von seiten der Regierung im Herbst in dem Kampf gegen die Socialdemokratie, der ja mit dem

Gesetz von zwei Jahren Geltung nicht abgethan ist, glauben rechnen zu können, liegt nicht vor, ich gestehe und habe das aus den jüngsten Abstimmungen schon ersehen: darin hat eine Täuschung bei den verbündeten Regierungen stattgefunden. Wir hatten auf energischeren und entschiedeneren Beistand gerechnet. Wir sind nicht der Meinung, daß dieser Kampf erledigt sei; ich brauche bloß auf die Wahl in Breslau*) und auf andre Wahlen hinzublicken. Die Organisation ist dieselbe geblieben. Bei der äußerst milden Ausführung des Socialistengesetzes von seiten der Regierungen sind die Verbindungen der Führer mit den Massen nirgends durchschnitten, außer versuchsweise in Berlin. Daß die üblichen Führer der lokalen Agitation außer Verbindung mit den von ihnen geleiteten Massen gesetzt werden könnten, war einer der Zwecke des Gesetzes. Es war das in Bezug auf Berlin erreicht. Wir konnten es ja ohne die Zustimmung des Reichstages nicht aufrecht erhalten; nach dem Votum des Reichstages aber ist die Wiederherstellung dieser Verbindungen eine Nothwendigkeit geworden. Nach der milden Praxis, die das Gesetz bei den Regierungen gefunden, hat sich die Einführung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes auf Berlin beschränkt. Ich war gar nicht in Zweifel gewesen, daß, sobald das Gesetz publiziert würde, auch überall da, wo die Socialdemokraten die Mehrheit bilden und wo also deshalb, wenn wir überhaupt das Gesetz nicht ganz unnötig gemacht haben, — das ist ja eine andre Frage — und wenn das Gesetz nicht überhaupt eine voreilige und übertriebene

*) In Breslau war der Socialdemokrat Krücker gewählt worden.

Mengstlichkeit von uns war, eine Gefahr vorhanden war, da wäre meines Erachtens die Berechtigung der Regierungen vorhanden gewesen, unter möglichster Schonung der persönlichen Verhältnisse die Fäden, welche die Leiter der Bewegung mit den geleiteten Massen verbinden, zu durchschneiden. Der erste Anfang, der in dieser Beziehung schüchtern, muß ich sagen, gemacht ist, ist von Ihnen gemißbilligt worden, und meine Hoffnungen, die ich an die weitere Durchführung des Socialistengesetzes geknüpft habe, haben dadurch allerdings einen schweren Stoß erlitten; ich bin ziemlich entmutigt, eine Sache fortzuführen, die ich ohne Beistand der parlamentarischen Majorität ja nicht durchsetzen kann. Wieweit sie die Vorlage ablehnen wollen, ist ja ganz Ihre Sache; ich kann aber keinen wirksamen Erfolg des Gesetzes absehen, wenn die Mehrheit des Reichstages nicht die Hand dazu bietet, auch in unsren übrigen Institutionen die Konsequenzen des Socialistengesetzes zu ziehen. Zu den Konsequenzen dieses Gesetzes rechne ich die Vorlage, die uns heute beschäftigt, insoweit sie die Möglichkeit geben soll, der richterlich unantastbaren Agitation durch ad hoc gehaltene Parlamentsreden, welche in einer Unzahl von Exemplaren im Druck verbreitet werden, ein Ziel zu setzen. Das, meine Herren, können Sie gesetzlich nicht herstellen ohne Mitwirkung der verbündeten Regierungen und des Bundesrats. Wir haben Ihnen die Hand dazu geboten, und wenn Sie diese Vorlage gänzlich abweisen, so muß ich konstatieren, daß die von den Regierungen gebotene Hand nicht angenommen worden ist. Können Sie aus eigener Machtvollkommenheit etwas schaffen, was besser ist als die Gegenwart, was den Wünschen entspricht, die, wie ich glaube, in der Bevölkerung vorherrschen,

das ist, Ruhe vor socialistischen Agitationen und Schutz vor Mißbrauch des Privilegs zu Kränkung einzelner, können Sie dem in befriedigender Weise entgegenkommen, so werde ich mit dankbarem Beifall Ihren Bemühungen zuschauen, Ihnen behilflich sein, wo ich behilflich sein kann. Aber ich habe wesentliche Zweifel an dem Erfolge, auch dann, wenn die Herren in voller Majorität auch über die Wege einig wären, die zu betreten sind; ich glaube, daß Sie dann immer gegenüber den vielen Schranken, die in der Verfassung aufgebaut sind, hie und da auf ein Bedürfnis stoßen werden, daß die Gesetzgebung Ihnen helfen soll, und dann können Sie darauf rechnen, daß der Korb, den wir heute von Ihnen bekommen werden, uns in keiner Weise hindern soll, Ihnen bereitwillig Beistand zu leisten und die Hand zu bieten; nur möchte ich einmal den ersten Anfang eines Antrages in der Richtung erleben. Wir hätten gedacht, wir könnten uns die Initiative unsererseits ersparen, wenn beispielsweise nach den für den Herrn Präsidenten, ich glaube für die große Majorität höchst peinlichen Erscheinungen, die im Herbst vorigen Jahres und vorher vorgekommen sind, aus der Mitte des Hauses von irgend einer Seite ein Versuch zur Abhilfe gekommen wäre. Es ist ja eine unpopuläre Aufgabe, und deshalb, meine ich, liegt es der Regierung ob, sie zu erfüllen; denn die Regierung ist dazu da, um unpopuläre Beurteilungen unter Umständen zu ertragen, während es für die Abgeordneten nicht immer annehmbar ist. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Lasker hat noch einiges in Bezug auf mich gesagt, was ich hier gleich absolviere, weil ich nachher zu einer persönlichen Bemerkung doch nicht zum Wort kommen würde, auch dann, wenn ich

noch hier wäre; nämlich ich hätte 1870 diesem Gesetz zugestimmt. Ja, meine Herren, damals habe ich in dem Bedürfnis, die junge und zarte Pflanze der deutschen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, manchem zugestimmt, was weit entfernt von meiner politischen Ueberzeugung lag. Meine Aufgabe war es damals, ebensowenig wie über wirtschaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Vergleich zur Konsolidierung des Deutschen Reiches kleinliche Fragen ängstlich zu sein. Jetzt können wir in Ruhe darüber diskutieren; hätten wir damals das Deutsche Reich nicht befestigt, da hülfe jetzt kein Diskutieren. Ich habe diese Fragen im Verhältnis zu der größeren Aufgabe, die mir oblag, als Kleinigkeiten behandelt, und noch andre Konzessionen im Strafrecht und in andren Dingen gemacht, die mir, wie Sie mir wohl glauben können, nach meiner ganzen sonstigen Ueberzeugung sehr gegen den Strich gingen, aber in meiner Lage ist Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen, in einer Lage, wo keine Verantwortlichkeit ist, kann man sich den Luxus erlauben.

Der Herr Vorredner hat dann gesagt, gerade in England gebe es kein Mittel, die Deffentlichkeit und die Veröffentlichung auszuschließen. Nun, gerade in dem Fall, den er angeführt hat, ist die Deffentlichkeit vollständig ausgeschlossen worden durch die einfache Bemerkung des Mr. King-Harman: „Ich bemerke, Herr Sprecher, daß ich Fremde erblicke.“ Ich sehe hier auch sehr viele Fremde, es würde mir aber nichts helfen, wenn ich darauf aufmerksam machte*); in England hat es aber den Effekt gehabt,

*) Durch die Bemerkung eines Mitgliedes im englischen Parlament: „Ich bemerke Fremde, Herr Sprecher,“ wird der Präsident genötigt, das zuhörende Publikum entfernen zu lassen. In dem

daß alle Zuhörer sich entfernten, und die Verschwiegenheit der englischen Abgeordneten ist so groß der Presse gegenüber, daß wir über die drei Stunden, welche hernach ohne Zuhörer debattiert wurde, nichts erfahren haben und trotz amtlicher Rücksprache auch nichts Zuverlässiges wenigstens erfahren konnten. (Hört! hört!) In England scheint eben die Verbindung zwischen einzelnen Abgeordneten und der Presse minder lebhaft zu sein, als auf dem Kontinent — ich will von dem hier gegenwärtigen Parlament gar nicht sprechen, aber in Frankreich würde vielleicht eine solche Ausschließung bloß der Zuhörer auf den Tribünen und reines Vertrauen auf die Verschwiegenheit der Mitglieder des Parlaments schon nicht zum Ziele führen; in Bezug auf unsre Verhältnisse in der Beziehung enthalte ich mich jeder Aeußerung. — Also dieses Ausschließen der Fremden ist in England zugleich ein wirksames Mittel zur Verhinderung der Veröffentlichung solcher Reden, denen man, ich will nicht sagen, einen brandstiftenden, aber einen zündenden Charakter außerhalb des Parlaments, eine Schädigung der vaterländischen Institutionen und ihrer Solidität etwa zuschreibt. Dieses einfache Mittel ist wirksam, bei der Zuverlässigkeit, mit welcher die englischen Abgeordneten im Interesse des Staats und des Vaterlandes über das Schweigen, was ohne Zeugen vorgekommen ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir gegenüber die Autonomie des Reichstages vertreten, und darüber habe ich schon am Anfange gesagt: ich glaube, sie wird durch diese unsre Vorlage erweitert und nicht verdrängt. Er

sogleich zu erwähnenden Falle Pimfoll hatte der Abgeordnete dieses Namens Mitglieder des Parlaments Schurken genannt, wofür der Ministerpräsident Disraeli einen Verweis gegen ihn beantragte.

hat den Fall des Abgeordneten Plimsoll angeführt, um nachzuweisen, daß in der Vorlage die englischen Zustände zu Unrecht citiert worden seien. Auch da kann ich ihm nicht ganz recht geben. Herr Plimsoll ist von dem Sprecher angewiesen worden, „öffentlich Abbitte zu leisten“, und zwar eine Abbitte, die in ihrer Form unsern Sitten und Gewohnheiten ziemlich widersprechen würde; und wenn er diese Abbitte nicht geleistet hätte, so wäre es eben bei seiner Ausweisung geblieben. Der englische Sprecher sagte ihm: „Wie das die Praxis des Hauses ist, wird das ehrenwerte Mitglied von seinem Plaze gehört werden und sich dann entfernen.“ Darauf hat Plimsoll, der erregt gewesen ist, sich beruhigt und acht Tage nachher ist er gekommen und hat erklärt:

„er nehme die von ihm gebrauchten unparlamentarischen Ausdrücke zurück und bitte frei und offen den Sprecher und das Haus um Vergebung“; — so ist es Ihnen hier in der Vorlage noch gar nicht geboten worden —

„übrigens halte er es durchaus vereinbar mit der Achtung, welche er vor dem Hause habe, wenn er hinzufüge, daß er bezüglich der von ihm angeführten Thatfachen nichts zurückzunehmen habe.“

Die Thatfachen waren auch gewiß ganz richtig. Es war nur die aufregende und verletzende Form, in der er sie vorbrachte, wofür er Verzeihung erbat.

In Bezug auf Frankreich und Amerika, wo die Sachen viel klarer liegen, als in Bezug auf das englische Recht, welches aus einem Wust widerstrebender Kompendien herauszuziehen ist, hat der Herr Abgeordnete Laſter sich hinter seine angebliche Unwissenheit zurückgezogen. Ich muß gestehen, ich halte ihn für viel unterrichteter,

als er hier erscheinen will; ich glaube, er weiß das ganz genau, hat es aber für seine Argumentation hier nicht passend gefunden, — und er ist ja nicht verpflichtet, alles einzugestehen, was er weiß. (Heiterkeit.) Er sagt uns ja schon so dankenswert vieles von dem, was er weiß. Aber da ist in Amerika die Sache mit einer sehr kurzen Verfassungsbestimmung abgemacht:

»Each house may determine the rules of its proceedings, punish its members for disorderly behaviour, and, with the concurrence of two thirds expel a member.«

Also zwei Drittel können jedes Mitglied ausschließen und das Haus ohne Zweidrittelmehrheit kann strafen nach seinem Ermessen. Zu diesen Strafen gehört, wie die amerikanischen Rechtslehrer weiter ausführen, auch namentlich das Inhaftnehmen, was ja auch in England zulässig ist.

Die Bestimmungen in Frankreich sind nicht so weitgehend, aber sehr scharf einschneidend und gehen auch bis zur Exklusion; schon derjenige, der sich in einer Sitzung zwei Ordnungsrufe zuzieht, der sich in 30 Tagen drei Ordnungsrufe zuzieht, ist gewissermaßen ein verlorener Mann in seiner parlamentarischen Stellung, — es kommen Uebel über ihn, denen er sich nicht leicht aussetzt, wenn er überhaupt sonst eine sociale Stellung hat.

Ich möchte Sie nur bitten, meine Herren, daß Sie diese unsre Vorlage nicht als eine ausschließlich parlamentarische ansehen, gegen Unordnungen gerichtet, die im allgemeinen in unserm und in jedem Parlament vorkommen, oder bei uns allgemein eingerissen wären, — da bin ich mit dem Herrn Vorredner einverstanden: das, was im großen und ganzen geschieht, können wir aushalten, — wenn auch einige Redner andren Parteien

mitunter sehr unangenehme Worte sagen, so halte ich diese doch in keiner Weise in ihrer Wiedergabe für gemeingefährlich. Aber die socialistische Agitation ist ganz etwas anderes, eine Agitation, die sich an die urteilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Notstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das Mittel, das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuschneiden, war Hauptzweck dieses Gesetzes, und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Socialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben, gekommen; als eine Notwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, ist uns der Gedanke der Vorlage gekommen, und unsere Frage an Sie ist: wollen Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beschränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen, nicht gegen die ungefährlichen, sondern gegen die gefährlichen Tendenzen des Socialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir zu den Zeiten der Wahlen und der Attentate Hoffnung hatten, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche, wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Socialisten Ihnen anscheinend schon so fern gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stich lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welches sie überhaupt im Kampfe gegen den Socialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstages nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem

Wege weiterzukommen suchen. Wir sind berechtigt, als Mitglieder der Regierung, darüber unsere eigne Ueberzeugung zu haben, so gut wie irgend ein Abgeordneter, und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Ueberzeugung handeln wollten. (Bravo! rechts. Zwischen links und im Centrum.)

Das Disciplinargesetz wurde abgelehnt.

4. Zum Viehseuchengesetz.

8. März 1879.

In der 17. Sitzung am 8. März stand bei der Statberathung die Position von 50,000 Mark zur Berathung, welche der Reichskasse auf Grund des Gesetzes, betreffend die Maßregeln gegen die Rinderpest erwachsen waren. Nach dem Abgeordneten v. Bethmann-Hollweg hielt der Reichskanzler folgende Rede dazu:

Ich bin dem Herrn Vorredner für seine sachliche Kritik der Gesetzgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir soeben gehört haben, bei der Neubearbeitung des Seuchengesetzes und der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrat und im Reichstag gelangt, daß sachkundige Vertreter der Landwirtschaft, namentlich aus solchen Bezirken, in welchen Seuchenfälle vorgekommen, und die daher aus eigener Erfahrung urtheilen können, wo dieser noch wenig probierte Schuh drückt oder nicht, mit ihrem gutachtlichen Urtheil hinzugezogen werden.

Ich glaube, daß aus der Darlegung des Herrn Vorredners aber doch hervorgeht, daß es für die Behandlung

der Seuchen, wenn sie einmal unsre Grenzen überschritten haben, an Sorgfalt nicht fehlt, im Gegenteil die Sorgfalt vielleicht eine zu weit getriebene ist, und daher eine Minderung stattzufinden hat. Auf der andern Seite kann ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß unsre Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind; ich möchte aber bitten, dafür das Reich nicht als verantwortlich anzusehen, und die Mängel, die dabei hervortreten, nicht einem Mangel an Sorgfalt von seiten des Reiches zur Last zu legen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eignen Beamten, um den Grenzschutz zu üben und zu fördern. Ja, selbst die Zollbeamten, die bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus andern Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehes auf den verbotenen Strecken dieselbe Sorgfalt widmen, die sie sonst dem Schmuggel angedeihen lassen, selbst die Zollbeamten unterliegen in dieser Beziehung nicht der Instruktion des Reiches, sondern der einzelnen Staaten. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der mir manchen Zweifel angeregt hat, wenn ich gesehen und aus den Untersuchungen über die einzelnen Einschleppungsfälle entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehrere Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldpfaden und Furten die verbotene Einfuhr des Viehes stattgefunden hat, und es scheint mir doch fast unmöglich, daß die patrouillierenden Gendarmen, die patrouillierenden Grenzbeamten und der in seinem Kreise umherfahrende Landrat gar nicht auf den Verdacht kommen sollten, daß dort eine Umgehung der Verbotsgesetze, eine Uebertretung der Strafgesetze stattfinden könnte. Ist nun vielleicht die Abneigung gegen irgend eine Art von Denunziation größer, als die Furcht vor

der Gefahr der Verseuchung des eignen Landes, ich weiß nicht, woran es liegt, es scheint mir aber absolut unmöglich, daß unser Verkehr, wie ich dies angedeutet habe, sich so lange Zeit, wie es der Fall gewesen zu sein scheint, der Kenntniß der zur Beobachtung der Gesetzesübertretung angestellten Beamten habe entziehen können. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben ja zur Genüge dargethan, daß Beamte, auch selbst von nicht ganz niedrigster Stellung, mit falschen Attesten bei diesen Einschleppungen, die uns so gefährlich gewesen sind, die unsern ganzen Viehhandel nach England zerstört haben, — vorderhand — daß sie dabei mit Ausstellung von falschen Attesten thätig gewesen sind. Welches wird nun die Bestrafung dieser Uebertretungen sein, man kann wohl sagen, angesichts der Kalamität, die dadurch über unser Land herbeigezogen ist, dieser Verbrechen, daß jemand leichtsinnig, um einen Gewinn zu suchen, das ganze Land der Gefahr der Seuche aussetzt? Nun, meine Herren, ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie das Gesetz wegen Bestrafung fahrlässiger oder verbrecherischer Einschleppung von Seuchen vorgebracht wurde, wie außerordentlich von der Seite, die es für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher als für den ehrlichen Mann (Abgeordneter Laaker: Ich bitte ums Wort!) bei Stellung der Straffätze sich zu interessieren, — Partei genommen wurde, will ich nicht sagen (Zuruf links) — aber wie man mehr Angst hatte, daß dem Verbrecher zu viel geschehe, als davor, daß die Gesellschaft unzulänglich beschützt sei. Es sind die Straffätze ganz außerordentlich gemildert worden, so daß sie in ihren Konsequenzen kaum noch den nötigen abschreckenden Charakter haben, und ich glaube, wir werden durch die

Erfahrung dazu gezwungen, — ich thue es ja sehr ungern, einen gefaßten Beschluß des Reichstages nochmals vorzubringen — ihn zu ändern, und ich weiß, einen wie schwierigen Stand ich damit haben würde. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Strafgesetzgebung gegen das verbrecherische Einschleppen verdächtigen Viehs eine zu milde ist, und daß wir da späterhin, ich will es nicht wünschen, sehr schwere Erfahrungen machen werden. Aber, wenn sich dies häufiger wiederholt, so glaube ich, wird die Mehrheit unter Ihnen sich doch der Pflicht, dem Geschädigten zu helfen, nicht entziehen können, und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden.

Einstweilen aber möchte ich nur bitten, das Reich nicht als verantwortlich anzusehen für diese Einschleppungen, für die Mißbräuche, die an der Grenze jedenfalls stattfinden müssen, um dergleichen zu ermöglichen, sondern lieber in den einzelnen Staaten durch die Landtage der Grenzstaaten und ihre verantwortliche Vertretung darüber zu interpellieren, wie dergleichen möglich ist. Wir im Reiche haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben.

5. Herrn Lasfers Empfindlichkeit.

8. März 1879.

Der Abgeordnete Lasker nahm dem Reichskanzler die vorstehenden Ausführungen sehr übel. „Ich weiß wirklich nicht,“ rief er aus, „welchen Anlaß der Herr Reichskanzler hatte, sich bei dieser an sich so sachlichen Debatte einer persönlichen Gereiztheit zu bedienen. Diese hängt zusammen mit den Dingen, die wir neulich verhandelt haben. Wenn der Herr Reichskanzler von Mitgliedern des Reichstages spricht, die sich mehr des Verbrechers annehmen

als der öffentlichen Wohlfahrt, und dann hinzusetzt, er wolle das zwar nicht gesagt haben, aber er hat es bereits gesagt, wenn diese Worte an eine bestimmte Adresse gerichtet sind, so ist charakterisiert, von welcher Seite die Anregung zu aufregenden Debatten kommt, selbst bei solchen Gelegenheiten, welche an sich nicht den geringsten Anlaß dazu bieten. Es ist sehr gut, daß der Herr Reichskanzler einmal auf frischer That erfahre, wie ein solches Verfahren wirkt.“
Der Reichskanzler:

Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abgeordnete Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, ich habe auch niemand persönlich genannt, ich habe namentlich den Herrn Abgeordneten Lasker nicht genannt — ich glaube nicht, daß ich einen Namen genannt habe. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker sich zu der Bezeichnung derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuieren, als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür.

Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis gibt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit von der sachlichen Kritik verschieden ist, welche ich hier an der Hand unsrer Gesetzgebung und im Interesse der Sicherheit unsrer Viehzüchter geübt habe, und ich möchte dem Herrn Abgeordneten Lasker den Vorwurf geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er eine ganz allgemeine sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben gethan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber benutzt, um mir zu beweisen, daß ich irgend jemand allgemein oder besonders verdächtigt hätte. Ich habe an

den Abgeordneten Lasker in dem Augenblick, als ich sprach, gar nicht gedacht, und es wird mir erst jetzt vollständig gegenwärtig, daß er einer der Redner war, der, wenn ich nicht irre, den Begriff hereinbrachte: es solle demjenigen, der Vieh schmuggelt, die gewinnsüchtige Absicht erst nachgewiesen werden. (Widerspruch des Abgeordneten Lasker.) Ich glaube, es steht drin, ich will es nicht fest behaupten, aber es schwebt mir so vor. Ich bin auf diese Specialien gar nicht vorbereitet, da ich an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abgeordneten Lasker heute nicht im entferntesten gedacht hatte. Er hat gesagt, er habe nur das Strafminimum heruntersetzt. Das ist aber für unsre Richter überhaupt ein regelmäßiges Heruntersetzen des Durchschnitts der Strafe. Wann wird ein Richter je zum Maximum greifen, ehe die Spannung in dem öffentlichen Gefühl nicht so hoch getrieben ist, wie sie vielleicht durch die schweren Verbrechen des vorigen Jahres getrieben worden war! Aber in dem gewöhnlichen Eigentums- und Eigennutzverbrechen ist es mir noch nie vorgekommen, daß der Richter sofort zum Maximum greift. Das Minimum heruntersetzen, heißt also die Strafe heruntersetzen.

Ich glaube auch nicht, daß in einer solchen Gesetzgebung, die zum Schutz unsrer materiellen Interessen recht sehr praktischer Natur ist, die Herren Juristen, sondern die Interessenten das Hauptwort mitreden sollten. (Bravo! rechts.)

Der Abgeordnete Lasker gab sich mit dieser Erklärung noch nicht zufrieden. „Ich bin der Meinung,“ führte er aus, „es hätte der Objektivität einer uns allen am Herzen liegenden Sache weit mehr gedient, wenn die Diskussion sich innerhalb der Grenzen gehalten

hätte, welche der Herr Abgeordnete von Bethmann-Hollweg ihr gegeben hat, und nicht auf die Rekrimation übergegangen wäre, von der ich wiederholt sagen muß, daß sie ohne Zwang durch das Interesse der Sache vom Herrn Reichskanzler geübt worden ist.“ Der Reichskanzler blieb den Bescheid nicht schuldig:

Ich glaube, die Diskussion wird überall den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete zuletzt fixierte, nicht verlassen worden wäre, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergriffen hätte; erst von dem Augenblick an hat sie meines Erachtens die Grenze, die er selbst bezeichnete, verlassen. Ich habe mich vollständig in sachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich diejenigen bezeichne, die stets für die mildesten Strafbestimmungen, für die Herabsetzung der Strafbestimmungen sind; daran hängt er sich, um mich zu kennzeichnen als jemand, der ganzen Kategorien unüberlegte Vorwürfe macht. Ich halte das nicht für unüberlegt, sondern halte es für notwendig, die Ausdrücke so scharf und prägnant zu gebrauchen, daß sie auch im Publikum einen Eindruck machen, um klar zu stellen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen Leute Anspruch machen, bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung uns nicht überall gewährt wird, daß unsere Gesetzgebung in ihren Strafbestimmungen zum großen Teil zu milde ist.

Ich bin außerdem vollständig berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen,

was sie durch diese ihre Abminderung gethan haben, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit welcher der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich das im Lande und in der großen Mehrheit der Abgeordneten erreiche.

Ich habe niemand persönlich genannt, niemand persönlich gekränkt; der Herr Abgeordnete hat sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich selbst urteilen. Ich weiß sehr gut, wohin ich strebe, und was ich mit diesem Angriff gegen die zu milden Strafbestimmungen bezwecke, ist mir vollständig klar und wird auch seine Wirkung thun.

6. Reichskanzler und Ministerpräsident.

8. März 1879.

Der Abgeordnete Dr. Zinn führte aus, der Reichskanzler habe sich über zu laie Ausführung der Strafbestimmungen, betreffend die Viehtransporte seitens der Einzelstaaten beklagt: „Nun, vorzugsweise oder ausschließlich handelt es sich hierbei um Preußen, und da möchte ich denn bei der hohen Wichtigkeit der Sache den Herrn Reichskanzler bitten, den Herrn preussischen Ministerpräsidenten auf die schweren Uebelstände aufmerksam zu machen und um Abhilfe zu ersuchen.“ Der Reichskanzler erwiderte:

Im Namen des preussischen Ministerpräsidenten kann ich dem Herrn Vorredner sagen, daß diese Versuche bereits von mir gemacht worden sind, ich hoffe, mit Erfolg. Ich bitte ihn aber, zu erwägen, daß Preußen von

verschiedenen Ministerien regiert wird, von denen jedes für sein Ressort verantwortlich ist, und daß der Ministerpräsident von Preußen keine verfügende Zuständigkeit gegen irgend eins dieser Ressorts hat. Aber dasjenige, was von seiten des Ministerpräsidenten in Preußen geschehen kann, ist geschehen, und ich hoffe auch, daß es zum Erfolge führen wird.

Ich habe nur die Verantwortlichkeit des Reiches für das, was bisher geschehen ist, salvieren wollen; die Verantwortlichkeit des preußischen Ministerpräsidenten bitte ich dafür doch nicht unmittelbar in Anspruch zu nehmen, namentlich da ich jetzt mit vollem Recht seit Jahren dort Stellvertreter bin und die Identität in dem Grade, wie der Herr Abgeordnete das mit einer ironischen Wendung vorauszusetzen scheint, nicht mehr zwischen dem Kanzler und dem Ministerpräsidenten von Preußen stattfindet.

Damit war die Angelegenheit erledigt; die Position wurde bewilligt.

7. Ueber Auswanderungswesen.

8. März 1879.

Zu dem Statstitel: „Besoldung des Reichskommissars zur Ueberwachung des Auswanderungswesens 12,000 Mark“ hielt nach dem Abgeordneten Dingens der Reichskanzler folgende Rede:

Der Herr Abgeordnete hat den Wunsch ausgesprochen, über das Herkommen der Auswanderung je nach den Provinzen, aus denen sie hervorgeht, nähere statistische Auskunft zu erhalten. Ich halte diesen Wunsch für einen vollkommen berechtigten und werde für seine Erfüllung meinerseits veranlassen, was notwendig ist. Ich lege

um so mehr Wert darauf, als sich aus dieser Statistik zugleich die Frage des Herrn Abgeordneten nach den Gründen, die einen Deutschen veranlassen könnten, sein Vaterland zu verlassen, bis zu einem gewissen Grade beantworten würde. Es wird nämlich aus der Statistik, soweit sie mir bekannt ist, und zwar auch wenn man Jahre in derselben zurückgreift, der merkwürdige Umstand sich ergeben, daß die meisten Auswanderer aus den am wenigsten bevölkerten Gegenden kommen, und daß diejenigen fast überbevölkerten Länder, die vermöge der Entwicklung ihrer Industrie 10 000 und mehr Menschen auf der Quadratmeile nähren, ein sehr dürftiges Kontingent bilden.

Ich glaube, der Herr Vorredner wird aus seiner fabrik- und industriereichen Heimat*) nicht den Eindruck mitbringen, daß dort sehr viele Anwesen von Auswanderern zum Verkauf kommen, und die Auswanderer sehr zahlreich waren. Wenn er hingegen in den hauptsächlich auf den Betrieb der Landwirtschaft angewiesenen Provinzen wohnte, so würde diese Wahrnehmung häufiger vorkommen. Bei weitem die meisten Auswanderer in den letzten Jahren sind aus Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, kurz und gut aus Gegenden, die in vielen Fällen die Zahl von 2000 Menschen auf die Quadratmeile nicht erheblich übersteigen, ja in den mir bekannten Landstrichen meiner Barziner Heimat kaum 1200 übersteigen, und da gerade war die Auswanderung außerordentlich zahlreich.

Was ist nun die Ursache davon? Diese Ursachen werden uns vielleicht eingehender beschäftigen in einigen

*) Aachen.

Monaten, wenn wir die Tariffragen prüfen, wenn wir die Verteilung der Lasten zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Teilen der Bevölkerung prüfen, zwischen der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, und derjenigen, die nicht davon lebt. Ich will auf die Details jetzt nicht näher eingehen, ich will den Herren und auch dem Herrn Vorredner in Bezug auf seine Anfragen bei den Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen Rendezvous geben, da werde ich ihm angeben, warum die Bevölkerung der rein landwirtschaftlichen Provinzen bei uns ins höherem Maße auswandert, als die der über-völkerten Fabrikgegenden. Ich werde daraus zu dem Schluß kommen, daß einerseits das landwirtschaftliche Gewerbe bei uns durch unser Abgaben- und Steuerwesen und verschiedene andre Einrichtungen ungleich beschwert ist. Ich werde ferner zu dem Schluß kommen, daß es für die rein landwirtschaftlichen Gegenden ein Segen sein würde, wenn sie in ihrem Umfange eine entwickeltere Industrie fänden, welche sich weiter bilden könnte, so daß beide sich gegenseitig unterstützten. In den vorwiegend industriellen Gegenden ist dem Arbeiter die Karriere nicht verschlossen, die Karriere zu den höchsten Bildern, welche seine Phantasie ihm stellen kann. Der Marschallstab, den angeblich der französische Soldat in seinem Tornister trägt, befindet sich dort in der That in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp, wie Diergart, wie Vorsig, ich könnte andre nennen, Marschälle der Industrie nennen darf. Die Karriere ist dort nicht verschlossen, der Arbeiter in der Industrie hat die Möglichkeit, aufzusteigen, er steigt als besserer Arbeiter zuerst zu dem höheren Tagelohn, dem höheren Wochenlohn auf, er bekommt eine bessere Anstellung als Contremaitre, als

Werkführer, und die Beispiele sind ja nicht so sehr selten, daß sie nicht der Hoffnung eines jeden schmeicheln sollten, daß einer unter ihnen sich zum leitenden Beamten, zum Associé, ja zum Herrn einer großen Industrie, eines großen Vermögens aufgeschwungen hat. Die Hoffnung, deren der Mensch bedarf, daß in dem ewigen Einerlei des Arbeiterlebens, wenn nicht für ihn, doch für seine Kinder etwas besser werden könnte, verläßt den industriellen Arbeiter nicht.

Anders ist es in der Landwirtschaft. Der ländliche Arbeiter, wenn er in dem Alter ist, daß er heiratet und über seine Zukunft nachdenkt, findet in rein landwirtschaftlichen Gegenden, daß die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation eine unüberwindliche ist, daß es einem arbeitssamen Glücklichen, insofern als er durch Krankheiten nicht zurückgebracht und gestört wird, eine in ihrem Erwerb glückliche Generation erfordert, um den Arbeiter eine Stufe vorwärts zu bringen, ihn zum Eigentümer eines kleinen Anwesens mit einer Dachtraufe, aber was ihm selbst gehört, zu machen, ihm zu einem kleinen Stück eignen Landes zu verhelfen. Er sieht vor sich, daß sein Nachbar, der 60 Jahre lang das Gewerbe eines ländlichen Arbeiters getrieben hat, eben in diesem Verhältnis geblieben ist. Eine große Schädigung in der Entwicklung der ländlichen Verhältnisse hat in dieser Hinsicht die gesetzliche Aufhebung der Erbpacht gebracht, die ein Mittel war, jemand leicht zu Land zu verhelfen und zu einem unantastbaren Grundbesitz, und ein viel leichteres Mittel als die Teilung von Domänen, die man vorgenommen hat, und wo man die Teilstelle nach dem Urteil eines jeden, der die ländlichen Verhältnisse kennt,

viel zu hoch gegriffen hat. Wenn man in unsern ausschließlich landwirtschaftlichen Provinzen den Erwerb von Grundeigentum durch das System der Erbpacht, das keine Kapitalanlage erforderte, erleichterte, wenn es unsrer Gesetzgebung später gelingt, Industrie, die nicht eine Konkurrentin in der Landwirtschaft ist, in jenen Gegenden zu fördern, so daß Produzenten und Abnehmer für verschiedene Artikel dicht nebeneinander wohnen, dann, glaube ich, wird der Herr Vorredner nicht mehr über die hohen Ziffern der Auswanderung klagen. Sie sind ja in den letzten Jahren sehr viel vermindert; das hat aber meines Erachtens keine dauernden Gründe, sie würden unter gewissen Verhältnissen, die einseitig auch in Amerika eintreten könnten, ebensogut wieder einen Aufschwung nehmen.

Ich erlaube mir also, dem Herrn Vorredner zu versprechen, daß die statistischen Nachrichten, die ihm fehlen, nachgeliefert werden sollen, und die Absicht auszusprechen, auf diese Statistik und die Wirkung unsrer bisherigen Gesetzgebung auf die Auswanderung zurückzukommen, wenn wir die wirtschaftlichen Fragen hier behandeln werden. (Bravo! rechts.)

8. Die Regierung Elsaß-Lothringens.

21. und 27. März 1879.

Der elsässische Abgeordnete Schneegans brachte im Reichstage den Antrag ein: „Den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte.“ Der Antragsteller begründete denselben in der 24. Sitzung am 21. März mit politischen und administrativen Gründen und schloß mit den Worten: „Geben Sie Elsaß-

Lothringen die Freiheit der inneren Bewegung und Entwicklung, die ihm heute noch fehlt, so werden Sie erkennen, daß diejenigen, die heute vor Sie treten und den Antrag auf Selbständigstellung unsrer Regierung und Landesvertretung verteidigen, nicht nur an einem Werke der lokalen Landesreform, sondern noch viel mehr an einem Werke der internationalen Versöhnung, an einem Friedenswerke im vollsten Sinne des Wortes arbeiten. Obgleich sich im letzten Kriege, der uns wie ein Bruderkrieg berühren mußte, der Sieg nicht zu den von uns verteidigten Fahnen wendete, stehen wir auf demselben Standpunkte wie früher, und die Tradition unsrer Vorfahren, daß das Elsaß nicht eine Scheidewand, sondern eine Brücke friedlichen und gemeinsamen Kulturwirkens zwischen Deutschland und Frankreich sein soll, ist noch heute die unsrige.“ Nachdem dann noch der Abgeordnete Kahlé für den Antrag gesprochen hatte, erhob sich der Reichskanzler:

Ich glaube, es wird die Diskussion erleichtern und klären, wenn ich schon jetzt das Wort ergreife, nachdem wir ein Für und ein nicht volles Dawider aus dem Reichslande gehört haben.

Ich kann nicht leugnen, daß die ganze Entwicklung des ersten Herrn Redners überwiegend wohlthuend auf mich gewirkt hat und es noch mehr gethan haben würde, wenn er es hätte unterlassen können, am Schluß seiner Rede einen gewissen Appell nach Paris hin zu richten, der hier kein Echo finden kann, (Sehr richtig!) wenn er es hätte unterlassen können, in diesem Teile seiner Rede seine Heimat als ein künftig neutrales Land darzustellen, auf dem die französischen Sympathien gleichberechtigt mit den deutschen sein würden. Diese geteilte Liebe, meine Herren, können wir nicht annehmen. (Sehr richtig!)

Der Herr Vorredner hat an die mehrfachen Aeußerungen erinnert, mit denen ich im Jahre 1871 den autonomen Wünschen, die sich jetzt kundgeben, entgegengekommen bin, in der Hoffnung damals, daß sie sich früher

schon in dieser Versammlung zum Ausdruck bringen würden. Ich kann sagen, sie kommen spät, aber sie kommen, und mir persönlich sind sie willkommen. Ich bin ja nicht berechtigt, hier in meiner Eigenschaft als Reichskanzler zu sprechen, ich spreche in derjenigen eines Ministers von Elsaß-Lothringen, aber ich spreche doch im prinzipiellen Einverständnis mit Sr. Majestät dem Kaiser, soweit es Elsaß-Lothringen anbelangt, und würde mich nicht speciell in der Sache äußern können, wenn ich mich nicht davon vergewissert hätte. Dieses Einverständnis Sr. Majestät, in diesem Fall meines territorialen Landesherrn, genügt aber nicht, um dem, was ich späterhin über die Zukunft, über die minimalen Bedingungen, die der erste Herr Redner formuliert hat, sagen werde, volle authentische Kraft zu gewähren. Dazu ist eine gemeinsame Thätigkeit der gesetzgebenden Faktoren, und zwar vor allem der verbündeten Regierungen im Bundesrat erforderlich. Ich kann hier nur das sagen, was ich bei Sr. Majestät dem Kaiser, wie ich glaube, mit Erfolg, und bei den verbündeten Regierungen mit Hoffnung, befürworten will; ich glaube, daß der erste Herr Redner darin ein weites Entgegenkommen finden wird. Wenn ich nicht mehr ganz auf dem Punkte, ich könnte sagen, meiner ersten Jugendliebe zu den Reichslanden stehe, nicht mehr ganz auf dem für mein damaliges Alter schon kaum anwendbaren Ausdruck einer begeisterten Hoffnung, die ich daran knüpfte, in der glücklichen Empfindung, diese alten Reichslande wiedergewonnen zu sehen, so ist das nach den Zeiten, die wir inzwischen erlebt haben, doch wohl erklärlich. Ich kann hier auf alle Elemente, die zu meiner Entmutigung mitgewirkt haben, nicht eingehen, der Herr Vorredner hat sie, zum Teil in übertriebener Form, erwähnt; ich will

nur das Eine erwähnen. Der erste Meßtau, der auf meine Hoffnungen fiel, waren die ersten Wahlen in Elsaß-Lothringen, die Erinnerung an den Protest, den wir hier im Namen, angeblich im Namen der ganzen Bevölkerung, aus dem Munde des Herrn Teutsch und unter Zustimmung seiner sämtlichen damaligen Kollegen hören mußten. Es war das dieselbe Tonart, wie wir sie noch heute aus dem Munde der geistlichen Vertreter dieses Landes, der Herren Winterer, Simonis und Guerber, zu hören bekommen, und die doch unter ihren Wählern zahlreich vertreten sein muß. Wir können annehmen, daß diese geistlichen Herren uns die Stimmung, welche sie zu vertreten haben, doch geläutert durch christliche Milde, die dem Geistlichen eigen ist (Heiterkeit), hier vorgetragen haben. Wir müssen also befürchten, daß die Wähler den laienhaften Zorn, der den Geistlichen fehlt, den Priestern der Versöhnung und des Friedens, in diesem Hause schärfer zum Ausdruck bringen würden, als die Geistlichen, die priesterlichen Vertreter, es ihrer Kleider, ihrer Würde und ihrer christlichen Mission angemessen finden. Wenn ich darauf zurückgehe, wenn ich mir diese Stimmung vergegenwärtige, wenn ich mir vergegenwärtige, daß sie im Lande vorhanden sein muß und noch immer vorhanden sein muß, sonst hätten die Herren nicht gewählt werden können, deren Abneigung gegen jede Annäherung doch die Grenze, die sich der zweite Herr Redner zog und die für seinen Standpunkt schon ein erhebliches Entgegenkommen bildet, weit hinter sich zurückläßt . . . Wir werden daher doch immer alles, was wir diesem Lande an Autonomie konzedieren, alles, was ich im Jahre 1871 nach Ausweis meiner damaligen öffentlichen Rede bereit war, zu konzedieren, immer unter dem Gesichtspunkt

betrachten müssen, ob es mit der Sicherheit der Reichslande, ob es mit der Sicherheit des Reiches auch in weniger friedlichen Zeiten, als sie im Augenblick vorhanden und in den nächsten Jahren zu hoffen sind, verträglich sein wird. Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, welches mit der militärischen Sicherheit des Reiches auf dieser Seite verträglich ist. Das ist ein orakelhaftes Wort, welches in sich selbst seine Grenzen verändern kann, das aber doch das Prinzip ausdrückt, nach dem wir allein handeln können und handeln müssen — unsre Urteile über das Maß dessen, was wir geben wollen, können ja sehr verschieden sein. Ich habe damals unter dem Eindruck der Abföhlung, die ich durch das Auftreten der vorhin bezeichneten Protestabgeordneten erfuhr, mich weiter von den Geschäften des Elsaß zurückgezogen und bin mir selbst bedenklich geworden, ob es richtig war, daß ich als Reichskanzler zu den andern Aufgaben, die ich hatte, zu den allgemeinen auch die eines alleinigen und regierenden Ministers eines Landes von anderthalb Millionen Einwohnern übernahm, und zwar eines Landes, das, wie der erste Herr Redner richtig bemerkte, dadurch die Verwaltung erschwert, daß es so weit von dem Sitze des Souveräns und des Reichskanzlers abliegt. Wir haben uns zuerst geholfen durch Abbürdung eines Theils der ministeriellen Befugnisse auf den Oberpräsidenten, aber der Mangel ist allerdings der, daß die Leitung und die Hauptleitung der dortigen Politik einem Beamten anheimfällt, der nicht selbständig der verantwortliche Vertreter seiner Handlungen ist, auf dem nicht die ministerielle Verantwortlichkeit ruht; der Reichskanzler trägt sie

für ihn, und die Schwierigkeiten, die ein solches dualistisches Verhältnis bietet, hat ja der erste Herr Redner drastischer vielleicht, als für den Zweck der Annäherung nötig war, geschildert. Ich bin nicht berufen, hier öffentlich in die Einzelheiten seiner Kritik einzugehen, vielleicht wird das mein Kollege neben mir (Unterstaatssekretär Herzog) in einem späteren Stadium der Beratung thun; ich will mich hier nicht mit der Vergangenheit, nicht mit der Widerlegung von Rekrimationen, sondern mehr mit der Zukunft beschäftigen.

Nach dem entmutigenden Gefühle, mit dem ich dieser ganzen Aufgabe, für mich als Reichskanzler doch notwendig Nebenaufgabe, gegenüberstand, habe ich mich gefreut, auf dem Wege des Stellvertretungsgesetzes die Verantwortlichkeit von mir abbürden zu können, und ich möchte in diesem Punkte den ersten Herrn Redner berichtigen, — es steht in Gestalt des mich vertretenden Ressortchefs kein unverantwortlicher, sondern ein verantwortlicher Minister Ihnen gegenüber —, die Verantwortlichkeit geht mit der Stellvertretung auf die Herren über, die mich vertreten, sonst würde es keine Vertretung sein. Aber es bleibt ja richtig, daß die 200 Stunden, wie der Herr Vorredner sagt, die zwischen der hiesigen Verwaltung und Elsaß-Lothringen liegen, die Teilung, die zwischen der Ministerialbefugnis und der Oberpräsidialbefugnis so gemacht ist, daß die Hauptaccente der Geschäfte doch schon jetzt mehr in Straßburg als hier in Berlin liegen, so gemacht ist, daß nach den mir aus den Akten gewordenen Mitteilungen kaum einige Hundert Nummern aus der ganzen Verwaltung jährlich überhaupt hier zur Entscheidung gelangen, daß diese Teilung keine richtige ist, und daß derjenige, der die Verantwortlichkeit trägt,

auch den Geschäften näher stehen sollte. Damit konzediere ich schon eines der hauptsächlichsten Prinzipien für meine Person, die der Herr Vorredner angeregt hat. Für mich, für meine Stellung als Reichskanzler werde ich ja nachher die Frage stellen: wird die Trennung eine vollständige, oder bleibe ich bis zu einem gewissen Maße noch verantwortlich? Mir wäre es erwünscht, wenn sie vollständig wäre; denn ich kann eine Verantwortung für Dinge, die ich nicht kontrollieren kann, und für Personen, die ich in ihrer Ernennung doch nicht ad nutum revozieren kann, auf die Dauer nicht tragen. Die Geschäfte haben mitunter eine Wendung genommen, die ich nicht ändern konnte, obschon ich sie nicht billigte, und deshalb wäre es mir am liebsten, ich würde von jeder Beziehung zu diesem mit meinen sonstigen Reichsgeschäften eigentlich nicht notwendig in Verbindung stehenden Nebenamte befreit. Es sollte dieses Amt eben kein Nebenamt sein. Wer Minister dieses Landes sein will, der muß es meines Erachtens als Hauptamt und als einziges Amt haben. (Sehr richtig!)

Ich bitte die Herren um Verzeihung, wenn ich mit etwas Ermattung spreche. Wie so viele von Ihnen, leide auch ich sehr unter Erkältung, und wenn es mir diese Sache nicht gerade zum Zwang gemacht hätte, so würde ich vorgezogen haben, heute nicht unter Ihnen zu erscheinen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich nicht mit voller Geläufigkeit mein Thema beherrsche.

Ich komme zu dem, was der Herr Vorredner die Minimalbedingung nannte, und ich habe schon erwähnt, daß ich damit mich als elsässischer Minister in der Hauptsache und prinzipiell einverstanden zu erklären berechtigt bin und es auch thue. Ich habe den verbündeten

Regierungen die Fragen, die sich daran knüpfen, vorgelegt. Die Zeit ist aber zu kurz, seitdem dies geschehen ist, als daß schon eine Verständigung darüber erfolgt sein könnte.

Ich hatte mir vorgenommen, diesen Fragen überhaupt nicht eher näher zu treten, als bis sie aus dem Lande selbst angeregt würden. Das ist jetzt geschehen; und ich habe seitdem erst den verbündeten Regierungen meine Ansicht mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers mitgeteilt. Die Beschlüsse sind zu erwarten, und ich werde dafür thätig sein, daß sie im Sinne des Planes ausfallen, den ich im Skelett darlege.

Es ist zunächst der Frage näher getreten, ob es richtig gewesen und nützlich ist, dabei zu verharren, daß Elsaß und Lothringen ein Land und eine gemeinsame Verwaltung bilde. Ich sehe diese Frage als eine offene an.

Es ist die Homogenität der Landschaft wesentlich dadurch vermindert, daß sie beide verschmolzen sind. Es ist möglich, daß Elsaß an sich und gesondert schneller und fester sich konsolidieren könnte, als wenn es mit dem heterogenen Element Lothringen gekuppelt bleibt, und es ist ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, für jeden dieser beiden Landesteile eine gesonderte Regierung einzurichten. Ich muß indessen gestehen, daß ich zu dieser Frage, die sorgfältige politische und militärische Erwägungen erfordert, eine Stellung in diesem Augenblick und namentlich nicht zu nehmen beabsichtige, bevor ich weiß, wie die verbündeten Regierungen sich darüber aussprechen.

Anderes liegt es mit den anderweiten Wünschen, denen der Verlegung der Regierung in der Hauptsache nach Straßburg, der Initiative des Landtages, der Verstärkung desselben und der konsultativen Stellung im Bundesrat.

Was zunächst eine Verlegung der Regierung von Berlin nach Straßburg betrifft, der Regierung, die heutzutage in der vermöge des Stellvertretungsgesetzes selbständigen, verantwortlichen Abteilung des Reichskanzleramts, die den Namen nach Elsaß-Lothringen führt, besteht, so ist die thatsächlich leicht möglich. Diese vollständig getrennte, in ihrer Verantwortlichkeit unabhängige Behörde kann einfach nach Straßburg versetzt werden. Ich bevormorte, daß unter dem, was ich anführen werde, nach Lage der Gesetzgebung für die Reichslande kaum eine einzige Maßregel sein wird, die ohne einen Akt der Reichsgesetzgebung vollzogen werden könnte. Die Gesetzgebung ist eine so mannigfaltige und beruht so sehr auf den einzelnen Voraussetzungen, die jetzt existent sind, daß wahrscheinlich für die kaiserliche Verordnung in allen den Fragen, die ich erwähnen werde, kein Spielraum sein wird, sondern das Ganze wird ein Akt der Gesetzgebung sein müssen.

Also die Verlegung der durch die Stellvertretung selbständigen Abteilung für Elsaß-Lothringen wäre gesetzlich leicht zu machen. Ich glaube aber aus Gründen, die wir in der weiteren Verhandlung der Gesetzgebung prüfen werden, nicht, daß es thunlich ist, die sozusagen kahle Abteilung dahinzuschicken. Ich glaube, wir müssen ihr eine Spitze von größerem Gewicht geben, wir müssen dort einen Statthalter einrichten, worunter ich nicht eine selbständige fürstliche Existenz, sondern einfach, was das Wort besagt, einen Statthalter verstehe, auf den aber ein Teil auch der Rechte, die nach französischem Gesetz dem Landesherrn zustehen, übertragen werden kann. Das französische Recht erfordert bekanntlich das persönliche Einschreiten des Landesherrn, seine eigne Unterschrift

in sehr viel weiterer Ausdehnung, als irgend eine analoge deutsche Einrichtung, und ich glaube, daß ein großer Teil der monarchischen Rechte, so wie sie nach französischem Recht liegen, in der Ausübung ohne Schaden einem Statthalter übertragen werden kann.

Ich halte es aber auch für dringend notwendig, daß die Landesteile, mag man das Elsaß allein oder Elsaß und Lothringen meinen, einen bestimmten, festen socialen und politischen Mittelpunkt haben und eine Behörde mit mehr Machtvollkommenheit als der Oberpräsident, die unter Umständen mehr zu geben und zu nehmen imstande, im Lande sei und im direkten Verkehr von Mann zu Mann mit den Einwohnern stehe und rede, — mit andern Worten: ich stimme für die Herstellung einer Statthalterei mit einem verantwortlichen Ministerium, das drei bis vier Abteilungen haben kann, ohne daß es gerade drei bis vier Beamte mit Ministerrang zu haben braucht, sondern ähnlich wie im Großherzogtum mit analoger Größe, mit Ministerialdirektoren, die dort wohnen.

Die schwierigste Aufgabe ist die Verbindung dieser Organisation mit dem Landesherrn, der seine Residenz nicht dahin verlegen kann, wenigstens nur sehr vorübergehend. Da wird es also unabweislich sein, daß bei dem Landesherrn sich mindestens ein Kabinettsrat befindet, der den Vortrag hat und die Unterschriften herbeiführt, soweit kaiserliche Unterschriften erforderlich sind. Die Frage ist nun: soll dieser Kabinettsrat in irgend eine Beziehung zu dem Reichskanzler treten oder nicht? Ich kann darin eine bestimmte Meinung nicht äußern, sondern nur sagen, daß der Wunsch Sr. Majestät des Kaisers sein würde, den Reichskanzler nicht absolut ausgeschlossen zu sehen, sondern sich die Möglichkeit zu wahren,

über die Zweckmäßigkeit Allerhöchster Vollziehungen mit dem Reichskanzler in Verbindung zu treten. Indessen, es kann das ja auch eine rein persönliche Beziehung sein, und ich habe meinerseits nichts dawider, soweit Se. Majestät der Kaiser es befehlen würde, aus der Stellung eines Reichskanzlers in die eines Kabinettsrats oder eines Adjutanten zurückzutreten. (Heiterkeit.)

Eine amtliche Klarlegung dieses Punktes wäre kaum erforderlich und für mich kaum erwünscht, weil dann doch die Verantwortlichkeit schließlich immer wieder schwerer auf mich anrücken würde, und ich möchte mich so weit davon abstellen, wie ich will — es würde immer bleiben, daß post equitem sedet atra cura, sie würde mir folgen.

Die zweite Frage, die der erste Herr Redner gestellt hat, ist die der Initiative des Landesauschusses, eine Frage, die ich unbedenklich zu bejahen bereit bin, ebenso wie die der Verstärkung des Ausschusses. Es ist nur die Frage, wie diese Verstärkung zu gewinnen sein wird, ob durch Zusammenziehung der zwei oder drei Bezirksvertretungen, oder ob durch eine Ergänzung aus einem andern Wahlmodus, sei es aus den Kreistagen oder irgendwie sonst. Aber im Prinzip, um dessen Klarlegung es sich heute doch nur handelt, habe ich kein Bedenken an diesen beiden Punkten der Initiative und der Verstärkung. Ehe wir den Details näher treten, würden ja formulierte Paragraphen, gesetzgeberisch gefaßte Vorlagen an den Bundesrat treten müssen.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Stellung des Reichslandes zum Bundesrat. Jede Berechtigung für das Reichsland, Mitglieder des Bundesrats zu ernennen, wenn sie ebenso ausgeübt werden soll wie für die übrigen Bestandteile des Reichsgebietes, würde in letzter Instanz

nichts weiter sein als eine Vermehrung der preussischen Stimmen von 17 auf 19 oder 20, je nachdem man 2 oder 3 nimmt, denn Se. Majestät der Kaiser kann unmöglich die bundesrätliche Vertretung für die Reichslande persönlich anders konstruieren als die für das Königreich Preußen, und für beide beruht die Bestimmung schließlich auf dem persönlichen Willen und der persönlichen Entscheidung des Monarchen, sie mag durch ministerielle Verantwortlichkeit gedeckt oder getragen sein, wie sie wolle. Die preussischen und die elsässischen Vertreter im Bundesrate würden nicht gegeneinander stimmen können.

Eine Verschiebung der jetzigen Stimmverhältnisse im Bundesrat wäre eine wesentliche Verfassungsänderung, und ich mag für deren Initiative die Verantwortung nicht auf mich nehmen, und ich glaube, sie würde auch wenig Aussicht auf Erfolg haben; von den preussischen 17 Stimmen einige an die Reichslande abzutreten, würde eben ja nur reine Formsache sein, da sie doch nicht anders instruiert werden können als die übrigen 15 oder 14 Stimmen, zumal da schon jetzt der Kaiser instruiert und dabei in seiner Eigenschaft als Inhaber der landesherrlichen Rechte des Elsaß doch auch den Beruf in sich fühlen wird, die Interessen der Elsässer wahrzunehmen. Stimmberechtigte Mitglieder des Bundesrats aber von seiten des Landesausschusses zur Vertretung der Landesinteressen ernennen zu lassen, würde in den Bundesrat ein neues Element hineinbringen, zu dem ich 1871 vielleicht noch Glauben und Vertrauen gehabt hätte, denen aber, angesichts der Vertreter, die wir heute noch in der Mehrheit haben und die ich vorher namentlich genannt habe, ich nicht den Mut haben würde, ein Gewicht im Senat der deutschen Bundesgenossen einzuräumen.

Etwas andres iſt aber die Frage der Möglichkeit, die Interellen des Landes im Schoße des Bundesrats geltend zu machen, mit andern Worten, es beſchäftigt mich ſehr lebhaft die Frage, ob und unter welchen Formen es möglich ſein wird, dem Reichslande, alſo der Landesvertretung, das Recht zu geben, daß ſie hier eine konſultative Vertretung im Bundesrate ausübt. Daß es in der Möglichkeit liegt, die Wünſche des Landes auch bei der Vorberatung der Geſetze im Stadium des Bundesrats mit der Autorität der öffentlichen Meinung oder der Stimmung der Landesvertretung im Bundesrate geltend zu machen, — ſoweit ich in der Lage bin, mich über die Frage, die uns beſchäftigt, zu äußern, erkläre ich, daß ich auch dieſem Anſpruch zuſtimmen würde; ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, obſchon das eine große verfaſſungsmäßige Neuerung iſt, daß er auch im Bundesrat bei den verbündeten Regierungen Anklang finden würde, denn im Grunde liegt darin eine Teilung der Macht, die biſher der Kaiſer allein landesherrlich ausübte mit dem Bundesrat. Es liegt darin die Zulaffung eines Einflusses der übrigen verbündeten Staaten auch in den vorberatenden Stadien der Verwaltung und Geſetzgebung, es liegt darin die Herſtellung einer, wenn man will, Beſchwerdeinſtanz gegen die Landesregierung, denn die Vertreter des Eläffer Landesausschusses würden in dem Falle ſein, jederzeit eine Anregung jeder Frage im Bundesrat wenigſtens herbeizuführen, es würde eine ſehr wirkſame Beſchwerdeinſtanz ſein, bei der die Beſchwerde ſofort an eine große und amtliche Glocke gehängt werden kann. Außerdem wäre es vielleicht nützlich, daß die Landesvertretung einen — ich könnte ſagen, diplomatiſchen Vertreter beim Kaiſer hier hätte, mag es zuſammenfallend

mit dem Bundesrat sein, mögen es zwei sein, aber ich meine, die beiden müßten sich teilen oder müßten gemeinschaftlich ausüben das Recht des Appells, der Beschwerde, der Initiative, des Antrages bei dem Kaiser als Landesherrn, und bei dem Repräsentanten der Gesamtsouveränität, dem Bundesrat. In welcher Weise die Mitgliedschaft für dieses beratende oder diese beiden beratenden Mitglieder im Bundesrat amtlich und kalendermäßig konstatiert wird, das ist eine Frage der Form, über die man leicht hinwegkommen wird.

Wenn es überhaupt gelingt, dieses Programm, wie ich es hier sehr unzusammenhängend und schlecht stilisiert augenblicklich skizziere, aber doch verständlich — wenn es gelingt, die Zustimmung der Regierung und dieses hohen Hauses dafür zu gewinnen, so glaube ich, wird darin ein erhebliches Entgegenkommen liegen. Ich würde diese Konzession meinerseits ohne Besorgnis für die Sicherheit des Reiches machen, weil die militärischen Verhältnisse in der Hand des Reiches und des obersten Kriegsherrn bleiben und auch die übrigen staatlichen Attributionen, und weil ich, wenn die Sache sich nicht bewährt, die Konzession nicht als eine unwiderrufliche betrachte; auf demselben Wege der Gesetzgebung, auf dem sie geschaffen wird, kann sie, wenn sie sich nicht bewähren sollte, wieder aufgehoben, und wenn sie sich bewährt, vervollständigt und erweitert werden, und ich hoffe, daß das letztere in dem Maße der Fall sein wird, in welchem sich im Elsaß der gesunde Sinn der Bevölkerung von unten herauf durcharbeitet und sich der Herrschaft bemächtigt im Gegensatz zu einer großen Zahl von — Parisern, möchte ich sagen, die im Elsass geblieben sind, nicht Franzosen, denn zwischen Franzosen und

Parisern unterscheide ich erfahrungsmäßig sehr scharf, der Elemente, die dort in den gebildeteren Klassen zu Hause sind oder doch in diesen allein ihren Ausgangspunkt und ihren Halt haben. Alle meine Nachrichten stimmen darin überein, daß in der Massenbevölkerung, namentlich aber in der ländlichen, die für uns Vertrauen erweckende Gestaltung der Dinge wesentlich im Wachsen und Zunehmen begriffen ist, auch namentlich durch die beginnende und werdende Wirkung, welche die allgemeine Wehrpflicht auf diejenigen ausübt, die ihren Militärdienst durchgemacht haben und in ihre Heimat zurückkehren, und ich bin überzeugt, daß unser guter Wille, der ja unvermindert ist, wenn auch bei mir wenigstens der Mut und die Hoffnung auf die Zukunft nicht derselbe ist wie 1871 — daß unser unverminderter guter Wille mit der Zeit die Sprödigkeit der Kreise, die uns bisher widerstreben, überwinden wird, wenn wir sie ruhig bei ihrer Arbeit lassen. Ich möchte, daß wir es über uns gewinnen, sie nicht zu sehr zu stören, weder durch Einwirkung unsrer gesetzgebenden Körperschaften, noch durch Einwirkung unsrer Bürokratie. Ich habe noch heute Vertrauen zu dem deutschen Keim, der unzerstört, wenn auch überwuchert von dem glänzenden Firnis der hundertjährigen französischen Angehörigkeit, doch unzerstört vorhanden ist, und ich glaube, daß die früher französisch gezogene, von uns frisch gestuzte deutsche Eiche kräftig wieder ausschlagen wird, wenn wir Ruhe und Geduld haben, und wenn es uns gelingt, die Fehler unsres eignen Charakters — am Zuvielregieren, möchte ich sagen, zurückzuhalten und zu mäßigen, und uns der ruhigen Beobachtung des Wachstums mehr hinzugeben als dem Bedürfnis, an der Pflanze zu modeln und zu schneiden.

Ich werde es dankbar anerkennen, wenn von den verschiedenen Standpunkten aus, die im Reichstag vertreten sind, den ersten Ideen, die ich hiermit Ihrer Kritik unterbreite, beleuchtend näher getreten wird, und werde sehr gern bereit sein, da, wo ich zu unvollständig, lückenhaft und unzusammenhängend gewesen bin, nähere Auskunft zu geben. (Lebhaftes Bravo!)

Die Debatte wurde hierauf abgebrochen, und die weitere Verhandlung über den Antrag Schneegans bis zum 27. März vertagt. In dieser, der 27. Sitzung des Reichstages, sprachen nacheinander der Unterstaatssekretär Herzog, die Abgeordneten Loretti, Bezanson, v. Puttkamer, Schneegans, Frhr. v. Schorlemer, Schenk v. Stauffenberg, Dr. Löwe, Windthorst, Hänel. Zuletzt erhob sich der Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich bin den Herren, die heute gesprochen haben, sehr dankbar, daß sie meine Bitte erfüllt haben, mir im Namen der verschiedenen Fraktionen mitzuteilen und öffentlich mitzuteilen, wie sie die oberflächliche Skizze, die ich von den Absichten der Reichsregierung bei der ersten Verhandlung über diesen Gegenstand geben konnte, aufgefaßt haben. Der Zweck meiner Anwesenheit bei dieser Sitzung mußte ja ein wesentlich informativischer sein, und den habe ich ja zu meiner großen Genugthuung erreicht und mich darüber gefreut, daß wir hier über eine Frage verhandeln, in Bezug auf welche die Meinungen der verschiedenen hier vertretenen Richtungen sich weniger kampfbereit gegenüber stehen als in Bezug auf manche andre. Ich habe eine sehr wesentliche Abweichung von der Skizze, die ich mir zu geben erlaubte, eine so große Abweichung, daß ich heute schon erklären möchte, ich verzweifelte daran, die Kluft, die mich von ihr trennte, übersteigen zu können, nicht wahrgenommen, wenn ich die von den

Herren Windthorst und v. Schorlemer vertretenen Anträge, sofort auf eine den übrigen Bundesstaaten gleichbedeutende konstitutionelle Verfassung einzugehen, nicht als dringliche Anträge ansehe. Im übrigen aber habe ich auch in der Fraktion, der diese beiden Herren angehören, eine Bekämpfung dessen, was in Arbeit ist, nicht aus ihren Reden entnommen und verzweifle nicht daran, daß wir zu einem Ergebnis werden kommen können, welches sich im Reichstage einer großen Majorität erfreuen wird. Ich kann mich darüber bestimmter erst aussprechen, wenn ich die Absichten der verbündeten Regierungen in weiterem Umfange kenne, als es bisher der Fall war. Ich habe bisher nur Gelegenheit gehabt, in vertraulichen Besprechungen, zum Teil mit den Landesherren selbst, Äußerungen darüber zu vernehmen, und noch keine, die nicht im Prinzip zustimmend gewesen wäre, aber die Majorität hat sich erst im Bundesrat festzustellen, inwieweit die Wünsche des Herrn Abgeordneten Hänel erfüllbar sein werden, daß der Bundesrat zu einer Vereinfachung der Landesregierung die Hand biete, so daß die Landesregierung sich mehr als bisher zwischen dem Träger der landesherrlichen Rechte, Sr. Majestät dem Kaiser und den Landesvertretungen von Elsaß-Lothringen abspinnt, und daß die Mitwirkung des Bundesrats parallel mit der des Reichstages da eintrete, wo die Reichsgesetzgebung angerufen werden muß, was ja ebensowohl von seiten des Landes und seiner Vertreter, wie von seiten der Bundesregierungen und des Reichskanzlers der Fall sein kann. Es liegt auch in meiner Absicht nicht, daß diese höchste Kompetenz der Reichsgesetzgebung aufgegeben werde, sondern nur, daß das Reich aus der Verwaltung und den gewöhnlichen Regierungsgeschäften, auch aus der

Laufenden Gesetzgebung sich mehr zurückziehe, daß aber die Reichsgesetzgebung in ihrem Zusammenwirken von Reichstag und Bundesrat doch die Instanz bleibe, an die von beiden Seiten appelliert werden kann, sowohl vom Lande wie von der Regierung, wenn sich beide Teile unter sich nicht vereinbaren können.

Daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ihre Vertretung im Bundesrat finde, halte ich nicht für eine republikanische Einrichtung, sondern im Gegenteil für einen genauen Ausdruck des wirklich stattfindenden Verhältnisses, indem dort die Vertreter der Bevölkerung sich — und es ist, glaube ich, der einzige direkte Berührungspunkt mit dem wirklichen Souverän in seiner Gesamtvertretung im Bunde, — in unmittelbarer Berührung finden, nicht gleichberechtigt mit ihm, sondern, in Achtung des monarchischen Prinzips an dieser Stelle, wo die Souveränität in ihrer korporativen Vertretung ihr Wort zu sprechen hat, nur mit konsultativer Stimme, während sie ihren immer nicht republikanischen Ausdruck hier im Reichstag durch volles Botum findet. Ich glaube, daß die Einrichtung und der Vorschlag die Charakterisierung eines republikanischen*) nicht verdient hat und diese Andeutung sie nicht mit Recht trifft.

Ich lege hauptsächlich aus zwei Gründen Wert auf die Beteiligung der Bevölkerung am Bundesrat. Einmal ist es, wie mir die Herren aus den Reichslanden wiederholt versichert haben, im ganzen Lande als eine, wie sie sich französisch ausdrücken, *question de dignité*, empfunden, also als eins der *Imponderabilien* in der Politik, die oft viel mächtiger wirken als die Fragen des

*) Wie sie der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst gegeben hatte.

materiellen und direkten Interesses, und die man in ihrer Bedeutung nicht mißachten soll; wenn es bei uns nicht bloß, sondern in der ganzen Welt noch, ich glaube, eine Majorität von Staatsbürgern gibt, die nicht absolut gegen Ordensverleihungen abgestumpft sind, so ist das doch ein imponderabile im höchsten Maße. Eine Empfindung, die dadurch befriedigt wird, und wenn sie — eine äußere Auszeichnung kann man es nicht nennen, sondern die äußere Gleichstellung eines der hervorragenden Volksstämme im Deutschen Reich, würde ich schon für einen Fortschritt ansehen. Ich glaube aber nicht, daß bloß die Form beteiligt ist, ich halte es im Gegenteil nach der jetzigen Zusammensetzung des Bundesrats für einen Mangel, daß die Vertretung des Reichslandes in Bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung, ganz unabhängig von der Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, lediglich durch die centralen Reichsbehörden stattfindet, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in seine lokale Verzweigung hinein nicht mit der Kenntnis vertreten können, wie es in den übrigen Bundesländern durch deren Landesministerien, die im Lande wohnen, der Fall ist. Ich erinnere bloß an die uns bevorstehenden Verhandlungen über die Zolltarifgesetzgebung. Da wäre es sehr erwünscht, auch eine Stimme des Elsaßer Landes — mit wenigen Ausnahmen des industriereichsten, das wir im Reiche haben — schon im Stadium des Bundesrats hören zu können und nicht ausschließlich auf die Eindrücke der Reichscentralbeamten in dieser Beziehung beschränkt zu sein. Jedenfalls wird das Land dort ein sehr wichtiges Recht in seiner Beteiligung an der gesamten Reichsgesetzgebung, wie sie in Artikel 4 der Verfassung aufgezählt ist, zu üben berufen sein.

Ich unterschätze durchaus nicht die Bedeutung, welche der Herr Abgeordnete Windthorst dem konsultativen Votum beilegte. Ich glaube, daß ohne wirkliches Abstimmungsrecht ein konsultatives Votum sich durch das Gewicht seiner Gründe, durch die Bedeutung und das Ansehen dessen, der es ausspricht, sehr wohl im Bundesrat Geltung zu verschaffen imstande sein wird. Ich halte das nicht für einen Fehler, sondern für einen Gewinn, wenn es der Fall sein wird, und glaube nicht, daß deshalb, weil ein konsultatives Votum schon an sich Bedeutung hat, das Bedürfnis, das konsultative in ein decisives zu verwandeln, so dringend sein wird, daß man ihm nicht widerstehen könnte; und wenn es noch so dringend wäre, wird man ihm doch widerstehen können. Ich habe in Bezug auf die im Laufe der Rede ausgesprochenen kritischen Bemerkungen nur noch eine kurze Erwiderung.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hänel motivierte die weitere volle Beteiligung des Reichskanzlers an den Angelegenheiten mit dem Bedürfnis, daß hier im Reichstage eine verantwortliche Persönlichkeit erscheine, welche die im Reichslande befolgte Politik vertrete. Ich weiß nicht, ob das notwendig gerade der Reichskanzler sein muß. Der Weg von Straßburg hierher ist nicht so weit, daß der dortige leitende Minister oder ein verantwortlicher Vertreter des dortigen Ministers nicht während der Sitzungen des Reichstages und des Bundesrats hier sein könnte. Denn es wird doch immer die bisherige Vertretung der Reichslande im Bundesrat durch den Vorsitzenden des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen nicht ausfallen können, und es wird einer der Minister in Straßburg gerade so gut die Reise nach Berlin machen

müssen, wie die Herren Minister in Stuttgart und München das ja zu wichtigen Verhandlungen des Bundesrats nicht vermeiden, und wird daher ein verantwortlicher Minister immer, auch wenn es nicht der Reichskanzler ist, hier die Verwaltung zu vertreten haben. Die Stellung des Reichskanzlers zu dieser Sache als verantwortlicher Minister ist sehr schwierig. Ich habe bisher schon Eindrücke gehabt, daß meine Verantwortlichkeit weiter reicht als mein Einfluß; beide decken sich nicht, und es würde das in noch höherem Maße der Fall sein, wenn ich den Dingen so weit fern träte, wie bisher beabsichtigt ist.

Ich will mich noch einer Ansicht des letzten Herrn Redners anschließen, das ist in Bezug auf die Anwendung von Aeußerungen gereizter Stimmung aus der Vergangenheit auf die Gegenwart*). Ich möchte anheim geben, daß wir da nicht zu genau in den Archiven und Bibliotheken nachsuchen (sehr wahr! sehr richtig!), um irgend jemand zu beweisen, daß er vielleicht vor acht Jahren unter andern Verhältnissen, unter andern Hoffnungen und Aussichten eine Aeußerung gethan hätte, die er heute nicht wiederholen würde. Ich stelle mich zu solchen, der Vergangenheit angehörigen Erscheinungen bei einem Lande, das 200 Jahre und wohl darüber einer andern Herrschaft angehört hat, nicht anders, als gegenüber einem hannoverschen Offizier, der sich bei Langensalza tapfer geschlagen hat. Er hat dafür meine Achtung,

*) Der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst hatte den Abgeordneten Schneegans, welcher sich mit seinem Antrage ganz auf den Standpunkt des Frankfurter Friedens stellte, darauf aufmerksam gemacht, daß er im Jahre 1872 in Lyon eine fulminante Rede gegen Deutschland gehalten habe. Die Abgeordneten Schenk von Stauffenberg und Hänel hatten diese Vorwürfe zurückgewiesen.

aber ich bin weit entfernt, ihn daran zu erinnern, daß seine damalige Ansicht mit seiner jetzigen Stellung vielleicht nicht vereinbar wäre. Es ist nur zu wünschen, daß dergleichen Aeußerungen, die einer vorübergegangenen Periode der ersten Erregung angehören, sich nicht in zu später Periode und bei den jüngsten Wahlen noch wiederholten (Bravo!), und darin stehen die angeführten Aeußerungen sich nicht vollkommen gleich.

Ich wollte dann noch den von einem Herrn Redner*) mir gemachten Vorwurf beantworten, daß ich nicht früher, wenn ich Mißstände erkannt hätte, dagegen eingeschritten sei. Ich beziehe mich nur auf das zurück, was ich in der vorigen Sitzung über diesen Gegenstand gesagt habe, daß ich mich entschlossen hätte, abzuwarten, bis aus dem Lande Anregungen zu neuen Einrichtungen kommen, und daß ich der Ansicht gewesen wäre, es sei nicht ferner nützlich, dem Lande Wohlthaten octroyieren zu wollen, die vielleicht von niemanden im Lande als solche betrachtet würden. Dieses Moment ist eingetreten, es ist aus dem Lande eine Anregung gekommen, und darin ist, glaube ich, die Lage verändert und in dem Maße verändert, daß ich die Zurückhaltung, in der ich mich seit mehreren Jahren — Sie erinnern sich, daß ich vor länger als zwei Jahren um meinen Abschied gebeten habe, daß ich Jahr und Tag allen Geschäften fremd geblieben bin, und ich kann hinzufügen, daß ich den elsäß-lothringischen länger als diese beiden Jahre fremd geblieben bin . . . es ist die Anregung aus dem Lande der Grund, warum ich aus dieser Zurückhaltung heraus der Sache näher getreten bin, weil ich das in meinem Gewissen geboten fand, gegenüber einer Anregung, die doch immerhin von

*) Dem Abgeordneten v. Schorlemer.

einem Viertel der Gesamtvertretung beider Länder und fast der Hälfte der Volksvertretung von Elsaß allein gerechnet ausgeht.

Im übrigen werden die Herren es natürlich finden, daß ich auf das Detail erst dann eingehe, wenn uns ein Gesetzentwurf ausgearbeitet vorliegt. Ich kann mich über den Inhalt desselben hier nicht in verbindlicherer Weise aussprechen, als ich es in der vorigen Sitzung gethan habe. Ich habe da nach einer vulgären Redensart meinen Saß vollständig vor Ihnen ausgeschüttet von all dem, was ich bisher darinnen hatte. Daß die Formulierung dessen, was hier alle im Prinzip übereinstimmend oder mit mäßigen Modifikationen anerkennen, immer noch eine außerordentlich schwierige sein wird, daß die Schwierigkeiten des Weges, der vor uns liegt, erst dann sich vollständig fühlbar machen werden, wenn es darauf ankommt, eine in der Sprache der Gesetzgebung gültige und annehmbare Form für die Empfindungen und Willensregungen, die uns beseelen, zu finden, das brauche ich nicht zu sagen; ich hoffe aber, wenn ich Ihnen Rendezvous gebe zu der Zeit, wo die Vorlage, die wir schon in Arbeit haben, dem Bundesrat vorgelegt und von ihm modifiziert oder gebilligt sein wird, so daß wir Ihnen die amtliche Vorlage bringen können, daß wir dann dieselbe sachliche, wohlwollende und versöhnliche Stimmung bei allen Fraktionen wiederfinden werden, die ich in der heutigen Debatte mit Freuden erkannt habe. (Bravo!)

Der Antrag Schneegans wurde darauf beinahe einstimmig angenommen. Der darauf basierte Gesetzentwurf über die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens wurde genehmigt und am 4. Juli 1879 publiziert, Feldmarschall v. Manteuffel zum ersten Statthalter ernannt.

9. Die Schutzollpolitik.

2. Mai 1879.

In der 36. Sitzung des Reichstages am 2. Mai gelangte der Gesetzentwurf, betreffend den „Zolltarif des deutschen Zollgebietes“ zur ersten Beratung. Der Reichskanzler Fürst Bismarck leitete die Diskussion mit folgender Rede ein:

Wenn die verbündeten Regierungen durch ihre Vorlagen und die Motive dazu die Debatte eröffnet, das erste Wort gesprochen haben und die Erwiderung darauf erwarten dürfen, so ist es mir doch nach der Stellung, welche ich zu diesen Vorlagen von Hause aus genommen habe, ein Bedürfnis, diese Stellung auch persönlich mit wenigen einleitenden Worten zu rechtfertigen und meine Auffassung der Gesamtvorlagen, ihrer Motivierung und ihrer Notwendigkeit in kurzem vor Ihnen darzulegen.

Das Bedürfnis einer Finanzreform in Deutschland ist ja ein altes und nicht erst seit der Zeit vorhandenes und lebendiges, seit wir mit dem Worte Deutschland wieder einen staatlichen Begriff verbinden, sondern es ward meines Erachtens lange vor 1866, es ward seit 1848 vielleicht in allen Landesteilen, namentlich aber in dem größten Bundesstaat, in Preußen, lebhaft empfunden.

Unsre Finanzgesetzgebung, ich spreche nicht von der wirtschaftlichen, hat seit dem Jahre 1818 und 1824, in Preußen wenigstens — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihrer Beziehung zur Reichsfinanz spreche, hier nur über meine engere Heimat mit Sicherheit urteilen — in Preußen also, sage ich, hat diese Gesetzgebung, vom finanziellen Standpunkt beurteilt, geruht; die Gesetze, die seit 1824 mit Ausnahme

der untergeordneten in Preußen erschienen sind, waren mehr von politischer als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommensteuer, die im Jahre 1851 eingeführt wurde, und die einem, wie ich gern zugesteh, berechtigten Verlangen entsprach, die größeren Vermögen in höherem Maße als bei der alten Klassensteuer heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grundsteuer und Gebäudesteuer, im übrigen aber ist meines Wissens vom preußischen Finanzministerium eine Initiative zu irgend einer finanziellen Reform der seit 1824 gültigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungene. Es erklärt sich das ja durch das Verhältnis, in welchem die Staaten zum Zollverein standen, und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Theils dieser Epoche, wenigstens bis zu Anfang der fünfziger Jahre; der Zollverein, der den Schlüssel zu den indirekten Steuern besaß, war eine lösbare Schöpfung, die sich auf dauernde Steuerverfassungen nicht wohl einrichten konnte, da alle zwölf Jahre ihre Existenz in Frage gestellt wurde, und dieser mehr äußerliche Umstand rechtfertigt logisch die Thatsache, daß die Ausbildung unsres indirekten Steuerwesens im Vergleich mit andern europäischen Ländern wesentlich zurückgeblieben ist.

Ich bitte die wirtschaftliche Seite der Sache und die finanzielle hierbei nicht zu konfundieren, ich habe zunächst bloß die finanzielle in Aussicht.

Eine Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie es in andern Staaten geschieht, trat erst ein mit der Schöpfung des Norddeutschen Bundes, des Zollvereinsparlaments, respektive des Deutschen Reiches.

Wenn ich für meine Person nicht damals der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so

kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in politischen Geschäften und auch zum Teil in der mangelnden Gesundheit lagen, dafür anführen, daß ich es nicht als eine Aufgabe betrachtete, die in erster Linie dem Reichskanzler oblag, eine finanzielle Reform anzubahnen; es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Auffassung bewegt; indem Sie sich erinnern, daß der erste Versuch einer finanziellen Reform, bei dessen Anregung ich beteiligt war, sich in dem sogenannten Steuerbouquet des königlich preussischen Finanzministers Freiherrn von der Heydt entwickelte, der selbst und persönlich für die Sache eintrat; seine Vorlage wurde hauptsächlich mit der Motivierung abgelehnt, daß einzelne Finanzmaßregeln dem Lande nicht nützlich wären, sondern daß es notwendig sei, eine volle, durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern in den Finanzen vorzunehmen. Ähnlich sind demnächst einzelne Vorlagen des Nachfolgers des Ministers von der Heydt, des Ministers Camphausen, mit ähnlichen Gründen bekämpft worden. Für mich war, wenn ich der Sache persönlich nahe treten sollte, eine Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren Bundesstaaten und namentlich mit denjenigen Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befände, da ich nicht auf die Gefahr hin vorgehen wollte, die Stimmen meiner preussischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahre nicht vollständig der Fall, und soweit es prinzipiell der Fall war, war doch eine Einigung in concreto nicht zu erreichen. Nachdem diese für mich unerläßliche Vorbedingung hergestellt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem andre noch mehr als ich überzeugt waren, daß es mir persönlich eigentlich nicht oblag.

Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineinarbeitete, von der Nothwendigkeit der Reform und namentlich von ihrer Dringlichkeit nur um so voller überzeugt.

Der heutige Zustand der deutschen Gesamtfinanzen, worunter ich nicht bloß die Reichsfinanzen, sondern die Gesamtheit der Finanzen des Reichs und der einzelnen Länder verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht getrennt behandeln und betrachten — ist derart, daß er meines Erachtens auf das dringlichste zu einer baldigen schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nötigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfnis der finanziellen Selbständigkeit des Reiches. Dieses Bedürfnis ist schon bei der Herstellung der Reichsverfassung anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für denjenigen, der in dieser bewegten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen nachzulesen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht so weit in den Beziehungen wie er; er nannte damals die Matrikularumlagen — die Umlagen, wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahrender Gläubiger, während es bei richtiger

Benutzung der Quellen, zu welchen durch die Verfassung die Schlüssel in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind, der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte.

Diesem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrifularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Verteilung, wie damals Herr Miquel sagte; 30= oder, wie er sagte, 100 000 Bewohner von Thüringen oder Waldeck können nicht ebensoviel an Matrifularbeiträgen bezahlen wie 30= oder 100 000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Konsolidation des Reiches, der wir ja alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrifularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden; sie würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unbequemen Weise zu geben hatten.

Ein zweites Motiv, weshalb mir der gegenwärtige Zustand der Menderung notwendig bedürftig erscheint, liegt in der Frage: ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse notwendig aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgelegt, in welcher sie am leichtesten zu tragen wäre, oder ist sie es nicht? Diese Frage muß ich nach meiner Ueberzeugung verneinen, und wie Sie aus der Vorlage ersehen werden, wird sie von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit absolut verneint. Wir erstreben überhaupt nicht einen höheren Ertrag, eine höhere finanzielle Einnahme, insoweit nicht der Reichstag und die Landtage die Notwendigkeit mit uns erkennen und Ausgaben votieren, zu deren Deckung

die Mittel beſchafft werden müſſen. An ſich wüßte ich nichts, was das Reich mit einem Ueberſchuß an Geldern anfangen ſollte; wir haben es an den Milliarden gehabt und ſind bei Verwendung deſelben in eine gewiſſe Verlegenheit geraten.

Dieſen Zuſtand aber künstlich auf Koſten der Steuerpflichtigen zu erzeugen, indem wir in jedem Jahre mehr einnehmen als ausgeben, kann einer vernünftigen Staatsverwaltung an ſich nicht zugemutet werden. Der Verdacht, der in dieſer Beziehung ſtellenweiſe in der Preſſe ausgeſprochen wird, iſt ungerecht, und ich kann ſagen, abſurd. Wir verlangen nicht mehr, als wir jetzt haben und als wir nach Ihrem und der Landtage Botum mehr haben ſollen, wir wünſchen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Botum notwendig aufgebracht werden muß, in der Form aufgebracht werde, in welcher es für die Kontribualen am leichtesten zu tragen iſt. Die verbündeten Regierungen ſind der Ueberzeugung, daß in dieſer Beziehung die bei uns vermöge der Verhältniſſe, die ich vorhin nannte, im Zollverein ſo lange vernachläſſigte Quelle der indirekten Steuern diejenige iſt, welche das Tragen der Laſt, der wir uns in irgend einer Weiſe unterziehen müſſen, am meiſten erleichtern kann. Ich werfe alſo dem jetzigen Zuſtande vor, daß er zu viel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich ſtrebe danach, direkte Steuern abzuſchaffen und das Einkommen, welches ſie gewähren, durch indirekte Steuern zu erſetzen. Wenn ich auch hier nur mein engeres Heimatland, Preußen, ins Auge faſſen kann, ſo zweifle ich doch nicht, daß in den meiſten, vielleicht in allen Bundesſtaaten ähnliche Verhältniſſe ſtattfinden werden. Die Belaſtung der

direkten Steuern hat meines Erachtens in Preußen eine Höhe erreicht, mit Hilfe der Zuschläge, die für die Provinz, den Kreis, die Gemeinde erfordert werden, daß diese Höhe nicht fortbestehen kann, und daß, wo irgendwie wegen Ausdehnung der Selbstverwaltung oder aus andern Gründen größere Kosten erforderlich sind, diese nach jetzigem System nicht aufgebracht werden können. Ich kann ja über das, was ich in Preußen erstrebe, kein bestimmtes Programm aufstellen, ich kann nur sagen, für welches Programm ich meinen Einfluß in Preußen, soweit er reicht — und er ist geringer, als die meisten annehmen — geltend machen werde. Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer etwa 40 Millionen Mark, an Gebäudesteuer in diesem Augenblick — es pflegt ja bei ihr von Zeit zu Zeit eine Erhöhung einzutreten — ich weiß nicht, ob wir 21 Millionen jetzt schon bezahlen oder bezahlen sollten. Die Erhöhung dieser Gebäudesteuer schwebt über den Besitzern der städtischen und ländlichen Gebäude fortschreitend, sowie früher vor der Kontingentierung die Klassensteuer; diese beiden Posten schon, zusammen etwa 60 Millionen, wären, meines Erachtens, der Provinz, dem Kreise und der Gemeinde zu überweisen, und diese dadurch von der Notwendigkeit zu entbinden, in der sie sich befinden, gerade zu dieser Steuer und andern ähnlichen Zuschläge zu zahlen, die in einzelnen Gemeinden mehrere hundert Prozent betragen. Ich will nicht von Berechnungen sprechen, die mir vorliegen, nach welcher die Budgets einzelner Städte, und zwar der 170 größten Städte, zusammen von 100 Prozent, respektive bis über 2000 Prozent der direkten Steuern aufzubringen haben. Ich vermute, daß darin manche Lasten sein werden, wie der Ankauf von Gas- und Wasserleitungen,

die eigentlich nicht zu den Steuern gehören; immer aber ist gewiß, daß die Zuschlagsteuern in einzelnen Gemeinden und zwar städtischen Gemeinden, vier- bis fünfhundert Prozent betragen. Da ist eine Erleichterung meines Erachtens ganz unabweislich, und wenn man die genannten beiden Staatssteuern, zu denen sie Zuschläge zahlen, überweist, so würde man ungefähr 60 Millionen Mark überweisen, während die Zuschläge, die sie bisher bezahlen, 58 betragen, was sie aber nicht hindert, daß sie außerdem noch, zu diesen hinzugerechnet, Kommunalsteuern im Gesamtbetrage von 139 Millionen aufbringen, und daß dabei, wie ich glaube, die 26 Millionen, die für Kreis- und Provinzsteuern in den östlichen Provinzen gezahlt werden, noch nicht mit eingerechnet sind, daß also noch lange nicht eine Kostenfreistellung der Gemeinden stattfindet, aber doch eine wesentliche Sublevation.

Dann glaube ich, daß, immer nur von Preußen und denjenigen, die gleiche Steuern mit Preußen zahlen, gesprochen, daß die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen soll, soweit sie vom Staate erhoben wird. Wollen einzelne Gemeinden sie für sich erheben, so ist das ihre Sache; aber ich könnte unter Umständen sogar für ein Gesetz stimmen, welches den Gemeinden das untersagt; denn ich halte diese direkte Steuer, auf Klassen gelegt, welche überhaupt mit der Noth des Lebens nach ihrer Vermögenslage zu kämpfen haben, Klassen bis zu 1000 Thalern Einkommen, für höchst drückend, denn diese 1000 Thaler Einkommen hat nicht der Arbeiter, der in Kleidung und Wohnung nicht geniert ist, sondern es muß derjenige dafür Steuer bezahlen, der mit diesen 1000 Thalern Einkommen seine Stellung schon schwer aufrecht erhalten kann, — diese Art direkter Steuer,

die nach mehr oder weniger Willkür des Veranlagenden von jemand erhoben wird, die er bezahlen muß, nicht nach seiner Bequemlichkeit, sondern zu einem bestimmten Termin, wo die Exekution, wo die ganze Schmach der Exekution vor den Nachbarn, vor seinen Augen steht, wenn er sie nicht zahlt, diese Steuer, die mehr als irgend eine andre denjenigen, welche die Erregung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sich zu ihrer Aufgabe stellten, zum Mittel und Hebel diente, diese Steuer sollte meines Erachtens vollständig wegfallen, am allermeisten aber in großen Städten, wo man sie für die vielvermisste Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt hat.

Ich muß dabei von Hause aus erklären, daß ich für dieses Detail der Zustimmung der preussischen Kollegen nicht sicher bin und auch nicht sage, ich stehe und falle mit diesem Programm, sondern ich sage, es ist ein Ziel, nach welchem ich strebe, und für welches ich die Zustimmung meiner preussischen Kollegen zu gewinnen suchen werde.

Mir ist in den westlichen europäischen Staaten eine ähnliche Steuer wie die Klassensteuer, eine direkte Steuer auf diese vermögenslosen und zum Teil mit den Schwierigkeiten der Zeit in übler Lage kämpfenden Klassen der Staatsbürger nicht bekannt; nur in Rußland ist mir die Kopfsteuer in Erinnerung, die, wie mir vorschwebt, 112 oder 118 Millionen Rubel jährlich beträgt, also nächst der Branntweinsteuer der stärkste Posten des russischen Einnahmehudgets, eine Steuer, die pro Kopf zwischen 1 Rubel 18 Kopeken und 2 Rubel variiert. Diese Steuer ist die einzige, die mir in ähnlicher Weise bekannt ist, und bei welcher die Sicherheit, mit der sie eingeht, doch nur dadurch verbürgt ist, daß jede Gemeinde solidarisch

für die Steuerquote, die auf sie fällt, wie auf die gesamten, der Gemeinde angehörigen Individuen verantwortlich ist, und daß die Gemeinde vom Staate ausgepändet wird, wenn die Steuer nicht bezahlt wird. Daher ist die Steuer eine verhältnismäßig sicher eingehende; nichtsdestoweniger habe ich, ich weiß nicht, ob aus Zeitungen, aber jedenfalls aus mir zugänglichen Berichten die Nachricht, daß die russischen Finanzmänner diese direkte Steuer für hart halten, die einzige, welche sie haben, und damit umgehen, sie durch indirekte Steuern zu ersetzen. Ein Staat wie Rußland, der augenblicklich nach den schweren Kriegen, die er geführt hat, in keiner glänzenden Finanzlage sein kann, trägt doch seinerseits dem Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern so weit Rechnung, daß er es sich zur Aufgabe stellt, die einzige große direkte Steuer, die er heute noch hat, und die auf dem Volke lastet, zu beseitigen. Ich halte die Klassensteuer für eine Steuer, die abgeschafft werden sollte. Die Einkommensteuer, die mit ihr in Verbindung steht, sollte meines Erachtens in der Weise revidiert werden, daß sie einen geringeren Ertrag ergibt als jetzt. Sie gibt jetzt, soviel ich mich erinnere, circa 31 Millionen Mark, und die Richtung, in der ich ihren Ertrag herabsetzen möchte, ist folgende:

Von dem Einkommen, welches aufhört, Klassensteuerpflichtig zu sein, von 1000 bis zu 2000 Thalern — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich der Kürze und Verständlichkeit wegen noch in Thalern und nicht in Mark rede — also 1- bis 2000 Thalern Einkommen sollte meines Erachtens nur fundiertes Einkommen eine Steuer zahlen. Ich nenne fundiertes Einkommen dasjenige, welches erblich übertragbar ist, dasjenige, welches aus dem Besitz

von zinstragenden Papieren, oder Kapitalien, oder aus Landgütern und Grundbesitz hervorgeht, und ich möchte dann noch einen Unterschied zwischen verpachtetem und selbstbewirtschaftetem Grundbesitz machen, der das Einkommen von Pacht bezieht und nebenher noch ein Geschäft betreiben kann, also günstiger gestellt ist als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts *paterna rura* bearbeitet. Für die beizubehaltenden Kategorien der Einkommensteuer über 2000 Thaler ist meines Erachtens derselbe Unterschied festzuhalten, aber nicht so, daß das täglich zu erwerbende und zu gewinnende Einkommen ganz steuerfrei bleibt, sobald es über 2000 Thaler beträgt, daß es aber jedenfalls einen geringeren Satz bezahlt als den jetzigen, und jedenfalls einen geringeren Satz als das fundierte Einkommen.

Wer als Kaufmann, als Industrieller, als Handwerker sich ein Einkommen durch tägliche Arbeit verdient, der Gefahr laufen kann, daß es ihm morgen verringert wird, welches sich nicht auf seine Kinder übertragen läßt, der Mann ist ungerecht besteuert, wenn er gerade soviel bezahlen soll, wie der, der bloß die Schere zu nehmen und die Coupons abzuschneiden oder eine Quittung zu schreiben braucht für den Pächter, der ihm das Pachtgeld bezahlt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Steuer für das nicht fundierte Einkommen heruntergesetzt werden sollte, und bin ferner der Ansicht, daß ein Staatsbeamter eine staatliche Einkommensteuer nicht bezahlen darf. Es ist das eine unlogische Auflage, die mir als solche, wie ich mich erinnere, schon in der Zeit erschien, als sie gemacht wurde. Ich kann sie nur mit der direkten Steuer identifizieren, die der Staat etwa auf die Coupons seiner eignen Schulden legen würde. Er schuldet

dem Beamten das Gehalt, zieht ihm aber davon unter dem Vorwande der Staatssteuer etwas ab; von der Gemeindesteuer spreche ich nicht, der Gemeinde gegenüber ist der Beamte in einer andern Lage, aber vom Staate finde ich es ein unrichtiges Verfahren, daß er dem Beamten einen Teil des Gehaltes als Steuer für den Finanzminister wieder abzieht. Entweder der Beamte ist ausreichend bezahlt, was ich von den wenigsten bei uns sagen kann, oder ist nicht in dem Falle, oder er ist zu hoch bezahlt. In dem Falle, daß er zu hoch bezahlt ist, mag man ihm einen Teil des Gehaltes entziehen; ist er ausreichend bezahlt, so ist es gut, ist er aber nicht ausreichend bezahlt, so ist es eine außerordentliche Härte, ihm durch die Steuer noch einen Teil des Gehaltes zu verkürzen.

Ich bin in diesem Teile meines Vortrages etwas weitläufiger geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß über die Absichten der Reichsregierungen — ich bin ja nicht die Reichsregierung, es giebt nur Reichsregierungen — nach der Richtung der Verwendung dessen, was einkommen könnte, was durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge flüssig werden würde, die verschiedensten und wunderlichsten Meinungen bestehen. Es wird jedem Staate überlassen werden können, sich mit seinem Landtage darüber zu einigen, was er mit den disponiblen werdenden Einnahmepositionen zu machen hat, in dem Falle, daß er keine Matrikularbeiträge mehr bezahlt, in dem noch günstigeren, von mir erhofften und erstrebten Falle, daß das Reich in der Lage sein wird, aus seinen indirekten Einnahmequellen noch an die einzelnen Staaten herauszuzahlen; also, was der einzelne Staat mit seiner Quote anfängt, wird er mit seinem Landtage abzumachen haben. Ich habe beispielsweise dargelegt, was mir, da

ich zugleich preussischer Minister bin, in Bezug auf Preußen vorschwebt. Ich will nicht sagen, daß es sofort und glatt zu geschehen hätte, aber worauf ich meine Bestrebungen in Preußen richten werde, ohne daß meine Wünsche gerade absolut, schnell und vollständig befriedigt werden müssen; ich arbeite nach der Seite hin.

Ich komme dann auf einen andern Mangel, an dem meines Erachtens die Erhebung unsres Einkommens leidet, und ich muß mich leider auch da mehr auf die preussischen Verhältnisse beschränken, da die Verhältnisse im ganzen Reich zu ungleichartig sind; indessen das, was für Preußen gültig sein wird, hat mutatis mutandis auch in allen nördlichen Staaten Geltung, die der preussischen Gesetzgebung seit längerer Zeit parallel gegangen sind, vielleicht auch in den südlichen. Es ist das die ungleiche Verteilung der Last, wie sie jetzt vorhanden ist, zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen. Der ländliche und der städtische Grundbesitz sind durch die Art, wie heutzutage die finanziellen Bedürfnisse in Preußen erhoben werden, im Vergleich mit dem beweglichen Besitz wesentlich prägraviert. Die Steuern, die ich vorhin als neu eingeführt anführte, zu denen die Grundsteuer kaum gehört, denn dieselbe hat seit dem Jahre 1861 für den Staat kaum eine Erhöhung erlitten, sie ist anders verteilt worden, die Erhöhung ist wenigstens verhältnismäßig geringfügig — diese Steuern treffen ja mit ihrem Hauptgewicht den Grundbesitz.

In den Reden, die wir avant la lettre hier über die Fragen gehört haben, welche uns heute beschäftigen, und in den Artikeln der Zeitungen ist ja sehr viel von der Notwendigkeit wohlfeilen Getreides und wohlfeiler Nahrungsmittel die Rede. Ich weiß nun nicht, ob es

gerade ein Mittel gewesen ist, diese Wohlfeilheit herbeizuführen, wenn man den inländischen Getreideproduzenten mit einer Grundsteuer belegte, die 10 Prozent des Reinertrages nominell, ich will sagen, in Wirklichkeit nur 5 Prozent des damaligen höheren Reinertrags, aber da, wo eine Verschuldung auch nur bis zur Hälfte ist, ein Fall, der leider bei uns in großen und kleinen Besitzungen sehr häufig ist, doch 10 Prozent beträgt.

Derselbe Landwirt, der diese Grundsteuer bezahlt und von dem Ertrage des von ihm zu Markt gebrachten Getreides abrechnen muß, hat nun außerdem noch für die landwirtschaftlichen Gebäude, die er braucht, eine Gebäudesteuer zu zahlen, in der eine gewisse Schraube liegt, die alle Jahre wächst und, ich weiß nicht, wie hoch noch wachsen wird, wenn sie nicht kontingentiert wird, und wo meiner Erfahrung nach unter Vorwänden, die ich mir nicht aneignen möchte, — Zunahme der Nutzung bei Zurrückgang der ganzen Landwirtschaft — fast in jedem Jahre Erhöhungen vorkommen.

Dieselbe Gebäudesteuer schlägt also nochmals denselben Rohproduzenten, der durch die Grundsteuer betroffen ist. Dann kommt die Einkommensteuer, die ohne Rücksicht darauf, daß das Einkommen aus Grund und Boden durch die Grundsteuer schon einmal und durch die Gebäudesteuer zum zweitenmal besteuert worden ist, ihn für dasselbe Einkommen aus den Gebäuden belastet, die wesentlich nur das Handwerkszeug zur Benutzung des Grund und Bodens sind, für den er auch bereits steuert. Es ist dies nicht nur eine doppelte Steuer, es ist eine dreifache Besteuerung desselben Einkommens.

Die Besteuerung, soweit sie in der Grundsteuer liegt, beläuft sich also bei einem schuldenfreien Gute auf 5 Prozent,

bei einem Gute, welches zur Hälfte verschuldet ist, auf 10 Prozent. Die Gebäudesteuer beträgt etwas über die Hälfte der Grundsteuer; sie ist auf 21 Millionen Mark gewachsen. Man kann also annehmen, daß auch sie, wenn nicht ganz den halben Betrag der Grundsteuer, doch mindestens 2 bis 5 Prozent auch von dem Ertrage des Getreidebaues vorweg nimmt, soweit sie auf landwirtschaftlichen Gebäuden beruht. Die Einkommensteuer nimmt sicher ihre 3 Prozent davon. Sie haben also, wenn Sie das addieren, in der Minimalposition, die ich angenommen habe, eine Belastung der inländischen Getreideposition von 5, von 2 und von 3, also von 10 Prozent für den unverschuldeten Grundbesitz. Ist er zur Hälfte verschuldet, so steigt diese Belastung auf gegen 20 Prozent, und die vorhandenen Verschuldungen wollen Sie doch den Leuten nicht so hoch und nicht als Ergebnis der Verschwendung anrechnen. Sie können auf die Entstehung der meisten Schulden zurückgehen. Wenn sie nicht aus Güterteilung entstanden sind, sowohl bei den Bauern wie bei den Rittergütern, so haben sie zum größten Teil ihren Ursprung in den Verwüstungen, denen Norddeutschland, und namentlich das nordöstliche Deutschland in den französischen Kriegen zu Anfang dieses Jahrhunderts ausgesetzt gewesen ist, und in der allgemeinen Ratlosigkeit und Not, in welche die Besitzer der östlichen Landesteile gerieten, als ihnen durch die Ablösungsgesetze, jene vernünftigen, aber für den Augenblick schwer drückenden Gesetze, die vorhandenen Arbeitskräfte entzogen wurden, sie neue nicht bekamen und kein Kapital hatten! Man kann die vorhandene Verschuldung mehr dem politischen Gange zurechnen, den Bestrebungen, die Preußen für die Stellung, welche es inne hat, und die schließlich zur

Konſolidierung des geſamten Deutſchland geführt hat und dem geſamten Deutſchland zugute gekommen iſt, verfolgt hat. Für dieſe ſelbe Aufgabe iſt der an und für ſich kümmerliche Grundbeſitz der öſtlichen Provinzen vielfach im Feuer der Verſchuldung geweſen. Ich überlaſſe das den Statiſtikern, — ich bin kein Freund von ſtatiſtiſchen Zahlen, weil ich den Glauben an ſie bei näherem Studium verloren habe (ſehr richtig!) — ich überlaſſe es den Statiſtikern, zu erwägen, wie ſich dieſe circa 10 bis 20 Prozent an Staatsſteuern, die der Grundbeſitz im Vergleich mit dem beweglichen Einkommen, welches ſeinerſeits nur 3 Prozent Einkommenſteuer bezahlt, vorweg zu tragen hat, auf den Scheffel Roggen ausrechnen laſſen. Rechnen Sie zu beiden noch die kommunalen, die Kreis- und provinzialen Zuſchläge, und Sie werden mir zugeben, daß 100 Prozent Zuſchlag günſtige Verhältniſſe ſind, und daß dieſe Zuſchläge in den ackerbautreibenden Provinzen vorzugsweiſe auf der Landwiſchaft ruhen, ſo haben Sie für die einheimiſche Landwiſchaft eine Beſteuerung der Getreideproduktion, die zwiſchen 20, 30, ja ſelbſt mehr Prozent variiert, und dem gegenüber findet die Einfuhr alles ausländiſchen Getreides unverzollt ſtatt. Wenn es wirklich ein Glück für eine Nation iſt, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben, und wenn das rechtzeitig erkannt wäre, etwa im Jahre 1861, als die Grundſteuer eingeführt wurde, ſo ſollte man annehmen, daß man damals anſtatt der Grundſteuer eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gezahlt hätte und, wenn man keine Prämie zahlte, es doch im höchſten Intereſſe der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländiſche Getreidebau mindedeſtens ſteuerfrei wäre, damit er den Konſumenten recht wohlfeil verſorgen könne. Statt

dessen ist kein Gewerbe im ganzen Lande so hoch besteuert, wie die Landwirtschaft. Bringen Sie die Landwirtschaft auf die Gewerbesteuer, auf die durchschnittliche Steuer jedes andern Gewerbes herunter, so werden Sie sie um mindestens drei Viertel dessen, was sie heute trägt, vielleicht um sehr viel mehr erleichtern müssen.

In allen andern Produktionen ist die erste Aufgabe des Gesetzgebers auch schon früher immer gewesen, den inländischen Produzenten etwas besser zu behandeln als den fremden. In den landwirtschaftlichen Produkten ist es gerade umgekehrt. Es ist vielleicht der Glaube an die Unererschöpflichkeit der Bodenrente, daß der Boden immer noch etwas bringt, weil nur ein Mann, der ihn selbst im Schweiße seines Angesichts bebaut hat, die Grenzen kennt, innerhalb deren der Boden noch rentiert. Es ist vielleicht auch das Gefühl, daß die Repräsentanten und Interessenten der Landwirtschaft hauptsächlich die wenigen Besitzer von Latifundien seien, die man hier in Berlin unter Umständen, sei es im Reichstage, sei es bei Borchardt*) oder sonst zu sehen bekommt (Geiterkeit), und die, weil sie reiche Leute sind, auch noch reiche Leute im allgemeinen Notstand bleiben, — daß das die Repräsentanten der Landwirtschaft wären.

Meine Herren, es gibt in ganz Preußen nur 15 000 Rittergüter, und wenn ich annehme, daß davon 3—4000 reichen Leuten gehören, so ist es recht viel. Es gibt aber in Preußen allein und im Reiche noch mehrere Millionen Grundeigentümer. Die statistischen Nachrichten sind so widersprechend, so ungenau und, wie mir scheint, so absichtlich und tendenziös gruppiert (sehr richtig! rechts),

*) Einem bekannten vornehmen Restaurant.

daß es ſehr ſchwer wäre, die Zahl der Grundeigentümer genau herauszufinden, aber auf 3 bis 4 Millionen be-
laufen ſie ſich ganz ſicher. Dieſe Grundeigentümer haben
ihre Angehörigen, und das Wohl und Wehe dieſer Maſſe
der Bevölkerung, mögen Sie ſie auf $\frac{2}{5}$ oder $\frac{3}{5}$ der
Nation veranſchlagen, — auch darüber hat die Statiſtik
keine Sicherheit — iſt es, das meines Erachtens vom
Geſetzgeber Gerechtigkeit und gleiche Behandlung mit den
übrigen Gewerben verlangt.

Es iſt ferner ein vierter Vorwurf, den ich der augen-
blicklichen Geſetzgebung mache, und das iſt einer der ge-
wichtigſten, der uns vielleicht in unſren Diſkuſſionen mehr
beſchäftigen wird als die rein finanzielle Seite der Sache,
daß die jetzige Veranlagung unſrer indirekten Steuern
der einheimiſchen, vaterländiſchen Arbeit nicht das Maß
von Schutz gewährt, welches ihr gewährt werden kann,
ohne die allgemeinen Intereſſen zu gefährden.

Ich laſſe mich hier auf einen Streit zwiſchen Schutz-
zoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Biſher ſind
wir noch alle Schutzzöllner geweſen, auch die größten
Freihändler, die unter uns ſind, denn keiner hat biſher
noch weiter heruntergehen wollen, als der heute zu Recht
beſtehende Tarif, und dieſer Tarif iſt noch immer ein
mäßig ſchutzzöllneriſcher (ſehr richtig! links), und mäßig
ſchutzzöllneriſch iſt auch die Vorlage, die wir Ihnen machen.
Einenmäßigen Schutz der einheimiſchen Ar-
beit verlangen wir. Wir ſind weit entfernt von
einem System der Prohibition, wie es in den meiſten
Nachbarländern ſtattfindet, wie es in unſrem früheren
Hauptabnehmer Amerika ſtattfindet, Zölle von 60—80
Prozent ad valorem im Durchſchnitt. Alles das, was
wir Ihnen als Schutz Zoll geben, bleibt innerhalb der

finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme derjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachteile für zahlreiche Klassen unsrer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzoll, welches wir im Jahre 1864 besaßen. Die vergleichenden Uebersichten der Tarife von 1864 und von heute sind in Ihren Händen, und Sie werden wahrscheinlich gleich mir beim ersten Anblick überrascht sein, wenn Sie die Höhe des Abhanges sehen, den wir allmählich herabgegangen sind, daß wir das gethan haben, und daß ich es mitgethan habe, obschon die Neigung, mich nun in specie für die Gesetzgebung auf diesem Gebiete verantwortlich zu machen, eine stark tendenziöse ist, die ich vollständig ablehnen könnte; ich bin aber nicht schüchtern genug, um irgend eine Verantwortlichkeit, die mir nach dem Buchstaben des Gesetzes obliegt, abzulehnen. Ich glaube auch, die Strömung für niederen Schutz — ich will nicht sagen für Freihandel, denn so weit ist noch keiner von uns und kein Staat gegangen, vollen Freihandel, lediglich Finanz- und Konsumtionszölle ohne jeglichen Schutz der Industrie zu wollen — aber die Strömung für allmähliche Verringerung der Schutzzölle war um die sechziger Jahre unter der Führung des damals leitenden Staates in Europa, unter Führung Frankreichs, eine höhere, war eine so starke, daß man wohl glauben konnte, sie werde sich konsolidieren und außer England und Frankreich noch andre Staaten in ihren Lauf ziehen, daß man wohl Bedenken haben konnte, dieser Strömung zu widerstreben, die einem Ziele näher führt, das an sich, wenn es in seiner Idealistik erreichbar wäre, ja ein sehr hohes

wäre, daß jedem Lande die Entfaltung der Kräfte, die ihm eigentümlich sind, überlassen werden könnte, und alle Grenzen denjenigen Produkten offen sein müßten, die anderswo brauchbarer und besser hergestellt werden könnten, als bei uns. Das ist ein Ideal, welches deutscher, ehrlicher Schwärmerei ganz würdig ist. Es mag in zukünftigen Zeiten auch erreichbar sein, und ich verstehe deshalb vollkommen, daß man Bedenken hatte, einer Strömung, die dem entgegentrat, Opposition zu machen. Ich kann noch weiter hinzufügen, daß die Ueberzeugung von der Zukunft, welche diesen Bestrebungen blühte, meiner Erinnerung nach in den sechziger Jahren eine so starke war, daß jeder Versuch der Regierung, damals ihr entgegenzutreten, mißlungen wäre. Wir wären in keinem Parlament, in keinem Reichstage, so lange wir ihn hatten, in keinem Landtage damit durchgekommen, wenn wir im Jahre 1861 eine Schutzzollpolitik, eine mehr schützende Politik als die damalige hätten betreiben wollen, und ich erinnere Sie, mit welcher Freudigkeit von großen Majoritäten damals die Herabminderungen der Zölle aufgenommen sind. Sie können den Regierungen daraus, wenn sie den Versuch gemacht haben, ob die Ideale sich verwirklichen, ob man ihnen näher kommen könne, keinen Vorwurf machen. Keine deutsche Regierung konnte darauf rechnen, daß alle übrigen in kurzer Zeit hinter ihr abschwenken würden. Die einzige ist noch England, und das wird auch nicht lange dauern; aber Frankreich, Amerika haben diese Linie vollständig verlassen, Oesterreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe gethan, nicht bloß durch die Goldwährung, sondern auch in andrer Beziehung. Also allein die Dupe einer ehrlichen Ueberzeugung zu sein, kann

man Deutschland auf die Dauer nicht zumuten. Wir sind bisher durch die weitgeöffneten Thore unsrer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Ueberproduktion des Auslandes geworden. (Sehr richtig! rechts.) Bei uns können sie einstweilen alles deponieren, und es hat, wenn es erst in Deutschland ist, immer einen etwas höheren Wert als im Ursprungslande, wenigstens denken die Leute so, und die Masse der Ueberführung Deutschlands mit der Ueberproduktion anderer Länder ist es, was unsre Preise und den Entwicklungsgang unsrer Industrie, die Belebung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse meines Erachtens am allermeisten drückt. Schließen wir unsre Thüren einmal, errichten wir die etwas höhere Barriere, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf welchem die deutsche Gutmütigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet wird, der deutschen Industrie erhalten! Die Frage eines großen Exporthandels ist immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken gibt es nicht mehr, der Erdball ist umschifft, und wir können kauffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportieren könnten, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen ein sehr günstiger, es fragt sich nur bei jedem Vertrage: qui trompe-t-on ici? wer wird übervorteilt? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich ist. Ich erinnere nicht an unsre Verträge, sondern nur an diejenigen, welche zwischen Frankreich und England bestehen, wo beide Teile sich auch gegenseitige Täuschung vorwerfen, aber ich erinnere daran, daß unsre Staatsmaschine in steuerlicher Beziehung viel weniger in

der Hand der Regierung liegt, um die Intentionen des Landes gegen den Vertrag und trotz des Vertrages ſo zu fördern, wie es in den meiſten unſrer Nachbarländer der Fall iſt. Unſre ganze Steuererhebung und -verwaltung iſt publici juris, und es kann eine erlaubte oder unerlaubte Abweichung von den Vertragsbeſtimmungen bei uns niemals ſtattfinden, während bei unſren Nachbarn die Thätigkeit des Beamten — Frankreich nicht ausgenommen, und Frankreich ſteht doch unſren Verhältniſſen am nächſten — eine ſolche bleibt, daß dort die Vorteile des Vertrages durch die administrative Einwirkung mehr erſchwert werden können, als es bei uns je der Fall ſein wird, dem andern Kontrahenten die Ausbeutung des Vertrages zu erſchweren. Aber jeder Handelsvertrag iſt ja immer ein erfreuliches Zeichen der Freundschaft; in der Völkerwiſſenſchaft kommt es bloß darauf an, was darin ſteht. Handelsverträge an ſich ſind gar nichts, ſie können ſo übel ſein wie möglich, es kommt darauf an, was darin ſteht, und können wir es erreichen, daß ein Staat uns mehr abkauft als wir ihm, ſo werde ich, wenn das nicht ein großes Derangement in unſre Angelegenheiten und unſre jetzige Produktionslage bringt, einem ſolchen Vertrage gewiß nicht entgegentreten. Ob wir bei den Verträgen Vorteile gehabt haben oder nicht, iſt eine Sache, die ſich jeder ſichern Berechnung entzieht. Thatsache iſt, daß wir uns in leidenden Zuſtänden befinden, und zwar meiner Ueberzeugung nach mehr, als irgend eins unſrer ſchutzzöllneriſchen Nachbarländer. Wenn die Gefahr des Schutzzolls ſo groß wäre, wie ſie von den begeisterten Freihandelsanhängern geſchildert wird, ſo müßte Frankreich ſeit Colbert längſt vermöge der Theorien, nach denen es lebt, ein ruiniertes, verarmtes

Land sein. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß Frankreich dieselbe drückende Lage, in der sich die civilisierte Welt befindet, mit mehr Leichtigkeit erträgt, daß es, wenn wir sein Budget ansehen, welches seit 1871 nicht bloß durch Schulden um 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden gewachsen ist, leistungsfähiger geblieben ist als Deutschland, und die Klagen über das Daniederliegen der Geschäfte sind weniger groß.

Wir sehen dasselbe bei unsern östlichen Nachbarn Oesterreich und Rußland, wir sehen namentlich Rußland prosperieren, hauptsächlich, glaube ich, vom deutschen Gelde. (Sehr richtig! rechts.)

Nach den amtlichen Nachrichten, die mir vorliegen, ist in dem westlichen Rußland, was hauptsächlich beim Korn- und Holzverkauf nach Deutschland interessiert ist, die Prosperität nie in dem Maße vorhanden gewesen, wie heute, wo das übrige Europa leidet. Ich habe dort viele Verwandte und Bekannte, mir sind Beispiele von dem ungeheuerlichen Steigen des Bodenwerts genannt worden, so daß in manchen Fällen der frühere Kornpreis von vor 20 Jahren ungefähr die jetzigen Revenuen bildet, sobald eine Eisenbahn in der Nähe liegt, sobald ein mäßiger Holzbestand ist, oder sobald große fruchtbare Steppen in der Nähe sind, welche durch den Eisenbahntransport ausgebeutet werden können. Die Einlagen in den Sparkassen, die Einlagen in der Bank im westlichen Rußland, die Abschlüsse der dortigen Fabriken — mir sind von großen russischen Fabriken und Industrien Abschlüsse von 35 Prozent und 10 Prozent Reserverücklage bekannt — ja, das ist eine geschützte Industrie, die Baluta ist niedrig und doch leistungsfähig in dem Lande, wo sie ist, und das deutsche Geld für Korn und Holz fließt in einem Maße zu, wie es nie geahnt worden ist. Kurz und gut,

das sonst verrufene Polen, das Rußland, welches einen schweren und kostspieligen Krieg geführt hat, und in seinen Finanzen nicht vollständig geordnet ist, schreitet fort in der Wohlhabenheit — ich glaube, auf Kosten des deutschen Produzenten und in Wirkung unsrer Gesetzgebung. In allen diesen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig wie in irgend einer andern Beurteilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht; die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen heute demselben Rätsel gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt; ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit — auch dieser geht allmählich zum Schutzzoll zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich nicht erimiere, — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre wie heute. Angesichts

dieser Sachlage, wie ich sie beurteile, liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeit in eine Sache zu mischen, die wir, wenn wir ehrlich sein wollen, alle nicht beherrschen; so wenig wie die Frage des menschlichen inneren Körpers, von der ich sprach, so wenig, behaupte ich, gibt es einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirtschaftlichen Maßregel. Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite; die vorliegende Frage ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche. Wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Circulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemein deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten. Und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat, qui cito dat, und qui non cito dat, der schädigt unsre ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade. Ich glaube, daß diese Ueberzeugung die Verhandlungen des hohen Hauses beherrschen sollte, daß das deutsche Volk vor allen Dingen Gewißheit über seine wirtschaftliche Zukunft verlangt, und daß selbst eine schnelle Ablehnung dessen, was Sie nicht wollen, immer, auch in der Meinung der Regierung, noch günstiger ist, als ein Hinziehen der Ungewißheit, in der niemand weiß, wie sich die Zukunft gestalten wird. (Lebhaftes Bravo.)

10. Die Zollpolitik und die Landwirtschaft.

8. Mai 1879.

In der Fortsetzung der Generaldiskussion über das neue Zollgesetz wendete sich namentlich der Abgeordnete Lasker gelegentlich sehr heftig gegen die vorstehenden Ausführungen des Reichskanzlers und bezog sich dabei besonders auf einen in jenen Tagen bekannt gewordenen Briefwechsel des letzteren mit dem Freiherrn v. Thüngen über die Lage der Landwirtschaft. Der Fürst Bismarck hielt darauf in der 40. Sitzung am 8. Mai folgende Rede:

Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht, in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Ueberzeugung, und ich glaube, auch diejenige der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die seitdem gegen meine Darlegungen angeführt worden sind, nicht erschüttert war; die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (ah! ah!), und es ist mir das ja ziemlich gleichgültig. — Ja, meine Herren, an dieser Stelle (links), von welcher das „aha!“ ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die sachlichen Diskussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind, es ist das gerade in der Gegend der Fall, wo diese Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich sage also, ich hätte darauf nicht so sehr viel Wert gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung besser selbst überlasse, ob sie über meinen Verstand und meinen Charakter günstiger

denken will oder nicht, und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, leider in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien einem solchen Maße von groben Ehrenkränkungen, von lügenhaften Verleumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier im Reichstage, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich, die mildere, wohlwollende Kritik, der ich hier im Vergleich zur Presse unterzogen werde, gegen diese bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde also darauf auch nicht reagiert haben, wenn ich nicht heute, ohne die Absicht, herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abgeordnete Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat, mit der Gesinnung für mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß voll Verstimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube, im Namen des Reiches verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich nach jenem alten französischen Siede sagen kann: *on se rappelle avec plaisir les coups de poing qu'on s'est donnés*, mich das Bedürfnis empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen.

Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig sind, gesagt: mein Schriftwechsel

mit dem Baron von Thüngen habe alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet worden sei. Liegt darin nicht eine kleine rhetorische Extravaganz eher als die agrarische, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich zu dem Schreiben nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntniss hiervon eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich gegenüber den sehr scharf accentuierten Klagen des Barons von Thüngen über die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen in der Tarifffrage ausgesprochen, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine höhere Verzollung der landwirtschaftlichen Produkte gewünscht hätte, — in Bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meisten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, soll meiner Meinung nach kein Schutz Zoll, sondern ein Finanzzoll sein, und er wird gerade so gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten sich beschweren, daß sie jetzt für ihren Import in Spanien einen Zoll bezahlen müssen, von dem sie früher frei gewesen sind, und beim Getreide noch viel mehr, weil wir eine so außerordentliche Konkurrenz für den Import von wohlfeilem Getreide nach Deutschland haben. Indessen das gehört ja in die Specialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Korrespondenten, der zu mir im Namen von 11 000 kleinen Grundbesitzern spricht, Rede stehe und Auskunft gebe über die Motive, welche mich geleitet haben, so ist dergleichen früher doch von niemand angefochten worden, und ich glaube, der Herr Abgeordnete

Lasker als Jurist sollte doch auch wissen, daß man kein Urteil ohne Gründe gibt. Früher hat man es am Minister immer zu schätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und seine Meinung in betreff der Interessen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er irgend einen Einfluß haben könnte, offen aussprach, und ich sollte meinen, man sollte das an mir schätzen, anstatt es als eine „agrарische Extravaganz“ zu bezeichnen, als einen „Krieg“ zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt. Ja, das sieht doch noch anders aus! Man nennt gern jeden Kampf Krieg, der einem unangenehm ist. Es handelt sich hier um eine Rivalität der Interessen und um ein Ringen der Interessen mit einander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwischen Landsleuten, und der Bürgerkrieg, welcher der Phantasie des Herrn Lasker vorgeschwebt hat, ist nicht da.

Wenn ich es nun mir zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirtschaft und des Grundbesitzes — ich bitte das Herrn Lasker wohl zu erwägen, ich habe neulich fast nie von der Landwirtschaft, ich habe vorwiegend von städtischem und ländlichem Grundbesitz gesprochen, und der städtische Häuserbesitz leidet unter den Kalamitäten der Steuer, auf die ich nachher zurückkomme, ebenso wie der ländliche — wenn sich da ein Minister findet, der seinerseits für den Teil, der bisher in diesem Kampf zurückgedrängt wird, der unterlegen hat, der seit fünfzig Jahren Amboß gewesen ist und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, wenn für den ein Minister eintritt, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abgeordneten

Lasten ebensogut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unsrer Gesetze in allen Stadien der Gesetzgebung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen, wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet. (Weiterkeit.) Die Herren, die unsre Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, welche die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich vollständig damit beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie das das ganze Jahr lang thun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der *misera contribuens plebs* gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun — wenn der offen sich nicht scheut, auszusprechen, was er wahrnimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden im eigenen Interesse triebe.

Ich habe in der Beziehung in der Presse ziemlich grobe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückzukommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirte in den ministeriellen Stadien notwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze von Hause aus die Farbe der Theorie und des Bureaus in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn bei

dem, der sie macht, einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derjenigen, die vom Gehalt, vom Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abgeordneten Lasfer und denjenigen, welche neben ihm durch ihre überlegene Beredsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr hindurch teils in der Presse, teils in parlamentarischen Leistungen, zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch ans Herz legen, das noblesse oblige. Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fraktionen gewesen ist, der muß auch an den denken, der als Amboss dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt, und das vermisse ich bei dem Herrn Abgeordneten Lasfer, wenn er sagt, ich hätte einen Krieg zwischen der „Landwirtschaft und Industrie“ eröffnet. Daß derselbe besteht, ist hoffentlich nicht mehr wahr, ich hoffe, beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammenzugehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, soviel ich kann, soviel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei den Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen

wäre, zu erwägen bitte — soviel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, ist der Kampf für Reformen!

Der Herr Abgeordnete Lasfer hat dann nach meinen Notizen gesagt: größere Uebertreibungen als der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen gemacht hat, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Der Herr Abgeordnete Lasfer übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Uebertreibungen gewesen, die meinigen sollen aber noch größer sein als alle, die wir gehört. Nun, wenn sie so groß sind, daß keine andre hervorragt, dann müßte doch irgend eine Zahl, irgend ein Satz mir nachgewiesen sein, in dem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiete der Ziffern bewegt, und zwar derjenigen Ziffern, die für jeden zugänglich sind, die in dem Gesetz liegen; ich habe gesagt: die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 Prozent. Ist das eine Uebertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes! Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit da, wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 Prozent herabsetzen. Ist das eine Uebertreibung? Im Gegenteil! Es ist eine sehr schüchterne bescheidene Veranschlagung, und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt, auf die ich nachher komme, ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlichtes Additions-exempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir leiht, nämlich auf 40 Prozent Steuern gekommen, sondern ich habe gesagt 20 bis 30 Prozent. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchteil

einer Zahl invalidieren, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchteil übertrieben. Er kann das nicht, und ich kann ihm also sagen, ich habe nie ähnliche Uebertreibungen, wie die seinen, aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Ich verlasse diesen Gegenstand lieber, um innerhalb der parlamentarischen Grenze zu bleiben.

Er fragt: ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bei einer Besteuerung von 40 Prozent bestehen kann? Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 Prozent seiner Revenuen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein klein wenig innerhalb der Thore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so, glaube ich, würde er diejenigen, die 60 Prozent ihrer Einnahme und noch mehr an Zinsen bezahlen und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unsres Landes dazu, zu sagen: bei 40 Prozent ist es gar nicht möglich, zu bestehen? Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen, die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu der Ziffer geführt haben, daß in Frankreich das ländliche Grundeigentum 44 Prozent seines Einkommens zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß das städtische Grundeigentum mit 14 Prozent besteuert sei, und das bewegliche Eigentum keine 4 Prozent zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht überall. Aber wenn der Herr Abgeordnete Lasker sagt, bei 40 Prozent Belastung

könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, wenigstens dieses nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 Prozent gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder sein Gedächtnis; er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 Prozent gesprochen und kann das um so eher behaupten, als ich das Rechenexempel hier wiederholen könnte. Wenn man so etwas öffentlich hier vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von seiten eines Abgeordneten, der öffentlich und mit der weiterschallendsten Stimme, die dem Herrn Abgeordneten Lascker in seiner Stellung eigen ist, zum Volke spricht, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reiches und des Staates in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Uebertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis!

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kenne die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kenne die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abgeordnete Lascker so oft gezeigt hat, indem er sein Censoramt dem Ministerium gegenüber übte — dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, der heißt doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen mußte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissen-

haftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebensoviel Gerechtigkeit noch übrig hätte, — nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht für nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumph darin zu suchen, jemand, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt, und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, jetzt zu beseitigen oder durch einen Besseren zu ersetzen, den auf diese Weise zu — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — — (Heiterkeit) sonst würde ich ihn sagen. Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechtes Urtheil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich verteidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abgeordnete Lasker sogar jederzeit gegen jede Meinungsverschiedenheit hat — schauernd habe ich es selbst erlebt. Ich möchte ihn bitten, etwas mehr auch die Empfindlichkeit anderer zu schonen, ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Herrn Abgeordneten Lasker vollkommen ebenso hoch und mit Vergnügen höher als die meinige. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns

von dieser Sitte dispensieren dürfen, und daß das die Sache fördert, oder uns selbst das Ansehen dessen, der es thut. (Bravo! Bravo!)

Der Herr Abgeordnete sagt also, „ich kenne die Gesetze des Landes nicht, landwirtschaftliche Gebäude sind frei.“ Darauf sage ich, daß für ihn kein geringerer Vorwurf ist, als der Mangel an Gesetzeskenntnis: er kennt die Landwirtschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirtschaftliches Gebäude ist. Ich habe hier eine Liste meiner Gebäudesteuer auf einem pommerschen Gut. Da sind 149 Positionen besteuert landwirtschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern in diesem Jahre zusammen um etwa 20 Prozent erhöht worden sind; deshalb wird mir die Liste eingereicht.

Ich will, da wir doch weiter mit dem Herrn Abgeordneten zu diskutieren haben, in dieser Sache ihm mitteilen, was ungefähr ein landwirtschaftliches Gebäude ist. Beispielsweise das Wohnhaus eines Kieselmeisters. Er wird mir zugeben, das gehört zur Landwirtschaft, oder z. B. ein Zieglerwohnhaus. (Rufe links: Wohnhaus! Das gehört nicht dazu!) Gut, dann will ich es streichen, bleiben immer noch 148. Dann z. B. ein Tagelöhnerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus! Unruhe.) Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich aussprechen wollen. (Präsident v. Forckenbeck: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen!) Es wäre mir sehr interessant, zu wissen, was Sie sagten, aber es war nicht artikuliert genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht. Es kommen dann 10 bis 12 landwirtschaftliche Tagelöhnerhäuser und andre, das sind bei weitem die meisten der 148, es kommen Gebäude mit

Stall, die höher zahlen, als die andern, aber alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Pächter. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht ermüden, die Liste steht zu jedermanns Einsicht. Ich frage: ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, den man notwendig zum Betrieb der Landwirtschaft braucht, ein landwirtschaftliches Gebäude oder nicht? ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn solche Gebäude, sobald ein Stall dabei ist, höher besteuert werden? ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur für den technischen Betrieb der Landwirtschaft gewählt wird und auf dem eine Menge Sachen vorgehen? Also ich glaube, die Beschuldigung der Unwissenheit in Bezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker in betreff der Unwissenheit auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Lage der Landwirtschaft, über die er mit Sicherheit spricht, sich ebenso ausweisen kann, so soll es mir lieb sein.

Er hat ferner gesagt, kein Bauer zahle eine Einkommensteuer. Das trifft meine Rede nicht. Ich habe die Einkommensteuer, soweit sie von Reichen bezahlt wird, beibehalten wollen, ich will nur die Klassensteuer abschaffen und in dem Maße, in welchem wir Ersatz durch die indirekten Steuern dafür bekommen werden. Ich hoffe, mich darüber auch später, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird und ich noch Minister sein sollte, mit einem preussischen Kollegen zu verständigen. Ich bin und bleibe der Ueberzeugung, daß die Klassensteuer gar nicht bestehen sollte, daß sie abgeschafft werden sollte im ganzen Umfange, und daß wir uns bemühen sollten, indirekte Steuern zu dem hohen Belauf zu finden,

daß wir imstande sind, die Klassensteuer zu erlassen. Der Herr Abgeordnete sagt nun, die Klassensteuer betrage nicht drei Prozent; das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommensteuer gesprochen. Ob sie in ihren höchsten Positionen so sehr viel darunter ist, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liste nicht im Kopfe, wieviel jemand Klassensteuer bezahlt, der 1000 Thaler Einkommen hat, also die höchste Klassensteuer. (Ruf: 24 Thaler!) Wenn es 24 Thaler sind, so sind 24 Thaler vom Tausend fast $2\frac{1}{2}$ Prozent; das ist also doch so sehr weit von 3 Prozent, die ich nannte, nicht entfernt, weiter aber von 1 bis 2 Prozent, die der Herr Abgeordnete Lasker anführte, um diese Steuerbelastung herunterzudrücken und nachzuweisen, daß sie eine Belastung nicht ist. Auch hier schützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Uebertreibung.

„Die ganze Rechnung des Herrn Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig.“ Meine Herren, diese Behauptung, die der Herr Abgeordnete macht, ist einfach eine unrichtige, eine falsche. Meine Darstellung ist nicht irrig. Ich bitte, mir den Irrtum nachzuweisen. Und „unzuverlässig“ — ich bedaure, daß das hier so hingegangen ist. Wenn jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disciplin entgegentreten. (Oh! oh!)

Ich muß dagegen protestieren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist das ein geradezu beleidigender Vorwurf. Unzuverlässig, das heißt, man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen

Sprachgebrauch übergangen betrachten und nicht gegen andre damit opponieren.

Der Reichstag dürfte also nach der Meinung des Herrn Abgeordneten Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit anzunehmen scheint. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen.

Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu benutzen, um einem Vorurteil zu widersprechen, welches hier namentlich aus dem Munde eines sachlich sonst sehr wohlinformierten und gewiß zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Schelhäuser, zu Tage trat. Die Herren werden sich erinnern — ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkt ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm sogleich die Bemerkung gemacht haben, daß er in Bezug auf den geschichtlichen Teil seines Rückblicks sich im Irrtum befinde. — Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er sagte, er wollte der Fahne von 1818 folgen, und sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins, von hervorragendem Namen sind. Der Herr Abgeordnete befindet sich ohne Zweifel im Irrtum in Bezug auf die Jahreszahl. Ich kann eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen von dem Gedanken, als ob der Ruhm unsrer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, sich losreißen. Es ist das nicht der Fall. Im Jahre 1818 war preussischer Finanzminister ein Ehrenmann, aber kein berühmter Gesetzgeber auf

dem Gebiet der Finanzen, es war Herr v. Klewitz, und wie die Zölle im Jahre 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, welches dem Herrn Abgeordneten Schelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm dahin doch nicht folgen, er geht mir im Schutz Zoll zu weit. (Heiterkeit.)

Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedaure, daß sie nicht mehr gelesen wird, und ich will Sie nicht ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich, überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist, und daß ich auch meinen Anteil tragen muß. Hier also von 1818 bis 1821 waren beispielsweise die vier letzten Baumwollenpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 125 Mark betragen, 142, 183, 183, 183, (hört!) es war ferner das Blei mit $3\frac{1}{2}$ Prozent besteuert und es ist jetzt frei, Bleiwaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt, feine Bürstenwaren, welche jetzt und künftig mit 12 Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das meiste und ziehe nur die interessanteren Positionen heraus. Es waren die letzten und höchsten Positionen Eisenwaren, jetzt und künftig 30 und 1818 waren es 73 Mark; feine Stahl- und Eisenwaren jetzt 12 Mark, 1818 73 Mark, geschliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 19 Mark, und grobe Eisen- und Stahlwaren ebenso 19 Mark pro Centner, Hohlglas jetzt 1,50, damals 3,25, wobei ich zu dem Beispiele meines geehrten persönlichen und, wie ich überzeugt bin, auch in der Hauptsache politischen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer Flaschen und gefüllter Flaschen doch nicht in einem großen Gegensatz steht; wenn man die Leeren

Flaschen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken und nachher den Kork bezahlen wollte — das ist eine ziemlich teure Manipulation — und die gefüllten Flaschen wieder entkorken und spülen wollte, es würde dann mehr herauskommen, als der Zoll beträgt. Auf weißes Glas, rohes und geschliffenes, betrug 1818 die Steuer 16,75 und jetzt 12 Mark, dann Brennholz, das jetzt steuerfrei ist, zahlte damals 25 Pfennige. Seide und Florettseide jetzt 450 und 220, damals beide 535,35, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handschuhe jetzt 50, damals 238, Wein und Most jetzt 12, damals 47,70 Mark. Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden, ein jeder kann ja den Tarif nachlesen, ich will nur den historischen Irrtum bekämpfen, als wollten wir jetzt höhere Sätze erstreben, als früher stattgefunden haben. Das Jahr 1818 ist meiner Ueberzeugung nach auch in den Augen des Herrn Schelhäuser entlarvt, ich glaube nicht, daß man es in freihändlerischer Beziehung anziehen darf. Wenn ich nun aber weiter gehe, die eigentliche wirksame Zeit des Zollvereins, unter welchem wir uns 40 Jahre einer ziemlich ungetrübten Prosperität, trotz schwerer innerer Wirren im Jahre 1848, doch im großen und ganzen erfreut haben, so waren auch damals die Zölle bei weitem höhere, als die wir ihnen jetzt vorschlagen. Für diese höheren Zölle stand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner ein, und meines Wissens auch die einzigen, die wir seit langer Zeit gehabt haben. Es war das — in erster Linie will ich den ältesten von ihnen nennen, ich glaube, er hielt auch am längsten aus — Rother, dann Maßen und Moß, die beiden M.; 1817 war es von Klewitz, 1825, 1830, 1834 waren es Herr von Moß und Maßen und Graf Alvensleben. Zwischen und mit ihnen

war Nothher thätig, der großen Einfluß auf die Gestaltung gehabt hat und eben auch kein Fachmann war. Sie kennen sein Herkommen, er war Regimentschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Kantonalpflicht, er war kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Moß war Landrat und auch kein Fachmann. Dann aber von 1842 an ist eine Zahl von Namen, bei denen, glaube ich, ein finanzieller Reformers sein Herz bei keinem wird erwärmen können. Es ist zuerst Bodelschwingh; dann ein Finanzmann, der ein sehr ausgezeichnetes Oberpräsident und Minister war, der aber in Finanzgesetzen keine feste Spur hinterlassen hat, wenn auch sonst in vielen Dingen: Herr v. Flottwell; dann Düesberg, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geist: Kühn, der aber schon anfang, die Finanzwirtschaft politisch zu betreiben. Meiner Ueberzeugung nach trieb er sie nicht mehr sachlich, sondern es war schon eine Politik nach einer bestimmten Richtung darin, welcher er die Finanzen bis zu einem gewissen Grade unterordnete. Dann kamen die Herren Rabe, von Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, meine Herren, wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an die Fahne des freien Verkehrs sich anknüpfen soll, weiß ich nicht, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Zollvereinstifter von 1824 meinen, und die Schutzzölle dieser Zollvereinstifter reichen ja bis zum Jahre 1864, sie haben sich von 1822 bis 64 immer auf schützender Höhe erhalten, in Baumwollenwaren auf 138 und auf 150 in der höchsten Position, und jetzt waren wir in der bei 78 angekommen und streben auf 125, also lange nicht so hoch, wie in der Hauptzeit des Prosperismus des Zollvereins. Die Erinnerung an den

Zollverein spricht also für unsre Reform. Wir wollen die alte Zollvereinspolitik, die ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik wieder in ihre alten Rechte einsetzen, und ich hoffe von ihr denselben Segen, den das Land lange Jahre von ihr gehabt hat.

Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebietes vermiedt, ohne welches der Zolllarif doch keine Selbständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie liegt ja hier nicht in diesem Gesetze, sie schwebt auf einem andern Gebiete, aber sie sollte womöglich auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich, eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnfrachtpolitik zu treiben. (Sehr wahr!) So lange es die Tendenz unsrer Eisenbahnen gewesen ist, uns alles, was Einfuhr ist, wohlfeiler hereinzufahren, als sie das, was Ausfuhr ist, hinausfahren, so lange ist sie Gegenzoll gegen unsern Zolllarif und steht uns als Einfuhrprämie gegenüber, die beispielsweise im Getreide, wie ich mich — der Herr Abgeordnete Dr. Lasfer wird sich daran erinnern — in dem Briefe an Herrn v. Thüngen geäußert habe, sehr häufig das Doppelte, mitunter das Drei- bis Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir diesen Krebschaden unsrer Produktion haben, daß jede Ausfuhr von uns nach höheren Tarifen gefahren wird, als die Einfuhr, daß jedes deutsche, einheimische, nationale Gut teurer gefahren wird als das ausländische, so lange wir davon nicht erlöst werden, kann in Massengütern kein Grenztarif helfen, werden wir ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Gesellschaften oder in die Hand einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt ist und gelegt war. Zu meiner

großen Freude hat in Preußen in der Eisenbahnpolitik schon seit Jahr und Tag eine Umkehr stattgefunden, in den übrigen Staatsbahnen der verbündeten Staaten hoffe ich, daß diese bald geschehen wird, wenn auch bisher der Thaler, der aus Eisenbahnrevenueu kommt, noch einen höheren Wert zu haben scheint, als derjenige, der aus andern Finanzquellen herrührt. Vielleicht sind die Eisenbahnminister in den Einzelstaaten mächtiger als die Finanzminister, ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieser Länder fahren zum Schaden, namentlich in ihren Forsten fahren sie ertraglos und sind genötigt, danach den in den Staatsforsten ausfallenden Betrag durch, wie es jetzt liegt, direkte Steuern von den Unterthanen wieder einzuziehen.

Mir ist neulich schon die Klage vorgekommen, daß eine sächsische Papierfabrik eine Lieferung für ein englisches Journal an Papier hat. Das Journal ist, wenn ich nicht irre, der „Globe“, eins der großen Massensjournalen, und das Quantum ist täglich so groß, daß diese Fabrik eines eisenbahnbesitzenden Landes nun in der Lage ist, sich darüber zu beschweren, daß sie jedes ausländische Produkt wohlfeiler ins Land hereingefahren bekommen könnte, als ihr auszuführendes Papier nach der Seegrenze, und ich glaube, wenn diese Beschwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu teuer gefahren wird, allgemeiner verlauten, werden wir Abhilfe finden; ich habe mich deshalb absichtlich bemüht, den Beschwerden so viel Deffentlichkeit, wie möglich, zu geben.

Ich kann meine Auseinandersetzung damit schließen, daß ich an dem ganzen Programm festhalte, wenn ich auch einzelne Positionen anders gewünscht hätte, und davon ist ja auch in meiner Korrespondenz mit Herrn

v. Thüngen die Rede. Aber wir haben zu einer Vorlage nur dadurch kommen können, daß wir kompromittierten, daß der eine in diesem, der andre in jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelheiten; mir liegt es an der Gesamtheit, und dieselbe Erwägung, denselben Gesichtspunkt möchte ich auch den Herren Abgeordneten empfehlen, die vielleicht mit drei Vierteln der Vorlage einverstanden sind, dann aber etwas haben, wo sie persönlich anderer Meinung sind, mitunter vielleicht ganz isoliert in ihrer Fraktion stehen.

Die Möglichkeit, daß jeder einzelne sich eine Vorlage genau nach seiner persönlichen Einsicht über das, was nach seiner Ueberzeugung das Beste wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten, und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage stimmt, weil sie ihm zu einem Achtel nicht gefällt, geht gerade so gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie die, welche dagegen stimmen, weil ihnen das ganze System und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen.

Ich möchte deshalb auch in dieser Richtung zur Einigkeit ermahnen; und möge der einzelne, der mit dem größeren Teil der Vorlage einverstanden ist, es doch machen wie ich und dem übrigen nicht so genau ins Gesicht sehen und sich sagen: „Das Beste ist des Guten Feind.“

Ich kann auch nicht alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur, ist das, was gebracht wird, in seiner Gesamtheit, in seiner Gesamtwirkung besser als das Bestehende?

Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesrats in mir trüge, würde ich vielleicht manches anders gemacht haben, aber ich muß es eben so nehmen, wie es vorliegt.

Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten sachlichen erschüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: Das Reich selbständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben, und demnächst als den letzten und nicht geringsten Zweck: der einheimischen, nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt und in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Der Präsident v. Jordanbeck konstatierte hierauf an der Hand des stenographischen Berichts, daß der Abgeordnete Lasker den Reichskanzler nicht der Unzuverlässigkeit beschuldigt, sondern gesagt habe: „wie wenig zuverlässig diese Angaben sind u. s. w.“ Darin liege trotz aller Schärfe keine Beleidigung, obgleich er, der Präsident, wiederholentlich die dringende Bitte aussprechen müsse, alle persönlichen Angriffe aus der Debatte wegzulassen. Der Reichskanzler erwiderte darauf:

Ich danke dem Herrn Präsidenten für diese Richtigstellung, die ja, wenn ich einen nicht zutreffenden Text

vor mir gehabt hätte, mich weniger trübe als meinen Gewährsmann, der ihn mir geliefert hat. Indessen habe ich doch daraus entnommen, daß thatsächlich im ganzen die Sache so lag, wie ich voraussetzte, und ich achte das Urteil des Herrn Präsidenten darüber. Ich bin meinerseits Präsident des Bundesrats und spreche als solcher in Ihrer Mitte. Ich habe mein eigenes Urteil und habe meinen Aeußerungen weder etwas hinzuzufügen noch etwas davon zurückzunehmen. (Bravo! rechts. Bewegung.)

11. Ueber die Getreidezölle.

21. Mai 1879.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Zolltarifs gelangten in der 50. Sitzung des Reichstages am 21. Mai die Getreidezölle zur Verhandlung. Dabei trat zunächst der deutschkonservative Abgeordnete Dr. Frege in längerer Rede für die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung dieser Zölle ein, obschon er dieselbe als eine noch nicht hinreichende bezeichnen zu müssen erklärte. Als Gegner der Getreidezölle trat dann der ehemalige Präsident des Reichskanzleramts, Abgeordneter Dr. Delbrück auf, welcher für möglichst billige Kornzölle plaidirte und den allgemeinen Rückgang der Landwirtschaft in Abrede stellte; die von Jahr zu Jahr steigenden Ergebnisse der Domänenpachten seien eher ein Beweis vom Gegenteil. Herr Delbrück führte dazu eine Reihe von Zahlen an. Als bald erhob sich der Reichskanzler Fürst von Bismarck:

Ich will im Laufe meiner Ausführung auf diese Details nicht zurückkommen und deshalb in betreff der letzten Worte des Herrn Vorredners gleich darauf aufmerksam machen, daß in dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten in ihrem Durchschnitt hauptsächlich

diejenigen Domänen ins Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerrfabrikation haben, und daß nur dadurch, durch die ungewöhnlich günstige Konjunktur, durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, welcher ihm zu teil geworden ist, erschwungen hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im übrigen liegt die vorletzte Periode, die der Herr Vorredner anführt, ja in der Zeit, wo die Getreidepreise höher waren als heute, wo die Eisenbahnentwicklung der großen östlichen Getreideländer auf unsrem Markt noch nicht die Wirkung erreicht hatte, wie jetzt. Im allgemeinen aber hat der Herr Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsre Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide teurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Nun, dabei drängt sich die Frage auf: sind niedrige Getreidepreise in wirtschaftlicher Beziehung an sich als Glück anzusehen? Wir alle und auch der Herr Vorredner erinnern uns, daß vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höher bei uns waren als heute, weil die große Konkurrenz des Auslandes, von der ich soeben sprach, uns noch nicht überkommen war, und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, vielleicht gerade infolge der höheren Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsierte als am heutigen Tage, wo bei niedrigen Kornpreisen alles daniederliegt. Wenn wir als richtig annehmen, daß niedrige Kornpreise ein Glück sind, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basiert, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau,

an der Theiß, Galizien und der südliche Teil des europäischen Rußlands in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftigst entwickelten Länder in Europa sein. (Sehr richtig!) Wir müßten auch innerhalb des Deutschen Reiches im wirtschaftlichen Wohlbehagen einen erheblichen Unterschied in unsrer Vermögensentwicklung empfinden. Denn was auch der Herr Vorredner über den verschiedenen ‚standard‘ der einen und der andern Orte gesagt hat, so ist es eine Wahrnehmung nicht bloß von heute, sondern in allen statistischen Darlegungen seit 30 Jahren kann man sie sehen, das ist ganz unzweifelhaft, daß wir die höchsten Getreidepreise im Westen des Deutschen Reiches haben, und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Es müßten deshalb, wenn der Satz richtig wäre, daß wohlfeile Preise an und für sich glücklich für eine Nation sind, auch die Wohlhabenheit und das wirtschaftliche Behagen nach Osten hin allmählich steigen, und Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 bis 30 Prozent glücklicher sein müssen als das Elsaß und der Breisgau. (Sehr wahr!) Es ist außerdem eine Erscheinung, die gegen diese Ansicht des Herrn Vorredners spricht, daß die höchsten Kornpreise in Europa gerade in denjenigen Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existieren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs, und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenteil die besseren Einnahmen des Landwirtes wahrscheinlich die Grundlagen einer Belebung der Thätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens sind, und ich bin überzeugt, wenn

unsre Landwirte ihr Korn, ich will nicht sagen, teurer, aber sicherer verkaufen, — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück — daß der Absatz gesicherter ist, daß wir dann auch sofort infolge dieses Tarifs überhaupt, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung der geschäftlichen Thätigkeit schon antizipiert, schon jetzt fühlbar macht, daß wir dann auch bei uns zu einer kräftigen Erneuerung unsrer wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Wenn diese Ueberzeugung, daß wohlfeile Getreidepreise an und für sich ein wirtschaftliches Glück sind, den Herren, welche auf dieser Basis plaidieren, vielleicht aus wirtschaftlicher Ueberzeugung, vielleicht aus politischen oder andern Gründen, kurz und gut, welche dieses Argument geltend machen — wenn es denen damit vollständig ernst wäre, dann hätte man meines Erachtens doch damit anfangen müssen, daß man die Belastung, unter welcher wir im Inlande zu unserm Bedarf an Getreide gelangen, im allgemeinen und in betreff des viel größeren Quantums Getreide vermindern, welches im Innern unsres Landes entsteht. Kurz, wenn wohlfeiles Getreide vor allem das Ziel ist, nach welchem wir zu streben haben, dann hätten wir längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt, welches 400 Millionen Centner erzeugt im Vergleich zu den 27 bis 30 Millionen, die wir einführen. Daran hat aber niemand gedacht, im Gegenteil, in Zeiten, wo die Theorie schon dieselbe war, wie jetzt, hat man die Grundsteuer in ganz Deutschland, soviel ich weiß, allmählich gesteigert, in Preußen im Jahre 1861 um 30 Prozent, indem sie von 30 auf 40 Millionen erhöht wurde, also ein sehr viel erheblicherer Zuschlag, als hier als Zoll

auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll, und es ist seitdem eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unsre landwirtschaftliche Produktion notwendig verteuern müssen, dazu gekommen, namentlich ist klar, daß die in neuester Zeit erst lebhaft entwickelte Gemeindefinanz in ihren wesentlichsten Theilen auf den Grundbesitz, auf die Kornproduktion gelegt worden ist.

Ich habe mir über diese Frage aus einer Provinz, von der ich entfernt wohne, und wo ich weniger bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kommen lassen, wie hoch sich ungesähr die Lasten belaufen unter deren Druck unser Getreide dort produziert wird, und deren Barzahlung doch von dem Preise, zu dem der deutsche Landmann sein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß, wenn er nicht andre Hilfsquellen hat, die er aus der Tasche hinzuschießen kann, um diese Barzahlung zu leisten.

Ich habe da z. B. hier sechs Güter aus dem Kreise Solingen, deren direkte Abgaben, sie bestehen in wirklich erhobenen Staats-, Grund- und Gebäudesteuern, welche in Staatseinkommensteuer, und in Kommunal-Grund- und Gebäudesteuer, in Kommunaleinkommensteuer, in Kommunalsteuer, hier zusammengestellt sind, sie belaufen sich in Prozentsätzen von jenem Einkommen, welches der Berechnung der Einkommensteuer zu 3 Prozent zu Grunde gelegt ist, also nicht etwa von fingiertem Einkommen, sondern von wirklichem Einkommen, wie die Gemeinde die Einkommensteuerkraft ihrer Mitglieder sehr wohl zu erkennen weiß, berechnet, indem die Einkommensteuer mit rund 3 Prozent figurirt. Es beläuft sich beim ersten Gute die wirklich erhobene Staatsgrundsteuer auf 7,33 Prozent des Einkommens, des

wirklich zur Erhebung der Einkommensteuer von 3 Prozent berechneten Einkommens, dann 3 Prozent Einkommensteuer, wie sich von selbst ergibt. Beide staatliche Steuern, bei der Grund- und Gebäudesteuer eingerechnet, von den ländlichen Gebäuden betragen 10,33 Prozent. Dazu kommt Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuer mit 9,22 Prozent, dann Kommunaleinkommensteuer mit 6 Prozent, die Kirchen- einkommensteuer mit 1 Prozent, zusammen 27,50 Prozent von dem wirklichen Einkommen, wie es der Einkommensteuerberechnung zu Grunde liegt.

Das zweite Gut in Solingen hat 21,51 Prozent, das dritte 22,15 Prozent, das vierte 22,16 Prozent, das fünfte 19,82 Prozent, das sechste 20,61 Prozent. Wenn ich nun diese Liste weiter durchgehe, im Kreise Mülheim, im Kreise Cöln, Jülich, Cleve, so stoße ich auf Prozent- sätze von dem wirklichen der Einkommensteuer zu Grunde liegenden Einkommen von 16 Prozent, 21,64, 24,13, 18,53, 18,94, 25,42, — das ist der Kreis Neuß — von 21,60 im Kreise Düsseldorf, von 23,15 im Kreise Düsseldorf, von 18,44 im Kreise Mettmann, von 24,13 im Kreise Mettmann nochmals, von 24,66 u. s. w. Im Kreise Bonn 25,2. Ich kann also mit einiger Sicherheit wohl annehmen, daß man die durchschnittliche Belastung, unter welcher bei uns das landwirtschaftliche Gewerbe betrieben wird, an Staats- und Kommunalsteuern auf 20 Prozent desjenigen Einkommenssatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommensteuer zu Grunde gelegt wird, abschätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Besteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßstab zu gewinnen, diejenige Belastung unsres Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländische Getreide gelegt werden soll,

verallgemeinert auch auf das inländische Getreide, das im Inlande zu Markte gebracht wird, denken Sie sich, daß der Landwirt von jeder andern auf der Getreideproduktion lastenden Steuer befreit würde, und daß ihm dafür als Aequivalent der Vorzug würde, mit dem Auslande gleichgestellt zu werden, und auch nur für jeden Scheffel Getreide, den er zu Markte bringt und verkauft, 25 Pfennige für Roggen, oder 50 Pfennige für Weizen zu zahlen, — denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwert von 1500 Thalern, 5 Thaler pro Morgen in der Rheinprovinz kein ungewöhnlicher, bei dem eine Grundsteuerbelastung von 1 Mark auf den Morgen wahrscheinlich sein wird, wir haben ja in der Provinz Sachsen, wo ich angeessen bin, bis zu 25 Silbergroschen und höher, in einigen Fällen auch 1 Thaler pro Morgen, das ist also keine hohe Rechnung. Dieses Gut von 300 Morgen mit 1500 Thalern Pachtwert wird also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Abgaben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis zu bezahlen haben, die auf der landwirtschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Thaler würde der Landwirt schon 3600 Centner Roggen oder 1800 Centner Weizen zu Markte bringen können, und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Centner Roggen sind 4500 Scheffel, 1800 Centner Weizen 2000, und jedermann, der von der Landwirtschaft auch nur annähernd eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gut von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel Roggen gebaut, geschweige denn verkauft werden können. Wenn der Mann sehr geschickt und sehr sparsam wirtschaftet,

so wird er zwischen 600 und 900 Scheffel in der einen oder andern Getreidegattung zu Markte bringen können, — 1000 ist schon recht gut; er hat also das Vier- bis Fünffache nach der jetzigen Steuer Lasten auf der inländischen Produktion, und dabei bringt dieselbe, wie die Statistik angibt, 400 Millionen Centner, also 13mal mehr als die ausländische.

Wenn nun das Verhältnis in dieser Ungerechtigkeit zum Nachteil der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so möchte ich weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfnis als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appellieren. Soll die Gesamtlast, die für unsre Finanzen auf unsern Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Uebermaß allein auf der inländischen Produktion liegen, und soll die ausländische gar nicht herangezogen werden? Wenn man auf irgend ein andres Gewerbe, dem nicht 20 Millionen Menschen ihre Existenz verdanken, sondern verhältnismäßig sehr wenige, ich will einmal sagen auf Leder, dieselbe Theorie anwendete, daß die inländische Lederfabrikation mit einer Höhe von 20 Prozent des Reinertrages des Gewerbes besteuert würde, das ausländische aber nicht nur frei eingeht, sondern nach Möglichkeit prämiert, gefördert, rasch und wohlfeil gefahren würde, ja, würde man da nicht eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen die inländische Lederfabrikation finden? Und hat der inländische Landwirt, weil er sehr zahlreich ist, weil er vielleicht sehr viel geduldiger ist, nicht ebensoviel Anspruch auf eine gerechte und gleichmäßige Behandlung?

Sie müssen bei diesem Tarif doch nicht allein die Einzelheiten der Vorlage im Auge behalten, sondern die gesamte Zoll- und Steuerreform, die wir damit erstreben,

(Sehr richtig! rechts) und wovon dieser Tarif nur einen Teil bildet. Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: legt den Plan einer gesamten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, die wir machen, und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen und mehr Entgegenkommen aufgenommen werden als damals, und daß meine Hoffnungen, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben herabmindern müssen. Aber ich bitte Sie doch, diesem Tarif die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß Sie ihn unter dem Gesichtspunkt der gesamten Zoll- und Steuerreform und nicht bloß an sich betrachten.

Es ist ja in der gesamten Finanzreform bisher nicht unsere Absicht, dem Getreidebedarf in seiner Gesamtheit eine höhere finanzielle Leistung abzufordern als bisher. Wir beabsichtigen nur einen Teil der direkten Steuern, die jetzt, wie ich vorhin nachwies, auf dem Landwirt lasten, in der Form, wenn Sie wollen eines Konsumtionszolles, an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, so daß in der Gesamtheit der Belastung des Kornbedarfs eine Erhöhung nicht notwendig eintritt, sondern nur ein sehr schwacher Versuch einer ausgleichenden Gerechtigkeit angesichts der Nachteile, unter denen die Produktion von Getreide im Inlande gegenüber den Privilegien der Steuerfreiheit und anderen, deren sich die ausländische Getreideproduktion bei uns erfreut, bisher leidet. Ich bin der Meinung, daß dieser

Zoll*) an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, und während der Herr Vorredner das als ein Glück betrachten würde, an das er nicht glauben mag, sehe ich mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher, wo unsre Landwirtschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist, weil das Getreide auf einen Preis gedrückt wird, zu welchem es in Deutschland nach den Verhältnissen der Abgaben, der Kosten des Lebens, der Verschuldung nicht mehr produziert werden kann? Ja, meine Herren, wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Landwirtschaft zu Grunde, dabei geht der preussische Staat, das Deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach. (Sehr wahr! Bewegung.) Sobald die Landwirtschaft nicht mehr bestehen kann, fängt zuerst an der Kredit, und alle die Herren, die ihre Forderungen in Hypotheken und Pfandbriefen haben, werden zuerst von dem Ruin der Landwirtschaft leiden; es wird die landwirtschaftliche Thätigkeit in Verfall geraten, ich will kein schwarzes Bild von Wüsten und dergleichen machen, aber allmählich schränkt sich die Thätigkeit ein. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meiner eignen Erfahrung angeben.

Wie in Preußen die gutherrlichen, bäuerlichen Ablösungen stattfanden, so war namentlich in Hinterpommern, aber auch in andern östlichen Provinzen ein Notstand an Arbeitshand und Kapital, um sich Arbeit zu beschaffen. Infolgedessen trat die Thatsache ein, daß große Flächen von früherem Acker, die in allen alten

*) a. Weizen, Hafer, Hülsenfrüchte u. s. w. pro 100 Kilogramm 1 Mark. b Roggen, Gerste, Mais, Buchweizen pro 100 Kilogramm 0,50 Mark.

Karten noch vor 60 Jahren und noch nach der Ablösung in den ersten Zeiten als Acker stehen, heutzutage Wald sind; es ist angeflogener Wald, man sieht noch heute, wie der Anflug zuerst die Ackerfurchen, dann allmählich die höheren Böden erfakt hat, denn es steht 60 bis 80-jähriger Wald darauf, der bisher einen Ertrag nicht gehabt hat, auch keinen gibt, der frühere Acker war aber doch immer Acker. Nun, ich brauche die Formen ja nicht zu schildern, in denen die Landwirtschaft und mit ihr unsere ganze staatliche und nationale Existenz zu Grunde gehen könnte, denn es wird nicht geschehen, 20 Millionen deutsche Landwirte lassen sich eben nicht zu Grunde richten, es kommt bloß darauf an, daß sie zu dem Bewußtsein kommen, was ihnen bevorsteht, und sie werden sich mit den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln dagegen zu wehren suchen. (Sehr richtig! Bravo! rechts.) Wenn ich also behaupte, daß diese Zölle, und deren niedrige Ansätze, wie sie jetzt sind, die Preise nicht steigern werden, so fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich darüber bei den Landwirten zu entschuldigen, als es den übrigen Nichtlandwirten zu beweisen gilt, warum sie nicht steigen werden.

Ich kann der Ansicht des Herrn Vorredners nicht folgen, ich vermute, daß die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht wesentlich, weil der Preis des Getreides bei uns gar nicht von dem Zoll, den man auflegt, sondern von der Ernte abhängt, vor allen Dingen in den großen Kornländern des östlichen Europas und Amerikas, einigermaßen auch von der Ernte in Deutschland, aber doch lange nicht in dem Maße, wie von diesen großen Ernten in Rußland, Ungarn, Amerika. Auf diese Ernten bleibt aber unser Zoll ohne jeden Einfluß, denn das

Getreide wächst dort, wir mögen einen Zoll an der Grenze erheben oder nicht, es läßt sich dadurch im Wachsen weder abhalten noch befördern. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird es eben nicht kommen, ist eine gute Regelernte, so wird es uns trotz Zoll doch kommen müssen, und darin divergiere ich von dem Herrn Vorredner. Er sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit großer Leichtigkeit andre Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machten. Das ist vollkommen irrtümlich und mir nur erklärlich, weil der Herr Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind heute im ganzen in der Lage in der Welt, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im ganzen größer ist als der Verzehr. Der Verzehr ist beschränkt, der Mensch kann im Brot nicht mehr thun als sich satt essen, er kann das nicht zweimal im Tage leisten. Die Produktion in den fruchtbaren Ländern des europäischen Ostens und des amerikanischen Westens ist noch eine ganz unbeschränkte und kann sich beliebig steigern, und wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden gerade so viel Getreide liefern, wie bisher, denn bis über eine Mark hätten sie vollständig Spielraum, dem Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf letzterem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt so viel weniger; für ihn aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Das ist die Ansicht der Kornhändler, mit denen ich seit Monaten, seit Jahr und Tag darüber gesprochen habe, von denen ich manche persönlich kenne, sowohl russische wie deutsche. Die deutschen sagen mir, wir geben dem

Petersburger Zwischenhändler so viel weniger, und auch dieser verliert es nicht einmal, der gibt dem russischen Bauer und dem russischen Produzenten, der ihm das Getreide meist auf dem Halm verkauft, schon im Juni, in dieser Jahreszeit, um rascher Geld zu bekommen, so viel billiger.

Aber, meine Herren, ich könnte beinahe sagen, ich fürchte, der Zoll wird ganz einfach den Produzenten abgezogen, und wir werden dieselben Massen Getreide bis auf wenige Modifikationen, auf die ich nachher komme, doch erhalten. Es ist aber damit nicht, wie der Herr Borredner annahm, der Landwirtschaft noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein erheblicher Dienst erwiesen, auch wenn der Preis nicht steigt und sie den geringen Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, nur gesichert hat, wenn ihr überhaupt nur der deutsche Markt gesichert wird, wenn die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markt um eine Kleinigkeit erschwert wird. Dies ist eine Kleinigkeit im Verhältnis zu den Schwankungen der Kornpreise, wie wir sie im Lauf der Jahre gesehen haben, wir haben sie ja schon öfter noch einmal so hoch wie jetzt gehabt, ohne daß unser Brot teurer geworden ist. Wenn da dem inländischen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den inländischen Markt zu demselben jetzigen Preise für sich sicher hat, so würde er auch dafür schon dankbar sein. Wir sind jetzt auf dem Lande ja in der Lage, daß die Müller auf unsern eignen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern, da sie in der Regel zugleich Bäcker sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brot ins Haus verkaufen. Ich selbst esse in Friedrichsruh russisches Brot und beschwere

mich weiter nicht darüber, denn ich bin dort sehr wenig Landwirt, mein Ackerbau, den ich in der Gegend besitze, ist sehr gering, aber die Thatsache liegt so, die Konsumenten reißen sich nicht etwa um das Korn, sondern es wächst mehr, als gebraucht wird, und die Produzenten suchen nach Absatz. Wenn wir mehr äßen als wächst, so würde man freilich mehr hinterher sein, das letzte Korn, das in der Welt noch existiert, für sich zu bekommen, das liegt aber eben, wie ich auch speciell für Deutschland nachzuweisen versuchen werde, nicht vor, sondern es ist Ueberfüllung des Marktes mit Getreide in regelmäßigen Jahren in der ganzen Welt vorhanden, in England, Frankreich und Deutschland, und nun gar in den Produktionsländern erst recht, — wenn die Leute da alles verzehren wollten, was sie bei sich bauen, so müßte ihre Bevölkerung sich verzehnfachen.

Der Herr Vorredner, meine Herren, sagte und führte gegen diese Vermutung das an, es wären die Vorräte, die hier lagerten, außerordentlich gering, er gab ein paar Tausend Wispel an, die am Ende des Jahres hier gelagert hätten; — da möchte ich darauf aufmerksam machen, einmal, daß das Ende des Jahres nicht der Termin ist, wo die Hauptzufuhr herankommt, denn auf den Kanälen, zu Wasser, kommt das Getreide lange nicht in dem Maße wie auf den Eisenbahnen, und da ist es namentlich der Winter, wo alle Frachten billiger sind, und wo man in Rußland das Getreide gedroschen hat, — da wird es verfahren, und ich bin überzeugt, daß zwischen Januar und April die größten Vorräte herankommen. Es kommt aber dabei auf die Roggenvorräte allein gar nicht an, sondern wir müssen gleichzeitig die Roggenvorräte und die Mehlvorräte ins Auge fassen,

denn diejenige Form der Korneinfuhr, welche unsre Landwirtschaft augenblicklich am meisten belästigt, ist meines Erachtens die Einfuhr zur Verwandlung in Mehl im Inlande, wie sie theils zu Schiff von Petersburg via Riga und Libau nach Kiel, Lübeck und Stettin stattfindet, meines Wissens aber die größere Quantität auf den Eisenbahnen aus dem Innern von Rußland, der Gegend des Mittelpunktes, von Kursk-Urjol und bis an die untere Wolga, Samarow, bis Nischney hinauf nördlich und östlich von Moskau, — aus diesen Gegenden kommen mit den Eisenbahnen zu ganz außerordentlich wohlfeilen Frachten die Getreidemassen hier an, gehen zum Teil schon über Alexandrow, die wohlfeilsten, soviel ich gehört habe, über Breslau, aus der Gegend von Kiew bei Nischney nach Deutschland; hier werden sie in riesigen Dampfmühlen in Mehl verwandelt. Hier in Berlin ist mir gesagt worden, daß die tägliche Verarbeitung von Roggen in Mehl auf den Mühlen, die theils dem Weichbildsbezirk von Berlin, theils dem nächsten Eisenbahn- und Kanalrayon angehören, zwischen 4= bis 500 Wispel, also 8= bis 10,000 Centner beträgt. Diese Mehlmasse geht dann mit der Eisenbahn über das Land und tötet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Wie viel Vorräte nun in diesem Mehl stecken, das weiß ich nicht, und das entzieht sich auch der Berechnung, ich glaube aber, jedenfalls mehr, als was überhaupt in der Zeit bis zum Nachschub hier gemahlen wird. Insofern halte ich also die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebensowenig, wenn er gesagt hat, daß die Ansicht, der Bäcker mache nicht den Hauptaufschlag . . . in Roggen will ich es nicht behaupten, in Weizen

ist jedenfalls der Verdienst größer; inwieweit den Bäcker die Schuld trifft, weiß ich nicht, ich gönne ihm seinen Gewinn, aber die Meinung des Herrn Vorredners, daß in den Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr als nötig hängen bleibt, ist doch nur teilweise richtig. Es gibt z. B. Brotfabriken, die mit Riesenschleifmühlen identisch sind, die direkt ihren Roggen aus Rußland importieren und Kornhandel, Mehlfabrikation und Brotfabrikation in einer Hand betreiben, und bei denen ich glaube, daß doch ein sehr großer Gewinn stattfindet. Außerdem, wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das darin, daß ihrer zu viele sind. Wo heutzutage eine Stelle ist, an der man sieht, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich ja gleich Hunderte von Konkurrenten heran, bis der Verdienst so verkleinert und zerteilt ist, daß für den einzelnen in der That nicht viel übrig bleibt. Die meisten oder wenigstens hier die Kinder der städtischen Bevölkerung ziehen ein kaufmännisches Leben, wenn es auch nur gering nährt, wenn es aber nur zu keiner anstrengenden körperlichen Thätigkeit zwingt, einem Gewerbebetrieb mit täglicher Arbeit vor. (Sehr wahr! rechts.)

Sie alle werden Bekanntschaft haben nach der untern Volksklasse hin, wenigstens ich habe sie, und habe dort immer gefunden, daß das Ideal eines Mannes von der Volksklasse, eines Dieners, der sich etwas erspart hat, nicht etwa ist, ein kleines Gut in seiner Heimat zu kaufen, sondern in Berlin einen Viktualienhandel anzulegen, — darauf spart er — und dann mit seinen Gästen zu reden und mitzutrinken und ihnen das Bier zu bringen. Das ist heutzutage viel eher das Ideal, als sich, wie es früher war, einen kleinen eignen Hof zu bauen. Diese

Tendenz bewirkt also, daß, wo durch den Zwischenhandel etwas zu verdienen ist, und jemand einen schönen Verdienst hat, gleich zehn bereit sind, ihn darin zu beschränken und mit ihm zu teilen.

Wenn nun ich schon zugebe — vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das allerentschiedenste, daß die Kornpreise und die Brotpreise in irgend einem nachweisbaren Zusammenhange stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnot zwingend einwirkt, daß durch den Ueberfluß und die Wohlfeilheit des Kornes kein Wachsen des Brotgewichts und kein merkliches Sinken der Brotpreise eintritt. Die Brotpreise sind heute bei diesen niedrigen Kornpreisen dieselben, das heißt, das Gewicht des Brotes ist dasselbe, wie es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so teuer war wie heute, das heißt im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre, und die Herren, die daran zweifeln — — ich will nicht von den Brötchen sprechen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben*), es kann ja jeder, wenn er nach Hause kommt, das erste beste Brot abwiegen und das Gewicht mit den Preisen vergleichen, das kann sich ja jeder berechnen, damit will ich Sie nicht aufhalten. Meine Erkundigungen über die Brotpreise stammen aus direkter Quelle, nicht aus den Kreisen, in denen wir leben, sondern aus den Kreisen der Handwerker, der Diener, der kleinen Leute, und ich kann jedem, der Näheres darüber zu wissen wünscht, vollständig Rede

*) Der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck, Sohn des Reichskanzlers, hatte eine ganze Kollektion von Weißbrötchen verschiedener Herkunft mit Zetteln versehen auf den Tisch des Hauses gelegt.

ſtehen. Ich glaube deſhalb, daß, wenn der Preis des Getreides durch dieſen außerordentlich niedrigen Zoll auf Korn, der unter 5 Prozent des Wertes bleibt, nicht affiziert wird, daß auch unſer Handel in keiner Weiſe davon beeinträchtigt werden kann, wenigſtens in keinem höheren Maße, als es der Gerechtigkeit im Ausgleich der billigen Verteilung der Laſten ſchuldig iſt. Etwas wird der Handel dem Kaiſer und ſeinem Finanzminiſter doch auch wohl von ſeinem Verdienſt abgeben müſſen. Es iſt ja für uns alle erfreulich, wenn unſre Kornhändler reich werden, aber wir können darüber das Prinzip der verteilenden Gerechtigkeit in den öffentlichen Laſten nicht opfern. Ich glaube auch, daß ihnen ihr Verdienſt ungeſchmälert bleibt, und wenn die beiden Hauptbeſchwerden gewogen werden, die Erſchwerung des ruſſiſchen Getreides mit deutſchem in unſern Oſtſeeſtädten, und die Erſchwerung des Transits, wobei man wieder unterſcheiden muß zwiſchen dem Oſtſeetransit und dem ſüdweſtlichen Transit, der hauptſächlich durch Deutſchland, durch Bayern auf Mannheim geht — wenn man dieſe näher ins Auge faßt, ſo glaube ich, daß die Herren künftig den verzollten Roggen gerade ſo gut werden miſchen können, wie bisher den unverzollten, und ich glaube nicht einmal, daß ſie 25 Pfennig am Centner weniger verdienen werden, ſondern daß der Zoll, wie ich ſchon vorhin ſagte, von dem, der ſein Korn notwendig los ſein muß und keinen andern Abnehmer hat, wird bezahlt werden müſſen.

Die Veränderung der Abſatzwege aus Rußland — alſo ich will einmal ſagen von Danzig nach Libau, wovon jezt viel die Rede iſt — damit kann man Leute hange machen, die das Geſchäft und die Geographie

nicht kennen. (Sehr richtig! rechts.) Es sollen z. B. einige Königsberger Firmen sagen: sie können sich nur dadurch halten, daß sie Kommanditen in Libau errichten. Darüber würde ich mich freuen, wenn unsre Landsleute auch in Libau Geld verdienen, gleichviel ob in Libau oder in Königsberg, ich gönne es ihnen in beiden Fällen. Aber man muß Libau kennen und sich doch klar machen, daß das Ausgraben eines Hafensbassins an der Westküste von Kurland und das Anlegen einer Eisenbahn dahin noch keinen Handelsplatz und noch keinen Absatzhafen schafft.

Was ist es denn, das den russischen und namentlich westrussischen und polnischen Kornverkehr nach unsern Ostseestädten zieht? Es ist keineswegs, daß sie in Rußland keine guten Häfen hätten; sie haben in Riga, in Petersburg Häfen, und es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde oder Rügenwalde, wer das kennt, aber das genügt nicht zum Handel, und meines Erachtens kann Rußland viel Geld auf Libau verwenden, aber keinen Handelsplatz daraus machen. Was sie nach Danzig und Königsberg hinzieht, das ist der große Handelsplatz, die große Kaufmannschaft, das große Kapital. Wer hat denn Kapital zum Kornhandel in Libau? Das Kapital kommt aus den deutschen Ostseehäfen und deshalb hat Danzig, hat Königsberg, weil sie das Geld hergeben, mit welchem den russischen Bauern das Korn abgekauft wird, und einen Vorschuß machen, deshalb hat Danzig und Königsberg diesen Handel und wird ihn deshalb auch behalten, denn einen Handelsplatz können selbst die gewaltigen Kräfte des russischen Reiches nirgends improvisieren, am allerwenigsten in Libau oder Windau, wenn sie auch die Eisenbahn nach Windau

legen, welches mitunter etwas früher eisfrei wird, aber selten, weil es nördlicher liegt. Aber sie haben ja einen guten Hafen in Riga und es geht auch Getreide von dort nach Lübeck, um hier gemischt zu werden, oder nach Danzig oder Stettin, aber es ist doch unbedeutend. Die Rigaer Kaufmannschaft kann sich an Kräften mit der Königsberger, Danziger, Hamburger nicht messen, sie braucht das Kapital der deutschen Häfen und die kaufmännischen Verbindungen derselben notwendig, um ihr Korn zu verwerten, und wo soll dann, wenn Sie die Karte ansehen, das Korn aus dem Königreich Polen, von der oberen Weichsel, aus Galizien anders hin, als daß es durch Deutschland geht und ebenso aus Westrußland, abgesehen davon, daß das russische Korn in seiner natürlichen Gestalt immer einen erheblich minderen Wert gegen das deutsche haben wird, mit Ausnahme des Südens, wo die Gunst des Klimas eine andre Gattung Korn herzustellen möglich macht als im Norden; das geht aber größtenteils über Odessa weg und kommt nicht zu uns. Das russische Korn, das zu uns kommt, wird fast immer der Mischung bedürfen, oder es wird sich mit einem sehr viel niedrigeren Preise als das deutsche auf den englischen und deutschen Märkten begnügen müssen. Wenn Sie die Preislisten ansehen, so werden Sie da, wo russischer Roggen ehrlich angeboten wird, denselben 10 bis 15 Mark auf die Tonne wohlfeiler angeboten finden als den deutschen; der deutsche Roggen ist an und für sich mehr wert, nicht weil der Roggen Rußlands, wenn man ihm die volle Reise läßt, schlechter ist — in Polen namentlich ist z. B. der Weizen von Sandomir, der „hochbunte“ polnische, ein sehr viel besseres Produkt als der deutsche, und der ungarische

ist noch besser — aber der russische Roggen kommt nicht trocken in die Scheune oder in den Handel. Diese Ungunst des russischen Klimas muß das russische Getreide tragen, wir nehmen sie ihm ab durch die Mischung; das russische Getreide wird nicht vollkommen reif, oder doch nicht trocken in den nördlichen Bezirken von Rußland; wo sich die deutschen und skandinavischen Einflüsse hin erstreckt haben, da ergänzt man diese Ungunst des Klimas durch das Darren des Getreides in heizbaren Scheunen, wo, bevor das Getreide zum Dreschen kommt — ich glaube, sie nennen es Riegen — die Bündel auf einen mäßig erwärmten gewölbten Raum geworfen werden und dann sich das Korn, welches unreif oder feucht eingekommen ist, mit mehr Leichtigkeit vom Halm löst. Wo diese Behandlung nicht herrscht, da kommt ein großer Teil des russischen und polnischen Getreides an und für sich unreif, jedenfalls unvollkommen trocken in den Verkehr. Diese unvollkommene Trockenheit äußert einmal die Wirkung, daß das Getreide, wenn es nachher getrocknet ist, nicht den vollen Wert hat, den es vorher hatte, namentlich aber auch wenn es auf den Briten ankommt und wie sie die dortigen Fahrzeuge nennen; wer gesehen hat, wie die Getreidemassen auf den Strömen heruntergefloßt werden, der glaubt, ein grünes Kornfeld zu sehen, das Korn grünt aus, dann wird es, um von den Kornkeimen befreit zu werden, im Freien ausgeschüttet und so behandelt, daß die Keime abgestoßen werden. Getreide aber, welches angekeimt ist, kann den Nahrungswert nicht mehr haben, als wenn es noch nicht gekeimt hätte und der Keim noch nicht abgestoßen wäre; nachher wird dem russischen Getreide ein höherer Wert wieder dadurch verliehen, daß es mit deutschem

vermischt wird, und dieses vermischte Produkt wird dann fälschlich als deutsches Korn mit Lokalnamen, „Stettiner Mischung“, „Danziger Mischung“ im Auslande verkauft und drückt den Standardwert unfres deutschen Getreides, die Reputation desselben wesentlich herunter, indem man diese halbe Mischung — ich will nicht sagen Fälschung . . . aber es erinnert dies doch an die üblen deutschen Lieferungen, über die in Ostasien geklagt wurde, daß die Waren nicht von durchgängig gleicher Qualität wären. Ist das ein nationaler Vorteil für uns? Ich will es unentschieden lassen, ich glaube, es wird den Herren in den Seestädten nicht benommen werden, denn die Russen können ihr Getreide in Libau nicht mischen und dazu nicht deutsches Getreide dorthin fahren, welches scheunentrocken ist, um es mit dem russischen zu mischen. Ich glaube also, das russische Getreide, wenn es überhaupt wächst, hat einen Zwangskurs, eine gebundene Marschroute, die es notwendig auf die Wege der deutschen baltischen Häfen weist. Es ist deshalb hier das Mittel gegeben, wo die Kampfzölle zur Eröffnung der russischen Grenze unter Umständen führen könnten. Der Herr Abgeordnete von Treitschke hat gestern angeführt, daß dieses System versucht wurde und nicht zum Ziele geführt hat. Ich vermute, er hat auf eine Episode angespielt, die in den Jahren 1823 und 1825 spielte, wo Preußen von Rußland auf Grund der polnischen Teilungsverträge verlangt hatte, daß vollkommen freier Verkehr in den ehemals polnischen Ländern stattfinden solle, also daß eine russische Grenzsperrre innerhalb des alten polnischen Reiches nicht zulässig wäre, und wo Rußland die Verpflichtung hierzu ablehnte, worüber man in Preußen empfindlich wurde und einen Zoll von 5 Silbergroschen

— nicht auf den Centner, sondern auf den Scheffel, der $\frac{4}{5}$ bei Roggen und $\frac{9}{10}$ bei Weizen ist, legte. Nicht etwa, weil der Danziger Handel darunter gelitten hätte, und weil die Russen nun ihr Getreide anderswo exportiert hätten, hat dieses Verhältnis aufgehört; wohin sollten sie es denn bringen? Es gab keine Eisenbahnen, es gab keine Chaussees. Der einzige Weg, auf dem das russische Getreide aus dem dortigen Gebiet des Niemen, der Weichsel und des oberen Dnieper durch die Kanäle herauskam, war allein der Niemen, die Weichsel und die Warthe, der Wasserweg, und zwar nicht etwa, weil man in Preußen den Handel leidend fand, sondern weil Kaiser Alexander sich persönlich an König Friedrich Wilhelm III. wandte und hierin eine Abweichung von der Tradition, in der politischen Tradition zwischen Preußen und Rußland fand; auf diesem Wege wurde es durchgesetzt, mit einer leisen, fast unmerklichen Wendung, daß beim Transport „zu Wasser“ diese Bölle nicht Anwendung finden sollten, und so wurde die ganze Sache totgemacht; denn anders als zu Wasser, auf dem Niemen, der Weichsel und der Warthe, war kein Transit möglich. Denken Sie sich das ganze Land mit seinen sandigen bergigen Wegen ohne Chaussees; es war kein Handel als auf dem Wasserwege möglich, und er wurde wieder gestattet, nicht aber, weil wir es wirtschaftlich nicht hätten durchführen können, sondern weil wir es unsrer Politik nicht entsprechend fanden, den Kaiser Alexander I. zu verstimmen.

Diese Transitsahrt in Westpreußen berührt die deutsche Landwirtschaft nicht in dem Maße, wie der Transit, der sich in der Richtung auf die Nordsee und die französische Grenze und namentlich durch Bayern

bewegt. Aber die Amendements, die darauf gestellt sind, im Interesse dieses baltischen Transits und dieser Mischungen gesetzliche Bestimmungen in den Tarif zu bringen, halte ich doch nicht für angebracht. Sie bezwecken nicht eine Tarifposition, sondern eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869. Nach dem Zollgesetz von 1869 ist, wenn ich nicht irre, im Artikel 6 bestimmt, daß der Transit frei sein soll, und dann ist gesetzlich bestimmt, in welcher Art der Transit ausgeführt werden kann, mit andern Worten, was Transit sei und wie es zu verstehen sei. Wenn Sie darin etwas ändern wollen, so müssen Sie einen Antrag auf Aenderung des Zollgesetzes von 1869 einbringen. Hier im Tarif hat eine solche gesetzliche beiläufige Bestimmung oder Resolution oder Empfehlung an den Bundesrat meines Erachtens keinen Platz; denn das Zollgesetz von 1869 gibt dem Bundesrat schon die nötigen Machtvollkommenheiten, um den Handel zu erleichtern, seine gesetzlichen Bestimmungen können auf dem beiläufigen Wege nicht geändert werden.

Sollen sie geändert werden, so ist die Frage, soll der Transit überhaupt frei bleiben, soll die Freiheit nicht lokalisiert werden, denn der Transit in ostwestlicher Richtung schädigt die Deutschen und namentlich die süddeutschen Interessen in großer Erheblichkeit. Wir liegen in Deutschland inmitten zwischen dem Korn und Holz produzierenden Osten Europas und dem Korn und Holz produzierenden Westen Europas. Wir sind dabei leistungsfähig nach beiden Richtungen; wir könnten dem Osten Industriewaren liefern, wenn er sich nicht gegen uns verschlöße, und wir haben früher dem Westen landwirtschaftliche Produkte geliefert, haben uns aber selbst

diesen Handel tot gemacht, indem wir den Konkurrenten durch Abschaffung des Transit handels, also durch Gewährung der Transitfreiheit die Konkurrenz erleichterten und ihm außerdem schnell und wohlfeil bis an die Grenze des kaufenden Staates hinführen, (hört! hört! sehr richtig! rechts) damit er dort durch wohlfeile Produktion konkurreiere und dem deutschen Verkäufer in Mannheim u. s. w. den Absatz ruinierte. Ich appelliere an die Herren, die aus Bayern hier sind, welchen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten Süddeutschland in früherer Zeit mit Vieh sowohl wie mit Korn nach Frankreich hatte — vom Holzabsatz kann ich heute nicht sprechen, aber da werden namentlich die bayerischen Herren noch mehr davon zu sagen wissen als die norddeutschen. — Dieser ganze Absatz ist uns durch das, meines Erachtens in dieser abstrakten Allgemeinheit nicht richtige Prinzip der Transitfreiheit verdorben. Wir haben dem Konkurrenten mit der dem deutschen Charakter eignen wissenschaftlichen Großmut die Konkurrenz erleichtert. (Bewegung.) Das ist mehr kosmopolitisch als national. Ich will über die Transitfrage noch nicht entscheiden, nur würde ich dringend bitten, alle Amendements, die dahin gerichtet sind, gesetzliche Aenderungen des bestehenden Zolls von 1869 bei dieser Gelegenheit durchzubringen, abzulehnen, und ich möchte empfehlen, daß, um diese beiden Verhältnisse, Zollausführungsgesetz und Tarif, nicht in große Verwirrung zu bringen, wir uns der Aenderung des Gesetzes durch Tarif enthalten; die verbündeten Regierungen müssen den höchsten Wert darauf legen, daß diese Amendements, die irgend eine Aenderung des Zollgesetzes bezwecken, abgelehnt werden.

Ich hatte mir noch einige Notizen über die Rede des Herrn Vorredners gemacht, aber ich glaube, ich kann über sie hinweggehen, bis auf das eine, das eine Entkräftigung des Beispiels mit der Maut von zehn verschiedenen Rittergütern betrifft*). Es ist nicht mein Beispiel, und ich kann es in allen seinen Konsequenzen nicht durchführen, aber die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß das Gut, welches sich durch einen Chauffeezoll belastet findet, eben auch einen anderweiten Verkauf wählen könnte, trifft hier nicht ganz zu. Ich würde lieber gegen das Beispiel anführen, daß derjenige, der den Chauffeezoll zahlt, zwei- bis dreimal mehr aufladen

*) Die betreffende Stelle in der Rede des Abgeordneten Deibrück lautet: „Der Herr Bundeskommissar (Geheimrat Tiedemann) hat ein Beispiel gegeben, nämlich: man stelle sich eine Stadt vor, die von zehn umliegenden Rittergütern mit Getreide versorgt wird, neun von ihnen können die Straße passieren ohne Mauterhebung, der zehnte muß eine Maut bezahlen. Nun ist doch nicht zu denken,“ — fährt er fort, — „weil der zehnte für sein Getreide Maut bezahlt, daß der Preis des Getreides der übrigen neun um den Betrag der Maut steigt. Ich bin dem Herrn Kommissar für dieses Beispiel sehr dankbar, denn es ist sehr geeignet, die Frage klar zu machen. Das Beispiel würde ganz schlagend sein, und man könnte nichts dagegen einwenden, wenn die Sache so läge, daß der unglückselige zehnte Gutsbesitzer überhaupt nirgend anderswohin verkaufen kann als nach der Stadt; dann allerdings bleibt ihm nichts andres übrig, als die Maut aus seiner Tasche zu bezahlen, und er verkauft natürlich nicht so vorteilhaft, wie seine glücklichen neun Kollegen. Wenn aber dieser zehnte Gutsbesitzer in der Nähe einer andern Stadt wohnt, wo er keine Maut bezahlt, so führt er natürlich sein Getreide dorthin. So stehen wir Deutsche zu den Russen, den Oesterreichern und Amerikanern. Wären wir die einzigen, die diesen ihren Roggen und Weizen abnehmen, so erkenne ich vollständig an, daß wir den Zoll bezahlen, den wir aufliegen, — das ist aber nicht der Fall!“

kann als derjenige, der ohne Chaussee fährt, und daß die Rechnung sich dadurch ausgleicht. Aber die Möglichkeit, sich einen andern Abnehmer zu wählen, findet bei Rußland, Galizien, Ungarn in dem Maße gar nicht statt. Wenn die 42 Millionen Deutschen nicht mit unter den Abnehmern sind, dann setzen jene nicht so viel ab, wie sie bauen können und wollen. Wir thun also wenigstens gut, unsre Grenzen gegen Ueberfüllung zu verschließen.

Ich komme nun zu einer andern Frage, mich den landwirtschaftlichen Interessenten gegenüber darüber zu rechtfertigen, warum wir denn eine solche Vorlage gemacht haben; wenn sie die Preise nicht steigert, nützt sie dann dem Landwirt überhaupt etwas? Ich habe schon erwähnt, daß sie ihm insofern nützen kann, auch ohne die Preise zu steigern, wenn sie ihm den deutschen Markt in ausgedehnterem Maße als bisher sichert, daß nicht, wie wir das jetzt erlebt haben, die Kornverkäufer in den verschiedenen Marktstädten herumfahren müssen, um ihren Roggen abzusetzen, und daß sie ihn vom Markt wieder nach Hause nehmen müssen, oder, wenn sie ihn einem Kaufmann anbieten, mit freundlichem Hohlälcheln ein Gegenangebot zu einem geringeren Preise bekommen. Das wäre schon ein sehr erheblicher Gewinn. Aber, wie schon anfangs gesagt, haben die verbündeten Regierungen bei dieser Vorlage einen eigentlichen Schutzzoll nicht erstrebt. Ich wenigstens bin von Hause aus davon ausgegangen, daß die Vorurteile zu ungeklärt und die öffentliche Meinung und die alles übertönende Stimme der großstädtischen Presse zu laut (Sehr richtig!) gegen diese Zölle sein würde, als daß sie verstanden und überlegt werden würden, auch ich habe mir gedacht, man

muß durch die That überzeugen, daß ſie dieſen Einfluß nicht haben können. Ich habe deſhalb der Kommiſſion von Hauſe aus empfohlen, man möchte für Getreide nur den Finanzzoll, d. h. die diſtributive Gerechtigkeit, die Verteilung eines Teiles der Laſten der inländiſchen Landwirtſchaft nach Maßgabe des geſamten Steuerreformplans auf das Ausland erſtreben, einen eigentlichen Schutz aber nur für die Viehprodukte anſtreben. Auch das iſt mir in vollkommenem Maße nicht gelungen. Ich halte die Viehzölle, und namentlich bei den beſſeren Rindviehſorten und beim Fettvieh, für die doch die Notlage, der Noſtand und der arme Mann nicht ſo geläufig ins Feld geführt werden können, für weſentlich zu niedrig. (Rufe links: Schmalz!) Wie befehlen die Herren? Rinderschmalz? Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgeſprächen zu beläſtigen, Sie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten.

Die Viehzölle halte ich nicht für völlig ausreichend, aber da geſtehe ich zu, ſie ſollen einen Schutz gewähren, und ſie ſind höher als die Kornzölle. Von den Kornzöllen aber erwarte ich doch eins: einmal, daß das Gefühl der Ungerechtigkeit über die ungleiche Beſtattung in der Beſteuerung ſich mildert, wenn die Geſamtreform der Finanzen zur Durchführung kommt, und daß die Landwirtſchaft um ſo viel, wie die Kornzölle einbringen, mindedeſtens ſpäter, wenn andre Finanzzölle durchgehen, und ſie dadurch mehr in der Grundsteuer entlaſtet werden, daß die Gemeindegulage nicht mehr zur Staatsgrundsteuer geſchlagen wird, ſondern direkt aus der Staatsgrundsteuer genommen werde. Das würde für die Land-

wirtschaft, wenn sich das durchführen läßt, eine Entlastung ihres Betriebes von durchschnittlich der einen Hälfte der 20 Prozent sein, mit denen sie bisher belastet ist. So viel wird dieser Kornzoll, wenn es auch bei seinem Ertrage wesentlich auf die Frage ankommt, wie man den Transit behandelt, doch nicht bringen können, sondern es werden da andre Steuerreformen mit hinzutreten müssen. Aber es ist doch immer der gute Wille der Gesetzgebung sichtbar, daß das landwirtschaftliche Gewerbe mit der gleichen Gerechtigkeit wie die übrigen behandelt werden soll. Dann aber sehe ich in diesen Kornzöllen, wenn ich so sagen darf, einen Ordnungszoll, der etwas Ordnung in die Einfuhr bringt. Bisher, wo die Einfuhr ganz absolut frei ist, da werden beliebige Massen fremden Kornes zu uns hereingefahren, weil jeder Centner Korn, der in Deutschland liegt, schon einen höheren Wert hat, als wenn er in Ungarn, Rußland Galizien liegt, und die Aussicht, ihn vielleicht verkaufen zu können, ist hier größer. Ich muß dem Herrn Vorredner auch darin widersprechen, daß er sagte, es wären nicht Konsignationsgeschäfte; ich gebe es nach dem Wortlaut zu, aber wir wollen über den kaufmännischen Ausdruck nicht rechten, ich will mich lieber so ausdrücken: es sind zum großen Teil Hoffnungsgeschäfte, d. h. Einfuhr des Roggens auf Anlaß und Bestellung der deutschen Kornhändler, resp. der Großmüller. Sie werden zu dieser Masseneinfuhr, zu dieser Uebereinfuhr durch die Beschaffenheit der Eisenbahntarife angelockt. Wer 100,000 Centner gleichzeitig anmeldet, erhält den wohlfeilsten Tarif, d. h. in Massen wird die Fracht von den Eisenbahnen billiger gelassen, um möglichst viele Massen in den Eisenbahnverkehr hineinzuziehen. Die Versuchung

ist außerordentlich groß, daß einer, der vielleicht nur 3000 Wispel unterbringen kann, sich 5000 bestellt, um den erheblich niedrigeren Tarif, den die sogenannten Fünftausendwispelmänner für ihre Mühlen und Kornhandlungen haben, zu gewinnen, ja bei der waghalsigen Spekulation, mit welcher der Berliner Kornmarkt vertraut ist, ist es möglich, daß, wer nur 1000 Wispel oder gar nichts unterbringen kann, 5000 bestellt, in dem Glauben, wenn es einmal im Lande ist, wird er es schon los werden. Ich glaube, daß wir auf diese Weise unter einer Ueberführung mit Getreide leiden, die notwendig etwas sich mildern, sich einschränken muß, wenn diese Herren, welche diese 5000 Wispel kontrahieren, dafür einen Zoll von 25 000 Mark erlegen müssen und erst dann Chance abwarten können. Ich glaube, daß das, was ich, ohne die Herren, die ihren Gewinn dabei suchen, zu beleidigen, eine leichtsinnige Einfuhr von Getreide nennen möchte, erheblich durch den Zoll vermindert wird. Ob das auf die Erhöhung der Preise wirken wird, ist mir sehr zweifelhaft, aber es wird vielleicht einem weiteren Herunterdrücken vorbeugen, denn durch die fortgesetzte Mehreinfuhr von mehr, als wir überhaupt konsumieren und brauchen, müssen die Preise viel mehr gedrückt werden, als durch irgend welche andre Umstände. Es ist ein bekannter Grundsatz, daß 1 Prozent Ware über den Bedarf am Markte um 2 Prozent drückt, und ein fehlendes Prozent wieder 5 bis 10 Prozent steigert. Aber dieser Druck von den überschießenden Prozenten findet bei uns meiner Ueberzeugung nach ganz zweifellos statt, und die jährliche Einfuhr übersteigt unsern Bedarf, ich will nicht behaupten um das ganze Quantum der Einfuhr in jedem Jahr, aber sie übersteigt ihn. Ich

habe hier in einer Schrift, die mir von freihändlerischer Seite zugeschickt worden ist, eine Darstellung dieser Verhältnisse, die sie zu erklären und zu entschuldigen sucht, aus der ich entnehme, daß beispielsweise die Einfuhr von Getreide, oder ich will sagen der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr vom Jahre 1872 sich bloß bei Weizen und Roggen, von allen andern Getreidesorten sehe ich vollständig ab, um 17 Millionen Centner gesteigert hat. In dem ersten Jahre, 1872, wie ich mich noch erinnere, war ein Ueberschuß der Ausfuhr in Weizen von 200 000 vorhanden, nachher im letzten Jahre ein Ueberschuß der Einfuhr auch in Weizen von einem sehr viel größeren Quantum. Im ganzen beträgt die Zunahme des Ueberschusses der Einfuhr von Weizen und Roggen über die Ausfuhr 17 Millionen Centner. Dabei ist nur gesagt, dies erkläre sich aus der großen Zunahme der Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung in der Zeit ist auf 1 660 000 Köpfe, wir wollen in runder Summe sagen 1 700 000 angegeben. Diese Bevölkerung von 1,7 Millionen ist meiner Ueberzeugung nach mit 6 Millionen Centnern Roggen und Weizen vollständig gesättigt. Die Ansätze, welche heutzutage in der politisch sehr tendenziösen Statistik, wie sie in Preußen gemacht wird, (hört!) von 9 Centnern pro Kopf angenommen werden, sind geradezu unsinnig, die von 5 Centnern, welche der Herr Vorredner angab, halte ich für zu hoch gegriffen. Die Konsumtion der Städte, die immerhin etwas weniger Brot essen mögen, weil sie mehr Fleisch essen, hat nach den Untersuchungen der Mahl- und Schlachtsteuer nur 125 Kilogramm = 250 Pfund, also gerade die Hälfte von dem, was der Herr Vorredner sagte, pro Kopf ergeben. Ich richte mich da auch nach meinen eigenen ländlichen

Erfahrungen, und da weiß ich ganz genau, daß in den Deputaten, die ich zu geben habe, und bei den guten und kräftigen Eſſern, wie die pommerſchen Arbeiter, der Kopf, Mann, Frau, Kind, mit 4 Scheffeln Roggen, berechnet wird, und daß das reichlich iſt, wird mir jeder zugeben, der auf dem Lande wirtſchaftet, und auf dem Lande wird mehr Brot geſſen als in den Städten.

Indeſſen, ich will auch noch höher gehen, ſelbſt über den Satz, den dieſer freihändleriſche Herr hier anführt, mit 345 Pfund Getreide pro Kopf. Ich will alſo bloß für Weizen und Roggen 345 annehmen und dies auch noch nach oben auf 350 Pfund abrunden. 4 Scheffel ſind, wie bekannt, 320 Pfund Roggen. Ich gehe alſo 30 Pfund höher, auf $3\frac{1}{2}$ Centner, dann habe ich die Konſumtion der Mehrgeborenen, der Vermehrung der Bevölkerung auf 5 bis 6 Millionen Centner, und es bleibt mir eine weitere Mehreinſuhr von 11 Millionen Centnern übrig, für die der Konſument wenigſtens ſich nicht in dem Zuwachs der Bevölkerung findet, wenn man nicht allen neugeborenen Kindern den Magen mit Brot überfüllt. (Heiterkeit.) 11 Millionen Centner ſind es, wenn man die Konſumtion von $3\frac{1}{2}$ zwischen 3 und 4 Millionen Jahresportionen eines Kopfes der Bevölkerung rechnet. Wenn alſo in jedem Jahre auch nur dieſe 3 bis 4 Millionen Jahresportionen zu viel zugeführt werden, ſich ein bis drei Jahre bei uns im Lande herumtreiben und auch zu Schleuderpreiſen ganz unabſetzbar ſind, dann wieder in der Mehrausfuhr nach andern Gegenden bei uns figurieren, ſo muß das eine Ueberfüllung von Getreide bei uns veranlaſſen.

Ich will noch eine andre Rechnung anſtellen, mit der ich auf daſſelbe Reſultat komme. Ich fordere jeden

auf, mir aus der Erfahrung, namentlich aus derjenigen der Landwirte oder aus der Statistik der mahlsteuerpflichtigen Städte zu widerlegen, daß die Konsumtion von Weizen und Roggen — wohlverstanden, ich spreche von keinen andern Gattungen als von denen, die hauptsächlich zur menschlichen Nahrung dienen — $3\frac{1}{2}$ Centner pro Kopf übersteigt. Bis zum Gegenbeweis bleibe ich bei meiner Behauptung. Da finde ich, daß die 40 Millionen Deutsche, wenn sie recht hungrig sind, 140 Millionen Centner Roggen und Weizen im Jahre essen können; oder, rechnen wir die Neugeborenen noch hinzu, so kommen wir auf einen Verbrauch von 146 bis 150 Millionen Centnern Roggen und Weizen.

Nun, wieviel bauen wir von diesen beiden Brotrüchten? — Daß das, was wir bauen, vollständig im Lande bleibt, geht daraus hervor, daß in beiden Fruchtgattungen die Ausfuhr von der Einfuhr erheblich überstiegen wird.

Also wir bebauen, auf einer verhältnißmäßig geringen Ackerfläche für die 54 Millionen Hektar, die das Deutsche Reich enthält, mit Winterkorn, Weizen und Roggen, nur etwa 8 200 000 Hektar. Davon befinden sich in Preußen, — und ich muß das sondieren, weil mir nur über Preußen die weiteren statistischen Daten genau zugänglich geworden sind — 1 Million Hektar Weizen und $4\frac{1}{2}$ Millionen Hektar Roggen; also im ganzen $\frac{9}{11}$ Roggenbau und $\frac{2}{11}$ Weizenbau in Preußen. In Süddeutschland ist das Verhältnis anders. Die Fläche, die mit Roggen und Weizen bebaut wird, ist mir bekannt: es sind 1 200 000 Hektar, die mit Weizen bestellt werden, und 1 500 000, die mit Roggen bestellt werden, zusammen etwa 2 700 000 Hektar, also

ziemlich genau die Hälfte von den $5\frac{1}{2}$ Millionen, die in Preußen damit bestellt werden. Diese Weizen- und Roggenbestellung in Preußen liefert nun nach den Tabellen des Statistischen Bureaus einen jährlichen Erntertrag im Durchschnitt des ganzen Staates in Roggen und Weizen ziemlich genau von derselben Millionenzahl, wie das deutsche Volk bei $3\frac{1}{2}$ Centner Konsum pro Kopf verzehren kann, d. h. von 146 Millionen, worunter 34 und einige Millionen Weizen und etwas über 100 Millionen an Roggen. Wenn ich nun, da ich vorhin fand, daß das, was in Süddeutschland an Roggen und Weizen bestellt wird, ungefähr die Hälfte von dem preußischen oder das außerpreußische reichlich die Hälfte von dem preußischen betrug, so kann ich bei den besseren Bodensorten, den besseren Ernten und zum Teil der besseren Wirtschaft doch annehmen, daß sie verhältnismäßig mindestens ebensoviel bringen, daß sie also die Hälfte von den 146, sagen wir der Rundung wegen — es kommt auf eine Handvoll Noten nicht an — 150 Millionen, ich will es bei der Halbierung abrechnen, daß sie 70 Millionen Centner Roggen und Weizen aufbringen. So haben wir also das Gesamtprodukt der eigenen Ernte mit 220 Millionen Scheffeln derjenigen Korngattungen, welche zur menschlichen Nahrung verwendet werden. Wir müssen dem die Uebereinfuhr zurechnen, die sie in diesen beiden Getreidegattungen ganz allein ohne die andern auf 30 Millionen angegeben haben, das macht 250 Millionen. Es ist noch ein kleines Item von zwei Früchten, die vorzugsweise zur menschlichen Nahrung dienen, das ist Buchweizen und Hülsenfrüchte, die beide zusammen noch 15 Millionen Centner ergeben. Ich komme dabei also auf 265 Millionen

Centner, die zur menschlichen Nahrung dienen, und die in Deutschland zur Konsumtion gelangen. Nun muß ich die Saat von 8 Millionen Hektar abrechnen, die wahrscheinlich der Statistiker nicht abgerechnet hat. Das wird ungefähr mit 25 Millionen Centner gedeckt sein, und es bleiben mir immer noch 240 Millionen Centner. Dahinter steht eine Produktion von 500 Millionen Centner Kartoffeln, die ja zum großen Teil zur Brennerei, zur Fütterung verwendet werden, aber doch auch einen sehr beträchtlichen Teil menschlicher Nahrung liefern.

Ich will nun zugeben, daß auch von diesem Roggen noch ein Teil zur Brennerei u. dergl. verbraucht wird, aber lange nicht in dem Maße, wie man glaubt. Die Kornbrennerei bei uns ist immer mehr eingeschränkt worden. Ich habe ganz sichere statistische Data darüber nicht finden können. Eins, das mir nicht ganz glaubwürdig war, beschränkte es auf 5 Millionen Centner, ich halte es für etwas zu niedrig, es kommt so sehr viel nicht darauf an. Jedenfalls wird in vielen Gegenden an nicht berechneten Getreidegattungen, Hafer, Gerste, mindestens ebensoviel zur menschlichen Nahrung verwendet, sei es in Brot, sei es auch nur in Gestalt von Grütze und Suppen, die auf dem Lande ja sehr viel genossen werden. Ich behalte aber immer meiner Rechnung nach 240 bis 250 Millionen Centner, welche die deutsche Bevölkerung essen soll, während sie meines Erachtens nicht mehr als 140 Millionen Centner von diesen Getreidegattungen essen kann. Ich überlasse dieses Problem den Statistikern zur Lösung, nur müssen sie es sich nicht so bequem machen, daß sie ganz einfach ihren aus der Luft gegriffenen Konsumtionsfuß von 9 Centner pro Kopf anführen, (Heiterkeit) damit ist man dann leicht

fertig. Es wird bestimmt noch Konsumtionen geben, die ich nicht habe anführen können, und die ich im Augenblick übergehe, auf circa 100 Millionen Centner, deren Verwendung Sie mir nachweisen sollen, ehe Sie behaupten, daß wir Hunger leiden würden, wenn heute die fremde Einfuhr ganz gestrichen würde. Wir würden sie nicht brauchen, wir würden keinen Hunger, keine Not leiden, wenn sie fehlte, aber unser Handel würde einigermaßen Not leiden, und es ist das ja nicht beantragt.

Es ist in dem freihändlerischen Werk, welches mir hier vorliegt, jener außerordentliche Zuwachs der Einfuhr, der zu dem Zuwachs der Bevölkerung in keinem Verhältnis steht, damit erklärt, daß der Verbrauch von Korn für andre Verwendung, also beispielsweise für Bier, Branntwein, zugenommen hätte, daß wegen des Rüben- und Kartoffelbaues weniger Getreide im Inlande gebaut sei. Nun, das alles ist so hingeredet, um auf jemand, der das in der Stadt liest, Eindruck zu machen, aber das Bier wird doch überwiegend und fast ausschließlich von der Gerste gebraut, und die Gerste ist in dieser Rechnung von Weizen und Roggen nicht mit einbegriffen und der Branntwein wird wesentlich von Kartoffeln gebrannt, und von den Kartoffeln, mit dem gewaltigen Zuschuß von 500 Millionen Centner, habe ich gar nicht gesprochen. Was aber die Bezugnahme auf die Abnahme des Körnerbaues wegen des Rüben- und Kartoffelbaues betrifft, so zeigt das wieder die Unbekanntschaft mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen. Jeder, der Rüben- gütter kennt, weiß, daß von dem Augenblick an, wo volle Rübenkultur eingeführt wird, auf demselben Gut mehr Getreide wächst als vorher, viel stärkere Kornernten gemacht werden, Ernten, wie man sie vorher sich nicht hat

träumen lassen, — wegen der tieferen Kultur. Ebenso ist bekannt, daß Leute, die von der Brennerei keinen Gewinn haben und suchen, lediglich zur Kultivierung ihres Gutes, also um mehr Körner darauf zu bauen, eine Brennerei anlegen. Der Rüben- und Kartoffelbau verhindert den Getreidebau nicht, und ich bleibe bei der Behauptung, daß wir unter einer Ueberführung mit Korn, vielleicht schon durch unsre eigene Kornproduktion, aber nur deshalb leiden, weil der deutsche Markt zum großen Teil von dem ausländischen Markt absorbiert wird.

Ich kann bei der Erwägung dieser Frage die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesamten Gesetzgebung der letzten 20 Jahre und aus andern Gründen, auch in der weiter zurückliegenden Zeit die landwirtschaftliche Produktion, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen und stiefmütterlich behandelt worden ist. (Sehr wahr!)

Daß das in den alten Zeiten der Fall war, aus denen unsre ersten Steuergesetzgebungen im Jahre 1824 und vorher stammen, das war ja erklärlich, weil damals die Landwirtschaft fast vorwiegend das exportierende Gewerbe war. Es war das etwas, was wir aus den Zuständen des landwirtschaftlichen Staates sozusagen mit herübergenommen hatten, und ich bin dabei durch die Rede des Herrn Abgeordneten von Treitschke von gestern genötigt, nochmals dem Irrtum zu widersprechen, als hätten wir im Jahre 1818 eine ganz besonders freigebige und freihändlerische Gesetzgebung gehabt. Ich will Ihnen nicht nochmals den Tarif vorlesen, er ist in vielen Positionen noch einmal so hoch wie der, welcher noch bis 1864 galt, und dieser ist wieder noch höher als der, den wir Ihnen jetzt vorschlagen.

Das Getreide war an der Grenze mit Ausnahme der kurzen Zeit, die aber doch auch in der Zeit von 1818 — diese Anspannung gegen Rußland von 1823 war ja sehr verwandt mit den Traditionen von 1818 — aber das Getreide — vor einer Verteuerung fürchtete man sich nicht, denn bekanntlich zahlte der Roggen bei der Einfuhr in die hauptsächlich konsumierenden Städte 50 Pfennige, ich weiß nicht pro Centner oder gar pro Scheffel, und der Weizen zahlte 20 Silber Groschen, also das Vierfache von dem, was wir Ihnen vorschlagen; also auch bei dem Getreide war die damalige Gesetzgebung, um wohlfeilere Preise herzustellen, nicht so sehr besorgt, aber die Art, wie die Landwirtschaft in unsre neue Steuergesetzgebung eingeführt ist, rührt schon aus den Zeitverhältnissen her, die jetzt nicht mehr stattfinden, und von deren Konsequenz man sich losmachen sollte, wenn man wirklich die Produktion des Getreides im Inlande billiger machen will. Es ist die Grundsteuer aber nicht das einzige Gravamen, es ist die Doppelbesteuerung, daß das Einkommen aus dem Grundbesitz einmal mit 3 Prozent besteuert wird und vorher schon mit der Grundsteuer mit durchschnittlich dem Doppelten von der Einkommensteuer von 6 bis 7 Prozent ohne Rücksicht auf die Schuld. Es liegt aber die Ungunst der Verhältnisse für die Landwirtschaft auch auf einem andern Gebiet, in der Stempel- und Sporelgesetzgebung. Nehmen Sie an, wenn Sie ein Gut verkaufen, wie hoch der Stempel im Vergleich zu andern Geschäften ist. Wenn Sie ein Gut verpachten — so ist es wenigstens in Preußen, und das ist die größte fiskalische Ungerechtigkeit, von der ich je gehört habe, wenn Sie ein Gut auf 30 Jahre verpachten, so müssen Sie die ganze Pachtsumme, die

bis zum dreißigsten Jahre fällig ist, an dem Tage, wo Sie die Pacht abschließen, verstempeln ohne jede Diskontierung, ob die ganze Summe Ihnen heute schon zugeinge — unter vielen andern Sporteln und unter dem ganzen Hypothekenwesen, aber auch unter der ganzen Ungunst der sonstigen Gesetzgebung. Ich will nun von den Eisenbahntarifen sprechen, die uns die Einfuhr der landwirtschaftlichen Produktion wohlfeiler besorgen als die Ausfuhr, aber auf der andern Seite die Armensorge, in Verbindung mit den jetzigen Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes — das hat zur Folge, daß die schweren Teile der Armenpflege wesentlich auf die landwirtschaftlichen Gemeinden abgelastet werden. Auf dem Lande wachsen die Arbeiter auf, werden in ihrer Kindheit erzogen, mit erheblichen Kosten in der Schule unterrichtet — ihre Mütter, wenn sie Witwen sind, unterhalten — und von dem Augenblick an, wo sie zum Militärdienst ausgehoben werden, gehen sie in die großen Städte, da gefällt es ihnen besser, und die Landgemeinde hört meist erst dann wieder von ihnen, wenn bei irgend einem Unglücksfall oder bei einer bösen Krankheit eine Charité-rechnung von 100 oder 200 Thalern mit dem Manne wieder ankommt (sehr richtig!), dann kommt er wieder, er muß auf dem Lande nach Maßgabe des Unterstützungswohnsitzes verpflegt werden, und sobald er gesund ist, geht er und sucht in derselben Stadt sein Brot, immer mit derselben Affekuranz, daß die Angehörigkeitsgemeinde ihn im Alter pflegen muß. Nun haben die Landwirte im ganzen den Vorzug, eine geduldige und staatlich treue, konservativ-erhaltend gesinnte Bevölkerung zu sein — ich will nicht sagen, daß sie nicht auch wesentlich liberal sein könnten, ich mache in dieser Beziehung zwischen den

Liberalen und Konservativen nicht den Unterschied, daß die Liberalen notwendig zerstörend wirken müßten, sondern ich will den Ausdruck „konservativ“, weil er eine Fraktionsbezeichnung ist, zurücknehmen und sagen, sie haben eine erhaltende Tendenz und geben dem Staate Sicherheit; sie geben dem Staate Sicherheit der Steuerkraft, sie sind in Gefahren, welche eintreten, die zuverlässige Quelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß, mag es in Kriegslieferungen, mag es in Pferdeställen sein. Der Grundbesitz liegt immer offen vor Gottes Sonne da, und die Hand des Fiskus greift in Gefahren zu, wo sie findet, was sie braucht; da sind auch sie die Exponierten. Sie trägt das alles geduldig, die landwirtschaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und der Uebel, unter denen sie leidet, nicht vollständig zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu thun kann, sie zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen. (Bravo! rechts. Zwischen links.)

Wir wollen alle mit gleichen Schultern tragen, und die Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten soll für alle sein, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirtschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben. (Bravo! rechts. Zwischen links.)

Die Getreidezölle wurden bewilligt.

12. Ueber den Durchgangs- und Veredelungsverkehr.

24. Mai 1879.

Zu den in der vorigen Rede behandelten Zollsätzen für Getreide waren verschiedene Anträge gestellt worden, darunter derjenige der konservativen Abgeordneten Graf Stolberg und v. Flottwell: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in seiner nächsten Session ein Gesetz über die Revision des Zollgesetzes von 1869 im Sinn der gesetzlichen Sicherung des Transit- und Veredelungsverkehrs vorzulegen.“ Nach einer Rede des Abgeordneten Rickert äußerte sich der Reichskanzler in der 52. Sitzung am 24. Mai folgendermaßen dazu:

Ich bin weit entfernt, in die geschäftsleitenden Beschlüsse des Hauses mich einzumischen, aber ich besorge doch, daß, wenn eine Frage wie diese, an welche viele andre sich anhängen, in die Kommission verwiesen wird, dann die definitive Entscheidung über diejenigen Fragen, die wir, um schneller zu ihrer Erledigung zu gelangen, im Plenum verhandelt haben, sehr in die Länge gezogen wird. Ich sehe von meinem Standpunkte nicht ein, warum die Prinzipienfrage, die uns hier beschäftigt, nicht ebensogut im Plenum wie in der Kommission weiter beraten und bis zur dritten Lesung entschieden werden könne.

Es handelt sich nicht um eine Störung des Transit-handels, so lange das Gesetz von 1869 wirksam ist und dem Transit die Freiheit sichert. Der Bundesrat hat die Berechtigung, diejenigen Erleichterungen zu gewähren, welche die Herren Antragsteller, in deren Namen der Herr Vorredner sprach*), durch das Gesetz zu einer ganz

*) Die Abgeordneten Delbrück, Rickert, v. Schalscha, Ruppert.

allgemeinen Verpflchtung ausgebildet zu ſehen wünſchen. Haben Sie nun zu dem Bundesrat, zu den Vertretern der Bundesregierungen, die ihrerſeits biſher, ich glaube, keinen einzigen Beweis von beſonders unbilliger Behandlung der materiellen Interellen nach irgend einer Richtung hin gegeben haben, haben Sie zu dieſen nicht das Vertrauen, daß ſie nicht auch in dieſer Frage Gerechtigkeit und Vernunft werden walten laſſen? (Zuruf links: Nein!) — — Ich bitte von dem „Nein“, das dort geſprochen worden iſt, Akt zu nehmen. Sie haben alſo nicht das Vertrauen, daß die Regierungen ſich gerecht und vernünftig verhalten werden? Der Herr, welcher der Regierung dieſes Dementi ins Geſicht wirft, verſchweigt ſeinen Namen? . . . Es wäre mir lieber, ihn genannt zu ſehen — (Pauſe) er ſcheint es vorzuziehen, ihn zu verſchweigen. — Alſo ich glaube, die Mehrheit dieſer Verſammlung wird zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen haben, daß ſie nach Gerechtigkeit und Vernunft von den Befugniffen, die ihnen zuſtehen, Gebrauch machen werden, ich glaube aber nicht, daß die verbündeten Regierungen in der Lage ſind, einen geſetzlichen Zwang acceptieren zu können, der ſie unter allen Umſtänden nötigt, auch da, wo die Vermutung der Zollhinterziehung vorliegt, auch da, wo es ſich um ſolche Geſchäftstreibende handelt, welche ſich nicht mehr im Beſitz der Ehrenrechte befinden, welche wegen Schmuggel, wegen Mißbrauchs dieſer Berechtigung mehrfach verurteilt ſind, doch überall zwangsweiſe dasjenige bewilligen zu müſſen, was biſher ex bono et aequo bewilligt worden iſt. Wenn Sie das wollen, meine Herren, dann ſchreiten Sie zu einer Aenderung der Zollgeſetzgebung von 1869. Ob eine Reviſion dieſes Zollgeſetzes erwünſcht iſt, laſſe

ich dahingestellt; wenn sie aber eintritt, dann würde ich in erster Linie den Antrag stellen, daß nicht ganz allgemein die Zusage der Tariffreiheit aufgenommen wird, und daß die Transitfreiheit nicht gesetzlich überall, sondern da, wo sie dem deutschen Verkehr nützlich oder doch nicht schädlich ist, streckenweise gesetzlich oder durch Verordnung bewilligt werden könne. Das würde meine Mitwirkung bei der Revision des Gesetzes sein. Und gelegentlich durch eine Interkalation in dem Tarif diese seit langer Zeit bestehende Gesetzgebung zu ändern, — ich weiß nicht, ob die verbündeten Regierungen die Hand dazu bieten werden; ich würde für meine Person alles aufbieten, zu verhindern, daß sie es thun. Wollen wir diese Zollgesetzgebung von 1869 revidieren, so brauchen Sie nur den Wunsch dahin zu äußern, und die Regierungen werden bereit sein, werden eine Kommission im Bundesrat niedersetzen, oder auch im Plenum in großer Kürze die Frage prüfen, ob sie dazu bereit sind. Wir würden ja dann, wenn es sich um die Revision dieser Gesetzgebung handelte, noch zwei Verträge, einen mit Holland aus dem Jahre 1851 und einen mit England aus dem Jahre 1865, wo über die Transitverhältnisse vertragsmäßige Bestimmungen aufgenommen sind, welche bei Erlaß des Gesetzes von 1869 ihre Berücksichtigung gefunden haben, in Betracht zu ziehen haben. Also ich wehre mich nur dagegen, daß bei dieser Gelegenheit ganz außerhalb der Vorlage der verbündeten Regierungen ein wichtiges und einschneidendes Gesetz einer Revision durch eine Tarifposition unterzogen wird; das ist gegen den Usus der Gesetzgebung. Wollen wir diese Position ändern, so stellen Sie anheim, in Front und offen eine Revision des Gesetzes von 1869 in Angriff zu nehmen. Von

diesen Anträgen, diesen Amendements zwischen zwei Tarifpositionen, dem Bundesrate das Recht zu nehmen, welches er bis jetzt hat, und daraus eben eine gesetzliche Berechtigung ihm gegenüber zu machen, kann ich doch nur dringend abraten. Ich gebe ja zu, daß die Transitverhältnisse in den Teilen des Reiches, wo der Transit einen kurzen Weg zu machen hat, auf dem er nicht in Konkurrenz mit den Produkten der deutschen Landstriche tritt, durch die er zu fahren hat, etwas anderes sind als die, wo er das ganze Deutschland durchfährt und die Bewohner der Landstriche, durch die er fährt, von dem Absatz ihrer Produkte auf demselben Wege an denselben Verkäufer abhält, namentlich im ganzen Süden, auch im Westen Deutschlands, auch schon im Elbgebiet; es kommt fast nur das Land jenseit der Oder, vielleicht nur das Weichselgebiet bei dieser Scheidung in Betracht, und ich bin nicht berechtigt, irgend eine Zusicherung über die Herstellung eines solchen Unterschiedes zu machen, aber ich bin überzeugt, der Bundesrat wird der Billigkeit und der Aufgabe, die ihm das Zollgesetz stellt, indem es die besprochene Befugnis verlieh, auch in dieser Frage mit Sicherheit Gehör geben.

Die Besorgnis, daß wir die Zufuhr von Getreide von unsern Ostseeprovinzen ablenken, ist, wie mir gesagt wird, vom Herrn Vorredner mit Angabe der zunehmenden Schiffszahl in Libau unterstützt worden, die sich seit 1872 von 367 bis auf 1278 im Jahre 1878 gesteigert hat. Ja, meine Herren, das ist ganz natürlich, daß auch der Verkehr von Libau sich gesteigert hat, daß die russische Ausfuhr auch über Libau eine stärkere ist, seit das russische Eisenbahnnetz vollendet worden ist und diese vielen Pferdeweiden, Viehweiden und Steppen, die

sonst unkultiviert lagen, durch die Nähe der Bahn und der Bahnhöfe zu einträglichen Gütern geworden sind, seitdem die russische Getreideproduktion sich in dem Maße gemehrt hat, daß in den westlichen Provinzen Rußlands im Augenblick eine Wohlhabenheit besteht, welche diese Provinzen sonst in Jahrzehnten nicht gekannt haben.

Es ist sehr wunderbar, daß sie sich nicht viel stärker vermehrt hat. Wenn es für die russischen Produzenten gleichgültig wäre, wenn nicht andre Gründe vorlägen, welche sie nach Preußen zögen, so müßte Libau noch viel mehr aufgeblüht sein; denn wenn Sie die Karte ansehen, so werden Sie finden, daß alle diejenigen russischen Getreidehändler, welche östlich von Grodno, oder ich will sagen, von Wilna liegen, näher, zum Teil viel näher nach Libau haben, als nach Preußen herein zu fahren. Von Wilna führt die Eisenbahn direkt nach Libau und von Dünaburg geht sie die Düna entlang nach Riga zu, also die Verbindung mit jenen Häfen fehlt ja nicht und das ganze weite Gebiet, welches vielleicht $\frac{3}{4}$, wenn nicht $\frac{9}{10}$ des russischen Exports liefert, hat schon immer viel näher nach Riga und Libau zu fahren, als nach Preußen.

Es muß also doch noch etwas andres sein, was sie nach Preußen hinzieht, und das ist, wie ich schon neulich bemerkte*), die Existenz großer Handelsplätze mit großem Kapital und Handelsverbindungen, denn große Handelsstädte lassen sich nicht improvisieren und verlegen, und wenn, wie nach dem letzten Beschluß anzunehmen ist, der Zollsatz für Roggen auf dem niedrigen Satz von 25 bestehen bliebe, so hätte der Zoll doch nur dieselbe

*) Vgl. Seite 145.

Wirkung, wie eine Fracht von 1 Pfennig pro Meile der Centner, auf 25 Meilen so niedrig also, wie sie selten existiert; auch bei den großen russischen Bonifikationen ist sie kaum noch etwas über 1 Pfennig pro Centner die Meile. Was will das sagen, wenn es sich um Entfernungen von 200, 250 und 300 Meilen handelt? Da ist ein Unterschied von 25 Pfennig pro Centner auf die ganze Tour noch kein Grund, die bisherigen Beziehungen zu verlegen, und die Herren werden das verzollte Getreide so gut mischen und mahlen können, wie das unverzollte. Ich glaube, auch zu demselben Preise, weil ihre Abgeber es eben nicht anders los werden.

In Bezug auf diese Frage des Transits und des Zollerlasses an der Grenze möchte ich doch auch bitten, die finanzielle Seite der Sache etwas mehr in Betracht zu ziehen. Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Reform, um den verbündeten Regierungen und dem Reich selbst die Mittel zu geben, die ihnen fehlen, um Finanzquellen zu eröffnen, um drückende direkte Steuern durch weniger drückende indirekte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel dazu herkommen, wenn nicht nur die Hauptsteuervorlagen, gerade die, welche das Geld bringen sollen, um die Klassensteuer zu ermäßigen, in meinem Sinn, um sie ganz zu beseitigen, insbesondere um die Grundsteuer und die Grundsteuerbeisräge, wie ich neulich entwickelte, für die Landwirtschaft zu vermindern, um die Landwirtschaft im Innern zu entlasten, wo sollen denn die Beträge dazu herkommen, wenn die wichtigsten Finanzartikel, wie Bier, Tabak, ein so wenig eifriges Entgegenkommen finden wie bisher, so daß wir fürchten

müssen, daß wir mit denjenigen in dieser Session wenigstens den Finanzministern keine weitere Quelle eröffnen können (Zuruf) — — darf ich bitten, fortzufahren? Ich habe Zeit und kann schweigen.

Die Herren Finanzminister, glaube ich, werden mich vielleicht in einer späteren Zeit in meinen Bemühungen erkennbarer unterstützen, als bisher, denn um ihre Sache handelt es sich. Wo sollen sie die Mittel herbekommen, um unsre Steuern zu erleichtern, wenn die ertragreichsten kein Entgegenkommen finden und wenn bei diesen, wo wir bisher noch Hoffnung auf ihr Durchgehen hatten, die finanzielle Wirkung, der finanzielle Ertrag dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Teil der Einfuhr in die Lage gesetzt wird, daß der Zoll, der dafür erhoben wird, wieder vergütet werden muß, und daß Sie dem Finanzminister nur eine geringe Einnahme geben, daß namentlich auf diese Weise die steuerliche Belastung unsres Kornbedarfs nicht gerechter repartiert wird zwischen dem Auslande und Inlande, wie es mein Bestreben ist, sondern daß die Quote, die auf das Ausland gelegt wird, möglichst geschmälert und verkleinert wird, daß wir also um so weniger Mittel haben, um die Landwirtschaft im Innern zu erleichtern? Der ganze Reformplan der verbündeten Regierungen liegt ja offen vor und liegt auch in der ganzen Oeffentlichkeit jedermann zur Prüfung vor, und ich glaube, daß er im ganzen Lande im Durchschnitt eine günstigere Aufnahme gefunden hat als hier in diesem hohen Hause. Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu verwirklichen, so werden die Regierungen sich sagen können, daß sie das Ihrige, um die bestehenden Steuern zu erleichtern, um neue Quellen zu eröffnen, gethan haben. Ohne Ihre Unterstützung aber,

meine Herren, würden wir natürlich nicht zu unserm Ziel gelangen.

Die Mehrheit des Reichstages beschloß die Verweisung der Anträge an eine Kommission.

13. Ueber die Holzzölle.

27. Mai 1879.

In der 54. Sitzung des Reichstages am 27. Mai gelangten die Holzzölle zur zweiten Beratung; die Regierungsvorlage warf dabei für Bau- und Nutzholz 0,10, für gefägtes oder auf andrem Wege vorgearbeitetes Holz, Faßdauben u. s. w. 0,25 Mark für 100 Kilogramm, d. h. 0,60 resp. 1,50 Mark pro Festmeter aus. Holzborke und Gerberlohe sollten mit 5,50 Mark verzollt werden. Eine Reihe von Anträgen aus dem Hause verlangte die Ablehnung dieser Zölle. Nachdem der Abgeordnete Schlutow diese Anträge verteidigt hatte, sprach der Reichskanzler gegen dieselben:

Ich würde in so vorgerückter Stunde nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Redner nicht wiederholt auf meine Person und meine Aeußerungen Bezug genommen hätte, obschon ich in dieser Debatte meinerseits noch gar nicht das Wort und gar nicht gesprochen habe.

Der Herr Redner hat in die Debatte über die Getreidezölle und meine Aeußerungen von damals zurückgegriffen; ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, sondern mich lediglich an das Holz halten, bei dem wir uns augenblicklich befinden und da der Reihe nach, wie ich sie mir notiert habe, einige der Einwendungen und Angaben beantworten, die der Herr Vorredner gegen die Vorlage gemacht hat, und einiges, was ich für unrichtig daran halte, richtig zu stellen suchen.

Was zunächst seine Beschwerde darüber anbelangt, daß die weichen und harten Hölzer gleich hoch verzollt würden, so hatten wir geglaubt, daß die Herren Holzhändler in dem Heruntersetzen des Zolles auf harte Hölzer die Konzession wohl erkennen würden, die wir damit machen wollten. Wir haben den mittleren Durchschnitt zwischen weichen und harten Hölzern von früher gewählt, um gerade die Zählung, die Abfertigung zu erleichtern. Was Sie an den weichen Hölzern mehr zu verzollen haben, haben Sie an den harten weniger und nach den Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners, welcher sachkundig ist, muß man ja annehmen, daß die harten Hölzer beim Fluß- und Seeverkehr und dem Export nach England ihnen die Hauptsache bilden und die weichen Hölzer bloß zur Verkoppelung, um der mangelnden Schwimmkraft der harten aufzuhelfen, benutzt werden. Es ist hiermit eine Konzession beabsichtigt. Sollten die Herren wünschen, daß auf die weichen Hölzer ein niedrigerer Zoll als der vorgeschlagene gesetzt würde, so müßte die Regierung sich vorbehalten, den auf die harten Hölzer ursprünglich bestandenen auch wieder herzustellen. Wir glaubten aber, daß es im Interesse der Abfertigung gerade günstiger ist, daß nicht untersucht wird, was weiches, was hartes Holz ist, wie ja z. B. nach dem alten preussischen Zollgebrauch die Buche zum weichen Holz gerechnet wurde, während sie sonst nach der Forstterminologie gewöhnlich zum harten zählt. Indessen kommt das ja hier nicht in Betracht, weil das Buchenholz ja wenig importiert wird.

Der Herr Vorredner hat dann mit besonderer Emphase die deutsche Nationalität des Holzhandels, die deutsche Nationalität betont, er sprach von dem

deutſchen Holzhandel, von deutſchen Holzhändlern, und ich möchte da den Schläſſen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob dieſe Herren deutſches Holz verführten und verkauften, und als ob das deutſche Holz durch ihre Vermittelung einen Abſatz fände, als ob die 8 Prozent, mit denen ſie am Londoner Markt beteiligt ſind, aus deutſchem Holz beſtänden. Nach dieſer Richtung ſind die Herren eher ruſſiſche Holzhändler als deutſche (Heiterkeit); ſie ſind uns in ihrer Eigenschaft als Landsleute ja immer willkommen und wir freuen uns, wenn ſie am ruſſiſchen Holz etwas verdienen; aber deutſche Holzhändler in dem Sinn, daß ſie deutſche Produkte exportieren, zu ſein, den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugestehen. Dieſe nationale Seite der Sache ſollten ſie lieber nicht berühren, denn ſie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen ſehen, wie unſre einheimiſchen Eiſenbahnen, die zum großen Teil mit dem Gelde der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Gelde der Deutſchen gebaut ſind, Verkehrsanſtalten des Auslandes geworden ſind, die hauptſächlich zum Nutzen unſrer ausländiſchen Nachbarn, (ſehr richtig! rechts) viel weniger zum Nutzen der inländiſchen, deutſchen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, was wir ja geographiſch nicht ändern können, daß unſre deutſchen Seestädte vermöge der Wendung, die das Geſchäft genommen hat, weſentlich Emporien des öffentlichen Auslandes geworden ſind und mit den Produkten unſrer ausländiſchen Nachbarn, welche ſo glücklich geweſen ſind, ihre Aufmerkſamkeit auf ſich zu ziehen, bei uns durchfahren und für die Produzenten der gleichartigen deutſchen Produkte gegenüber dem Vorteil, den ſie an dem ausländiſchen Holze machen, nur einen Blick fühlen Mitleids haben.

Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der sonstigen Behandlung des Holzes ihr Brot fänden, so glaube ich, wird das immer auch bei der Annahme des Zolles der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statistik darüber anzustellen, welche Massen von Arbeitern in den inländischen Wäldern dadurch brotlos geworden sind, daß diese inländischen Wälder nicht mehr rentabel sind (sehr wahr! rechts) und den früheren Absatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schlesien im Sinne, wo durch die schlesischen Wälder der Länge nach die österreichischen Hölzer vor den Augen der brotlosen Arbeiter durchfahren, die früher in den schlesischen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beschäftigung fanden, zum großen Teil als Holzhauer und als Beaufsichtiger der ganzen Entwicklung, die mit der Verwertung des Holzes verbunden ist, als Sägemüller, aber auch zum ebenso großen Teil als Unternehmer im kleinen für den Transport, der innerhalb unsrer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin stattfindet. Alle diese kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beschäftigen, im Winter aber keine Beschäftigung für das Pferd haben, die verdienen den ganzen Winter hindurch erhebliches Geld mit den Holzfuhrten, welche in geschäftsfreie Zeit fielen, und diese Leute haben ihre Pferde abschaffen müssen, weil sie sie im Winter nicht mehr ernähren können. Und diese schlesischen Wälder, welche sonst von Arbeitern wie ein Ameisenhaufen wimmelten, sind tot und still, nicht bloß zum Kummer des leitenden Oberförsters oder des Privatbesizers, sondern namentlich zur drückenden

Sorge für die Armenpflege und die Arbeiter, die früher zu Hunderttausenden in allen jetzt ertraglosen inländischen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders ins Gewicht fällt als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Teil, wir kennen ja alle die Flissaßen, Ausländer sind und an der Spitze gewöhnlich einen Regimenter haben, welcher unsrer Nationalität angehört.

Der Herr Vorredner sagte, es sei nicht richtig, daß das russische Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durch muß. Er hat dabei Angaben gemacht, die ich in ihrer Richtigkeit nicht alle prüfen kann, aber die eine, die er in Bezug auf den Absatz den Dnieper entlang über Cherson machte, wird doch nur bei den Leuten Anklang finden, welche den Dnieper nicht kennen. Es ist möglich, daß kleinere Quantitäten Brennholz den Dnieper über die Wasserfälle hinweg gefloßt werden können, aber wie die künstlich verbundenen Flöße von großen Nuzhölzern diese Wasserfälle und Stromschnellen heruntergebracht werden sollen, das weiß ich nicht, die würden in Trümmern ankommen, und da würde von einem irgendwie rentablen Handel mit Nuzholz nicht mehr die Rede sein können. Also mit solchen Aussichten darf der Herr Vorredner uns nicht zu ängstigen versuchen. Der Dnieper hat für den großen Holzhandel und für die großen Flöße keine andre Mündung als nach Norden seinem Strom entgegen durch die Sümpfe und Kanäle, die ihn verbinden, nicht bloß mit dem Niemen, sondern auch nach der Weichelseite mit dem Bug. Was zum Dünagebiet gehört, das geht schon jetzt die Düna herunter, und was da zu flößen ist — denn es wäre ja sehr wunderbar, wenn man Holz, das im Dünagebiet

liegt, nun im Landwege auf das Niemen- oder Weichselgebiet übertragen wollte, — das fällt ganz außerhalb unsrer Berechnung.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner nicht das alte Schreckbild für den Holzhandel wieder aufgewärmt hat, von dem Umweg aus dem Niemen heraus über Kowno mit der Libauer Bahn, sondern daß er es bloß auf Faßdauben und Nadelhölzer beschränkt hat, die aber doch auch auf den großen Flößen bequemer schwimmen; aber die großen Hölzer lassen sich ja gar nicht aus dem Strome herausnehmen, und wer die Ufer von Kowno kennt, wo die Hölzer 100 bis 150 Fuß heraufzuschaffen sein würden, wird zugeben, daß die Flöße durch diese Arbeit selbst schon entwertet werden würden. Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern absolut auf den Wassertransport angewiesen, deshalb haben sie eine Zwangsroutenach unsern Häfen hin notwendig und können diese Bahn nur insoweit verlassen, als sie nach ihrer geographischen Verteilung überhaupt zum Dünagebiet und nicht zum obern Dnieper-, Bug- oder Memelgebiet hin gravitieren, und selbst die sehr walddreichen Gegenden der Wilia werden doch auch dem Strom aus der Memel herunter folgen und nicht nach der Düna, in deren nächster Nähe sie entspringt, übergehen können.

Der Herr Vorredner hat dann den dringenden Wunsch ausgesprochen, wir möchten mit mehr Einigkeit und weniger Schärfe diskutieren; ja, meine Herren, die Schärfe kommt daher, daß Behauptungen aufgestellt und vor der Deffentlichkeit als ganz sichere accentuiert werden, die der andern Seite unbegründet erscheinen, und denen der andre dann aus seiner Ueberzeugung als unbegründet widerspricht. Im übrigen ist das sachlich eine

Angelegenheit, die uns politiſch nicht erregen ſollte, aber es iſt ein altes Sprichwort, daß in Geldſachen die Gemütlichkeit aufhört, und daß hier eine Geldfrage für den einen oder den andern Teil der Unterthanen vorliegt, wo die Geldlaſt und die Geldvorteile nach Anſicht der verbündeten Regierungen etwas gleicher verteilt werden ſollen, als ſie in den letzten 50 Jahren verteilt geweſen ſind. Auch das finanzielle Intereſſe habe ich ja oft hervorgehoben, aber Sie mögen daraus, daß ich es hervorhebe, doch nicht ſchließen, daß dabei das Reich in erſter Linie intereſſiert iſt. Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch ſein Geld; für das Reich iſt es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen, alſo aus der Grund- und Klaſſenſteuer der Einzelſtaaten kommen, oder aus den Zöllen des Reiches; das ſieht man dem Thaler nicht mehr an, wenn er in die Reichskaffe kommt. Es iſt vielmehr nur im Intereſſe der Einzelſtaaten und der Regierungen, daß ich die Finanzfrage ſo oft accentuiere, daß ich die Finanzfrage ſo oft hervorhebe. Deſhalb kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß ich in der dritten Leſung eine feſtere und entſchloſſenere Unterſtützung von ſeiten der Finanzminiſter der einzelnen Staaten in dieſer Frage haben werde, denn ich als Reichskanzler bin zu leicht zu deſintereſſieren, wie ich ſchon bemerkt habe, da das Reich durch die Verfaſſung ſo glücklich ſtipuliert iſt, daß die andern ſich bemühen müſſen, die Herren Finanzminiſter der einzelnen Staaten, wo ſie das Geld auftreiben, das als Matrikularbeitrag abzuführen iſt, und meine Bemühungen ſind ja durch mäßige und abgenutzte Kräfte begrenzt, und es wird der Moment kommen, wo ich meinerſeits den Karren nicht

weiter den Berg hinaufschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.

Der Herr Borredner hat gesagt, die russischen Waldbesitzer würden, wenn man diesen Zoll, so minim er auch ist, — er beträgt ja, wenn ich den Festmeter weiches Holz zu 20 und den Festmeter hartes Holz zu 30 Mark rechne, was ungefähr 6 bis 10 Silbergroschen auf den Kubikfuß Nugholz von beiden Seiten sein würde, nur 2 bis 3 Prozent des Wertes. Aber daß der russische Waldbesitzer unter Umständen auch dieses Opfer noch bringen wird, geht mir daraus hervor, daß die Preise, die unsre Holzhändler dort für Wälder von gleichartigem Bestande zahlen, je nach der Verlegenheit des Besitzers, je nach seinem Geldbedürfnis außerordentlich verschieden sind; es werden Quadratmeilen zu 100,000 Rubel ausgeholt, es werden Quadratmeilen zu 5000 und zu 10,000 Rubel gehandelt, und es haben Holzhändler, mit denen ich darüber sprach, und die ich nach dem Preise der Schwelle, oder anderer einzelner Hölzer fragte, mir gesagt: das können wir im einzelnen nicht berechnen, das erfahren wir, wenn wir im folgenden Jahre oder in zwei Jahren die Rechnung aufmachen, da kommen wir dahinter, wie das abgewickelte Geschäft war, aber im Augenblick können wir keine Auskunft darüber geben, welchen Bruchteil eines Pfennigs eine Schwelle auf die Quadratmeile Wald kostet. Also im einzelnen auf die Schwelle wird der russische Besitzer nichts nachlassen, aber auf die Quadratmeile kann er statt 100,000 Rubel 50,000 nehmen, oder 30,000 oder 5000, das werden die Herren mit der Geschicklichkeit, die sie in den Verhandlungen mit den dortigen Waldbesitzern gezeigt haben, sehr bald ermitteln. (Weiterkeit.)

Der Holzzoll, gerade weil das Holz an den Waſſerweg gebunden iſt, eignet ſich Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll, und ich bitte den Herrn Vorredner doch zu glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieſer Beziehung, wo es ſich um die Pflege der Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beſeelt ſind, welche befürchtet, es könnte, wie er ſagt, aus dem Walde ſo herausſchreien, wie man hineiſchreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unſer ganzer Holzzoll iſt ſchon nichts als eine Repreſſalie. Unſre Nachbarn, Rußland und Deſterreich, haben alle Repreſſalien längſt vorweggenommen; was bleibt ihnen übrig? (Sehr richtig! rechts) Sie haben ſeit einem Jahrhundert die höchſten Zölle, die möglich ſind, vorweggenommen, förmliche Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeſchloſſen iſt, dann iſt mehr nicht thunlich, es iſt gerade wie jener beim Schrotverkauf ſagte: Dieſes ſchießt noch töter? So iſt es auch bei den beſtehenden Prohibitivzöllen anwendbar: wir ſind ausgeſchloſſen und können noch ausgeſchloſſener nicht werden.

Der Herr Vorredner ſagte ferner, er wolle wohl zugeben, daß vorübergehend einige Quantitäten Holz in Deutschland geblieben wären, die Hauptſache wäre aber der Transit. Ja, von dem Standpunkt als Vertreter des Seehandels mag ihm der ganze Verkehr im Binnenlande entgangen ſein. Was in Stettin und Danzig ausgeht, das mag ja weſentlich Transit ſein, denn die ſchönen Zeiten, wo man in Stettin die inländiſchen Hölzer, die im Odergebiet wuchſen, exportiert hat, ſind vorbei; ſie ſind den Leuten zu teuer, ſie kaufen anderswo wohlfeiler. Auch bis nach Stettin, bis Hamburg erſtreckt ſich

die Eigenschaft unsrer Hauptseestädte, Emporien für das Ausland, für Oesterreich und Rußland geworden zu sein, und ihr ganzes Geschick und ihren Handel immer mehr von den dortigen Zuständen abhängig zu fühlen, als von den heimischen Deutschen, und wir können ja nicht erwarten, daß sie freiwillig unser Holz kaufen; wenn sie doch, wie Herr von Frankenberg sehr richtig bemerkte, das grobe Holz im Gegensatz zu dem feinen, d. h. zu demjenigen, welches kleine Jahrringe hat, kaufen, — wenn sie das wohlfeiler kaufen, so ist das eben auch für den Käufer eine Ueberraschung, ich will auch hier nicht sagen, Täuschung, wo er später dahinter kommt, daß es sich nicht so lange hält wie die heimische gute Kiefer, welche ja überhaupt das beste Nutzholz ist, das es gibt. Und wenn namentlich bei unsern Behörden häufig Wert darauf gelegt wird, amerikanisches Holz, Pitch Pine wäre besser, dauerhafter, so begreife ich nicht, wo sie das erprobt haben. Wir haben von unsern Eichen und Kiefern in den Dächern alter Häuser, Kirchen und Rathhäuser den Beweis von 2, 3, 5, 600 Jahren, wie sich unser heimisches deutsches Holz hält, aber von Pitch Pine weiß niemand, ob es 10 Jahre dauert oder nicht, ob es namentlich bei seinem Harzreichtum bei allen Trockenbauten nicht eine sehr gefährliche Qualität hat, nämlich die, daß kein Firnis diesen Harzreichtum abhält, unter der Sonne, in der Wärme auszuschwizen, und auf diese Weise den Schutz illusorisch zu machen, welchen der Firnis bilden soll.

Viele Sachen sind einem sehr leicht einzureden. Jemand, der eine große Menge Pitch Pine gekauft hat, weiß einen Baubeamten zu finden, der sagt, dies ist das beste, und der Baubeamte weiß einen Verwaltungsbeamten zu finden, der auf sein Urteil hört, und die Behörde

stellt ein Attest aus, ohne geprüft zu haben, Pitch Pine sei besser. Und dies ist bei dem geringen Verbrauch der Behörden noch lange nicht so übel in der Wirkung, wie das Beispiel ist. Alle Unternehmer glauben dann, die Behörden finden es, und es muß also feiner, besser, jedenfalls ausländischer sein als unser Holz.

Diese „vorübergehenden“ Quantitäten, welche in Deutschland bleiben, — ich verstehe das nicht recht, wenn sie vorübergehen, so bleiben sie eben nicht, aber ganz sicher ist, daß sie zum größten Teil bleiben; sie gehen durch den Thorner Grenzpaß nach dem Bromberger Kanal hinauf, und gelangen durch den Genthiner Kanal bis nach Magdeburg, und dort ist ein Hauptemporium, gegen welches z. B. die Hölzer des Harzes — eine unsrer walddreichsten Provinzen — nicht mehr aufkommen können, namentlich weil auch dort die Behörden Zeugnisse ausstellen, das ausländische Holz sei besser, das böhmische sei besser, was eine bare Unwahrheit ist, denn das böhmische wächst auch auf besserem Boden als die märkische Kiefer. Jedermann weiß, daß es kein besseres und zäheres Bauholz — und auch früher war im ganzen Holzhandel darüber kein Zweifel — gibt, als die Kiefer aus dem Oder- und Elbgebiet, da kommt keine Eiche und keine Tanne dagegen.

Also ich muß bestreiten, daß das meiste Transit ist, denn das Hauptquantum bleibt im Lande und drückt entweder den Absatz Nord- und Süddeutschlands nach Frankreich und Belgien, oder drückt den Absatz im Inlande, und die Waldverwüstung, die daraus schließlich bei uns entstehen muß, wenn der Wald keinen Ertrag mehr gibt, hat Graf Frankenberg schon vorher nachgewiesen. Ich will nur noch hinzufügen, wie es kommen wird.

Der Waldbesitzer wird sein Holz zwar noch verkaufen, er wird aber keine Schonung mehr anlegen, weil er sich sagt, das ist keine rentable Anlage mehr, der Wald wird einen Umtrieb noch haben, und wenn der zu Ende ist, wird er eine Wüste und Sandfläche sein, die dem Lande schadet, statt ein Vorteil für das Land zu sein. Ich glaube, ein Forstbesitzer, welcher genau rechnen wollte, wird überhaupt keinen Wald mehr anlegen, wenn er kein besonderes pretium affectionis dafür hat; es gibt ja, Gott sei Dank, noch solche Holznarren in Deutschland, und zu denen gehöre ich selbst, die Freude am Wachstum des Waldes haben, ohne sich die Kosten Zins auf Zins zu berechnen, aber wenn es nicht mehr lohnt, Holz zu ziehen, so wird und muß der Wald verfallen; Sie haben keinen Zwang auf die menschliche Natur, um den Wiederaufbau des abgeholzten Waldes zu erzwingen.

Dann sagt der Herr Borredner in Bezug auf die Zollabfertigung, daß die „Register“ schwer verwendbar wären. Ja, bei unsrer ganzen Zoll- und Steuerverwaltung, da ist bisher allerdings die Voraussetzung, daß jeder, mit dem der Fiskus zu thun hat, ein Dieb ist bis er das Gegenteil beweist, und bevor der Beweis nicht geführt wird, ist es besser, ihn von Hause aus als solchen zu behandeln, damit man durch Vorsicht jede Schädigung des Fiskus verhindert. Dieser alte fiskalische Zug zieht sich seit Jahrhunderten durch unsre ganze Zollgesetzgebung. Auf die Existenz ehrlicher Leute im Lande rechnet die Zollgesetzgebung überhaupt nicht. Ich halte diese Voraussetzung für nicht zutreffend, nämlich weil man falsche Konossements und Register als Betrug unter Strafe stellt; sobald sich das beim Ausladen ausweist, so glaube ich, kann man das Hauptgewicht auf die Register legen,

die jeden Transport begleiten müssen, wo die Stücke numeriert sein müssen, und der Kaufmann weiß genau, wieviel abgefertigt sind. Das ist also so außerordentlich schwierig nicht, und es ist doch in früheren Zeiten der Zoll erhoben worden, ohne den Handel erheblich zu belästigen. Und was der Herr Vorredner von der Benutzung des Augenblicks sagte, die an der Zollstätte so wichtig wäre, daß man nicht schnell genug mit der Abfertigung vorgehen könnte, weil inzwischen Hochwasser kommen oder das Wasser sich verlaufen könnte, — ehe das Wasser der Weichsel bei Thorn abläuft, können Sie vollkommen alles Holz der Welt verzollt haben. Es sind doch keine Bäche und Kanäle, wie im oberen Flußgebiet in Rußland; da mag die Wassersnot oder das Hochwasser aufhalten und unangenehm berühren. Aber sind sie bei Schmaleninken oder Fordon angekommen, an den großen Zollpässen der Memel oder Weichsel, oder auch nur an der Warthe, dann will ich zwar nicht sagen, daß die Sache Zeit hätte, im Gegenteil, ich glaube, der Handel muß schnell gefördert werden, und es werden sich Mittel finden lassen, den Holzzoll schnell zu erheben, aber das Wasser läuft nicht ab; und wenn der Transit in seiner Beobachtung größere Schwierigkeiten hat, — ja, meine Herren, über zwei Prozent des Geschäfts können diese Schwierigkeiten sich immer nicht belaufen, und sie werden vorziehen, den Zoll zu bezahlen, dann sind sie aller Plackereien überhoben und können mit dem Holz manipulieren wie sie wollen. Und sie sollten doch auch vom Holz dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben! (Lebhaftes Bravo rechts.)

Die Holzzölle wurden angenommen. Am 28. Juni nahmen die Minister Hobrecht und Falk, am 29. Juni Dr. Frieden-

thal ihren Abschied; Kultusminister wurde darauf Herr v. Puttkamer, Landwirtschaftsminister Dr. Lucius, Finanzminister Herr v. Bitter.

14. Zollerleichterungen und Zollnachlässe.

In der 76. Sitzung am 8. Juli wurde §. 6 der Zolltarifvorlage beraten. Derselbe lautete im wesentlichen:

„Für Getreide u. s. w., sowie für Holz werden Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß bewilligt behufs Behandlung, resp. Mischung und Umpackung der gelagerten Ware. Eine gleiche Erleichterung wird für die Mühlenfabrikate dahin gewährt, daß bei der Ausfuhr der Eingangszoll für das ausländische Getreide nach dem Prozentsatz des zur Herstellung des Fabrikats zur Verwendung gelangten ausländischen Getreides nachgelassen wird, und zwar unter der Annahme, daß 75 Gewichtsteile an Mehl 100 Gewichtsteilen an Getreide entsprechend gelten.“

Dazu stellte der Abgeordnete v. Barnbüler den Antrag:

„Solche Transitlager werden mit der Maßgabe bewilligt, daß bei der Ausfuhr der gemischten, resp. behandelten Ware der in der Mischung enthaltene Prozentsatz von ausländischer Ware als die zollfreie Menge der Durchfuhr anzusehen ist. Für Waren der bezeichneten Art, welche zum Absatz entweder in das Zollausland oder in das Zollinland bestimmt sind, können solche Transitlager bewilligt werden. Die in Betracht kommenden können zeitweise, um einer Behandlung zu unterliegen, aus dem Lager entnommen und dahin zurückgeführt werden.“

Nachdem der Berichterstatter Frhr. v. Heereman das Referat erstattet und Abgeordneter v. Barnbüler seinen Antrag befürwortet hatte, erhob sich der Reichskanzler für denselben:

Ich erlaube mir, der Empfehlung, welche der Herr Vorredner seinem Antrage gab, mit wenigen Worten beizutreten. Der Kommissionsantrag, um welchen es sich

handelt, deckt mehrere an sich nicht gleichbedeutende Gegenstände, die für die Bestrebungen, welche die Regierung und mit ihr ein großer Teil des Reichstages verfolgen, nicht gleichbedeutend in ihrer Rückwirkung sind. Einmal handelt es sich um die Mühlengeschäfte einerseits und um die Transitlager andererseits. Der Herr Referent hat mit Recht bemerkt, daß die Mühlengeschäfte unter diesen beiden die günstigere Bedeutung für das innere wirtschaftliche Leben haben, abgesehen von der Fabrikthätigkeit, die sie entwickeln, und von der gewinnreichen Beschäftigung inländischer Arbeiter in weit größerer Ausdehnung; wie der Transithandel, läßt das Mühlengeschäft der Landwirtschaft ein Produkt zurück, welches in die Kategorie derer zu rechnen sein möchte, die wir überhaupt zollfrei eingelassen haben, Futter, und überhaupt Düngmaterial, die Rückstände, wenn die Mühlenbesitzer den Vorteil haben, diese Rückstände ausländischen Kornes unverzollt einzubringen, so kann man ihnen das gönnen, auch wenn, was ich nicht befürworte, der Kommissionsatz durchginge, 75 Prozent, 25 Prozent Abgang, den sie von ihrem Import zollfrei in den inländischen freien Verkehr bringen könnten, ich gönne es ihnen, weil es im ganzen für unsern wirtschaftlichen Verkehr nützlich ist. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß dies bei dem Transithandel überhaupt nicht der Fall sei, ich meine nur, nicht in dem Maße, wie bei den Mühlen.

Nun liegt es den verbündeten Regierungen außerordentlich ferne, irgendwelche blühende Geschäftsthätigkeit im Lande durch einen Eingriff mit rauher Hand plötzlich zu stören, die Besitzverhältnisse innerhalb der geschäftlichen Betriebsamkeit zu alterieren, umzustürzen; wir wissen ja, welche bedeutenden Werte, welche große

Thätigkeit in dem Transithandel mit Getreide stecken, und man würde aufhören, im deutschen Sinne eine Regierung zu sein, wenn man solche Realitäten, die vorhanden sind, ignorieren und lediglich der Konsequenz eines gesetzgeberischen Gedankens zuliebe plötzlich zerstören würde. Gerade aber, weil eine Zerstörung des Transithandels den Regierungen ferne liegt, so hatten sie gewünscht, zu einer Unterscheidung berechtigt zu sein in der Behandlung derjenigen Läger, welche dem Transit ausschließlich dienen sollen, und derjenigen Läger, welche sich die Konkurrenz der landwirtschaftlichen Thätigkeit des Inlandes vorbehalten. Auf diesen Unterschied hat auch schon der Herr Referent aufmerksam gemacht, und er wird namentlich durch die Anträge der Landwirte in Bayern beleuchtet, die sich gegen die dortigen in München und Lindau, vielleicht auch anderweit vorhandenen großen Handelsläger für den Transit- und den inländischen Handel richten. Ganz ohne steuerliche Aufsicht werden solche Läger ja immer nicht bleiben können; wenn das überhaupt möglich wäre, daß man sich ausschließlich auf die kaufmännische Buchführung in der Beziehung verlassen könnte — bei aller Glaubwürdigkeit derselben muß das doch nicht möglich sein, denn wenn es möglich wäre, wie einfach könnten wir dann unsre ganze Steuerbeaufsichtigung einrichten; wir brauchten bloß über alles, was importiert worden ist, die kaufmännischen Bücher nachzuschlagen, und brauchten nicht die Kisten zu öffnen, nachzusehen und zu registrieren, sondern man könnte sich an den Empfänger wenden und in den Büchern aufschlagen, was er erhalten hat. Wenn das bisher bei der großen Ersparnis, die darin liegen würde, niemals angänglich befunden worden ist, so wird auch hier die

kaufmännische Buchführung nicht die alleinige Kontrolle sein, umfoweniger, als ganz ohne Zuthun, ohne irgend welchen Irrtum in der Buchführung, ohne Zuthun der manipulierenden Diener auf dem Speicher, doch durch die Natur der Dinge Veränderungen in dem Gewicht des Getreides vorkommen; namentlich das russische Getreide, insoweit es nicht durch den Prozeß der Darre in der Scheune gegangen ist, muß notwendig im Vergleich mit dem Augenblick, wo es die Grenze überschritten hat, eine Gewichtsverminderung erleiden. Es ist dann in einem mehr oder weniger feuchten Zustande, auch nicht selten angekeimt, und gerade diese Manipulation des Ausbreitens, welche der Herr Referent geschildert hat, ist mit bestimmt, die wässerigen Teile verdunsten zu lassen und die Keime abzustößen. Diese Operation kann aber, wie einleuchtet, nicht ohne eine erhebliche Gewichtsveränderung vor sich gehen. Wenn Sie einen Scheffel Getreide in feuchtem Zustande wiegen und thun nichts weiter dazu, sondern lassen denselben Scheffel Getreide trocknen und wiegen ihn nachher wieder, so muß er notwendig einige Pfund weniger wiegen, also das Gewicht des eingeführten und ausgeführten Getreides deckt sich nicht notwendig; es können auch andre Verhältnisse hinzutreten. Eine gewisse staatliche Kontrolle wird, wie das auch der Kommissionsantrag anerkennt, stets unausbleiblich sein.

Nun war es gerade die Absicht der verbündeten Regierungen, den Transit günstiger zu gestalten als den im Inlande konkurrierenden Handel, die Transitlager mit derselben wohlwollenden Rücksichtnahme auf das Bestehen zu behandeln, wie, glaube ich, jeder zugeben wird, daß alle Transitlager anderer zollpflichtiger Gegenstände

bisher von seiten der verbündeten Regierungen und ihrer Zollverwaltungen behandelt worden sind. Das wird erleichtert, wenn beide Kategorien geschieden werden.

Diejenigen Lager, welche auf Verkauf nach dem Inlande hinein aus ihren Transitlagern nicht verzichten wollen, bedürfen schon wegen größerer Komplikation ihrer Arbeiten und Manipulationen und des stärkeren nach mehreren Seiten hinausgehenden Wechsels ihres Bestandes einer genaueren Kontrolle als diejenigen, die sich auf reinen Transit beschränken, und lediglich, um den Transit nicht zu stören, haben die Regierungen den Gedanken gehabt, der im Amendement des Herrn Abgeordneten von Barnbüler seinen Ausdruck gefunden hat. Wird dieser Gedanke verworfen, so müssen natürlich sämtliche Transitlager der gleichen Behandlung unterzogen werden. Daß sie nicht gleich in ihrer wirtschaftlichen Wirksamkeit sind, darin besteht ein dritter Unterschied zwischen diesen Geschäften, welche unter diese Kategorie gebracht werden.

Nämlich die Geschäfte der baltischen Häfen sind ganz anderer Natur, als die Geschäfte in denjenigen Transitlagern, welche sich auf einem sehr viel längeren Transitwege durch das ganze breite Deutschland von Osten nach Westen hin bewegen, gerade diejenigen, über welche die bayerischen Landwirte klagen, und wenn die sächsischen, wie der Herr Referent meint, nicht auch darüber klagen, so ist das doch nur, weil der niedersächsische Stamm geduldiger und weniger beweglich ist als der süddeutsche; (Geiterkeit) — denn Grund zu klagen ist dort in demselben Maße vorhanden, und dieselben Unterschiede finden auch auf Holz Anwendung. Wenn es möglich wäre, nach der Gleichheit vor dem Gesetz die Einrichtung auf

die Ostseehäfen zu beschränken, da läge ja die Einrichtung ganz anders. Da ist ein schmaler Strich, bei dem wenig inländische Produktion in Konkurrenz mit ausländischem durchgehenden Gute kommt, aber der Transit nach dem Westen durch die größere Breite Deutschlands hin ist doch zum größten Teil ein mehr auf Konkurrenz mit dem inländischen Getreidebau, mit der inländischen Landwirtschaft berechneter, als lediglich zur Durchfuhr nach den westlichen Ländern bestimmter, obschon er auch da nicht ganz so unschädlich für unsre eigene landwirtschaftliche Produktion wird, wie man annehmen will, denn früher hat Deutschland einen ganz erheblichen Getreideabsatz nach Frankreich, Belgien und Holland gehabt. Jetzt ist es in der Hauptsache nur noch der Expeditur des ungarischen und russischen Absatzes nach jenen Gegenden hin, und an dieser Expedition haben eben die mit der Landwirtschaft beschäftigten Angehörigen des Deutschen Reiches keinen Anteil, keinen Anteil an dem Verdienst, der daran gewonnen wird. Wenn Sie es durch Zusammenschieben aller Transitlager den Regierungen erschweren, dort einen Unterschied zu machen, so wird die Regierung in der wohlwollenden und fördernden Behandlung des bestehenden Verkehrs sich zwar nicht irre machen lassen, aber die Anordnungen über die Sicherheiten und Bürgschaften, die von den Lagern gefordert werden müssen, können doch gar nicht zu verschieden voneinander sein. Man kann nicht der Willkür der einzelnen Behörden einen zu großen Spielraum lassen, sie müssen allgemeiner Natur von den Centralbehörden der einzelnen die Zölle verwaltenden Staaten ausgehen. Und deshalb sage ich nur: wenn Sie im Vergleich mit dem von Barnbülerschen Amendement das Kommissionsgutachten annehmen

und das Amendement verwerfen, so erschweren Sie den Regierungen die Ausführung der guten Intentionen, welche sie für den Transithandel haben.

Das Amendement von Barnbüler wurde angenommen.

15. Die Ueberweisung der Zollüberschüsse an die Einzelstaaten; der Antrag Franckenstein.

9. Juli 1879.

Der § 7 des Zolltarifs lautete nach der Fassung der vorberatenden Kommission: „Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Die Ueberweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten auf Grund der im Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsberichte und beziehungsweise Jahresabschlüsse.

Der Abgeordnete Frhr. v. Barnbüler beantragte, diesem § 7 folgendes hinzuzufügen: „Diese Bestimmung tritt mit dem 1. April 1880 in Kraft. Insoweit der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1879 bis 31. März 1886 die Summe von 52 651 815 Mark übersteigt, kommt der Ueberschuß an den Matrikularbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer Bevölkerung in Abzug.“

Der Gegenstand gelangte in der 77. Sitzung des Reichstages am 9. Juli 1879 zur Verhandlung. Nachdem die Abgeordneten Windthorst, v. Kardorff, v. Bennigsen, Friedenthal dafür gesprochen hatten, nahm der Fürst von Bismarck das Wort:

Wenn man jahrelang nur an praktische Geschäfte gewöhnt ist, so wird es schwer, sich vorher eine Vorstellung von den Schwierigkeiten zu machen, mit denen jemand der deutschen Presse und dem deutschen Parlament

gegenüber zu kämpfen hat, wenn man eine einfache praktische wirtschaftliche Maßregel vorschlägt, deren Notwendigkeit teils in ihrem gesamten Umfang, teils in ihren wesentlichsten Abschnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung absolut anerkannt ist. Ich habe mir in dem heutigen Stadium meines dauernden und seit achtzehn Jahren niemals unterbrochenen Strebens, die deutsche Einheit herzustellen und zu konsolidieren, die Aufgabe gestellt, soviel an mir ist, dazu mitzuarbeiten, daß die deutschen Finanzen in einen Zustand gelangen, der sowohl das Reich als auch die Einzelstaaten in die Lage bringt, den notwendigen Anforderungen unsres Budgets zu genügen. Diese Lage war bisher nicht vorhanden; Sie haben die Vorlagen darüber aus allen bedeutenden Bundesstaaten bekommen, Sie kennen den Finanzzustand unsres Reiches, Sie kennen den Zustand der gesamten deutschen Finanzen, der außer Zusammenhang, in Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten gar nicht zu behandeln ist.

Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir — allerdings liegt mir alle Theorie in dem langjährigen praktischen Leben, das ich geführt habe, ziemlich fern — macht mir ungefähr den Eindruck wie das bekannte Wort *bonnet blanc* oder *blanc bonnet*, oder ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuch, weiter finde ich einen Unterschied nicht; jeder weitere Unterschied, den Sie hineinlegen, ist fingiert, widerspricht der Sachlage und unsrer Verfassung. Nach der Art, wie die Erregung bei uns durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation gesteigert worden ist, (Unruhe) wenn in dem Publikum und in den Lesern, die nichts als ein einzelnes Heftblatt lesen,

falsche Ansichten darüber entstanden sind, — ich will mich bemühen, nicht diese Ansichten zu widerlegen, das ist ja gar nicht möglich, wer Recht behalten will, der wird nicht überzeugt werden, Sie kennen den Spruch im Dichter, sondern nur meinen Ideengang, und wie ich zu demselben gekommen bin, Ihnen klar darlegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt von der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo die Glieder sich beklagten und den Magen nicht mehr ernähren wollten, da er seinerseits nichts thäte; hier verweigerte der Magen bisher seine Schuldigkeit, den Gliedern die Nahrung, die sie zu ihrem Bestehen notwendig haben, zufließen zu lassen. Das Reich hat alle Hauptfinanzquellen in Beschlag und hat die Schlüssel dazu, und haben sich bisher wenigstens die Organe des Reiches, von denen unsre Bewilligungen abhängig sind, nicht darüber einigen können, auf welchem Wege diese Quellen flüssig gemacht werden können. Ich arbeite an der Reform unsrer Steuern in meiner Stellung, welche viele Leute für eine einflussreiche halten, für eine einflussreichere als sie ist, mit großer Mühe und gegen die Schwierigkeiten, die mir mein eigener Gesundheitszustand schafft, gegen die größeren Schwierigkeiten, die mir die Frictionen der mitwirkenden Kräfte geschaffen haben, um den finanziellen Umständen, unter denen wir ganz zweifellos leiden, abzuhelfen. Aber seit der Zeit des Ministers von der Heydt und seit seinen Vorlagen werden Sie sich erinnern, daß jeder Versuch dazu, wenn mir die übrigen Geschäfte, da ich in der Hauptsache doch Finanzminister nicht bin, zu solchem Versuch Zeit ließen, mißlungen ist, und ohne meine Anregung ist ein solcher Versuch bisher überhaupt niemals in Scene gesetzt worden, und wenn meine

Anregung jetzt nicht stattgefunden hätte, so wären wir überhaupt nicht dazu gekommen, über diese brennende Lebensfrage schon zu verhandeln. Also ich habe hier nicht leichtfertig und plötzlich etwa aus irgend welchen Hintergedanken, die ich nicht eingestände, Vorschläge gemacht, sondern ich habe rein praktische, materiell hausbackene, lange erwogene Vorschläge darüber gemacht, wie wir unsere Finanzeinrichtungen auf einen besseren Fuß bringen können. Ich habe mich dabei gegen jede Aenderung, sofern sie nur den Charakter einer Mitwirkung zum gemeinen Ziele hat, offen und empfänglich gezeigt. Ich habe im Anfang auch geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen, als dies der Fall gewesen ist, es würde früher eine Verständigung stattfinden. Zu dieser aber ist von liberaler Seite nicht in dem Maße, wie ich erwartete, die Hand geboten, und es fehlt uns heute in der entscheidenden Verhandlung an jeder Vorlage von liberaler Seite, wie die Herren sich etwa denken, daß diese Finanzfrage gelöst werden könnte. Soviel ich weiß, liegt gar kein Vorschlag als die reine Negation vor (sehr richtig! rechts), die reine Negation dessen, was von andern ebenfalls gemacht werden könnte. Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei allerdings als Programm offen proklamieren hören, und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hat, der sie widersprechen konnte. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Positive Pläne und Vorschläge über das aber, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen, und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme

von mir, und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr in den andern Fraktionen sympathisieren (sehr richtig! rechts und im Zentrum), und das zu behaupten bin ich in viel höherem Maße berechtigt, als jene Insinuation gegen meine Person es war. Streichen Sie meine Person, als wäre ich seit Jahren fort, wenn das ohne Pflichtverletzung, ohne Verletzung der Treue, die ich meinem Herrn schulde, geschehen könnte, und wenn der Herr, der so sehr danach strebt, mich zu beseitigen, es in einer ehrbaren, annehmbaren Weise durchzusetzen vermag, so will ich mich bemühen, nachher sein Freund zu werden. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Die Stellung zum Franckensteinschen Antrage wird hier als Probierstein in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue behandelt. Meine Herren, zur Stellung von diesem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch auf meine Vergangenheit zurück! Ich werde den Franckensteinschen Antrag*) befürworten, — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht — und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntag entschlossen, ich habe mich dazu definitiv erst entschlossen, nachdem ich

*) Der dieser Rede vorgedruckte § 7 hatte in der Kommission seine Fassung nach einem Antrage des Freiherrn zu Franckenstein erhalten.

in einer Gesamtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß ich diese Wege niemals gehen kann, und daß die verbündeten Regierungen sie nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolles auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nötigen mich, mit meinem eignen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reiches zu Räte zu gehen. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die socialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, (anhaltend große Unruhe und lebhafter Widerspruch links) sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe daraus die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn bei deren Talent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu, bei so geschulten Parlamentariern, daß sie gegen ihr Erwarten in die Minorität kommen — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft in der Weise zusammenstehen zu können, daß die Regierung ihre Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung notwendig verbunden ist — ein

andres Verhältnis kann keine von den existierenden Fraktionen erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß mit der andern kompromittieren; wenn es eine Fraktion bei uns gäbe, die an sich eine geborene Majorität hätte und die von mir nicht verlangt, daß der Tropfen demokratischen Oels, den ein bekanntes Wort für die Salbung des deutschen Kaisers verlangte, ein Eimer werden soll (Heiterkeit), dann würde ich einer solchen Partei ganz andre Rechte in Bezug auf die Beeinflussung der Regierung einräumen können, als jetzt einer Partei, die, wenn sie hochkommt und abgeschlossen einig ist, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur kaum ein Viertel der ganzen Versammlung erreicht. Den Herren kann ich nur, wenn sie überhaupt auf mein politisches Urteil als Sachkundiger — und ich habe viel Politik getrieben — Wert legen, eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anraten. (Ah! links.)

Der Herr Vorredner (Abgeordneter Dr. Beseler) hat, was mich namentlich veranlaßt hat, in diesem Moment das Wort zu nehmen, während mir in dieser Frage an der Abstimmung so viel liegt, daß ich eigentlich lieber nicht geredet hätte, aus Sorge, daß ich das Maß nicht halten würde, welches zur Erhaltung des Standes der Stimmen nützlich ist, ich hätte lieber geschwiegen, aber da der Herr Vorredner, jemand, auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können, und den ich persönlich hochschätze und verehere, auch seinerseits der Meinung ist, die Finanzhoheit des Reiches ginge durch den Franckensteinschen Antrag verloren, so muß ich dazu bemerken, daß ich diese Behauptung für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halte. Die Finanzhoheit des Reiches ist in der Verfassung in verschie-

denen Paragraphen begründet; keiner dieſer Paragraphen erleidet durch die Annahme des Franckenſteiniſchen Antrages auch nur die mindeſte Aenderung. Auf die Erhaltung der Matrikularumlagen iſt ja biſher von liberaler Seite ein ſehr hoher Wert gelegt worden, es iſt geſagt worden, wir müſſen für denſelben einen Erſatz haben; wenn auch die Verfaſſung ein Einnahmewilligungsrecht uns nicht gibt, ſo haben wir es biſher vermöge der Verfaſſung doch faktiſch geſoffen, und wir wollen es nicht aufgeben, wenn wir nicht einen Erſatz dafür haben. Auf die Matrikularumlagen und ihre eventuelle Beibehaltung wird alſo von liberaler Seite ein außerordentlich hoher Wert gelegt. Ich war deſhalb wohl darauf gefaßt, da ich mir die verſchiedenen Mittel durchdacht hatte, in welchen man konſtitutionelle Mittel finden könnte, ſo war ich auch auf dieſes wie auf andre gekommen und erwartete einen Antrag wie den Franckenſteiniſchen wohl von der nationalliberalen Seite. Um die konſtitutionelle Wirkung der Matrikularumlagen beizubehalten, was mir im ganzen nicht erwünſcht war, gab es ja kein einfacheres Mittel, als daß man ſie in ihrem ganzen biſherigen Umfange beſtehen ließ und dem Reich dafür in ſein Ausgabebudget geſetzlich einen Poſten ſchrieb, der zur Sublevation der nothleidenden Einzelſtaaten beſtimmt war und ihnen die Mittel gab, dieſe Mehrumlagen zu leiſten. Dann bleibt eben das Heft der Finanzverwaltung in den Händen des Reichstages und es iſt ein Beweis, daß mir dieſen unrecht thun, die mich unkonſtitutioneller Gefinnungen beſchuldigen und verdächtigen, wenn ich dieſem Franckenſteiniſchen Antrage, der dem Reichstage die Gewalt, die ihm das Botieren der Matrikularumlagen gibt, in vollem Maße läßt, zuſtimme. Ich bin ja ſeit lange

gewohnt, daß man, wenn die Argumente aus der Gegenwart nicht reichen, mit der Verdächtigung meiner Absichten für die Zukunft mich bekämpft. Ich erinnere Sie daran, daß lange Jahre stets gesagt worden ist, ich strebte zu irgend welchen Zwecken nach Krieg. Es hat das erst ein Ende genommen, seitdem die Stellung Deutschlands auf dem Kongreß zu Berlin, der gerade vor einem Jahr uns, wenigstens mich, auch zu einer Sommer Sitzung nötigte, den unwiderleglichen Beweis geliefert hat, daß alle jene Insinuationen Lügen und Verleumdungen waren, die zum geringsten Teil in Deutschland ihren Ursprung hatten. Seitdem, seit ungefähr Jahr und Tag, ist es Sitte geworden, Reaktion zu schreien und auf diese Weise vielleicht den Teufel an die Wand zu malen. Durch das Verdächtigen der Reaktion, durch das Anschuldigen können Sie unter Umständen einen Minister, der schüchterner ist, als ich bin, veranlassen, daß er gerade, um sich der Feindschaft zu erwehren, in die ihn der Verdacht der Reaktion bringt, bewußt oder unbewußt zu den Mitteln der Reaktion greift und die Anlehnung da sucht, wo er für den Augenblick weniger Feindschaft findet. In der Lage bin ich nicht. Ich bin dem Ende meiner Laufbahn zu nahe, um zu Gunsten irgend einer Zukunft noch meine Gegenwart zu verderben. Seit einem Jahre, seit etwas länger als einem Jahre, habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zu teil wurde, eine merkliche Abkühlung gefunden. Sie gab sich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch eine Reserve, eine fühle Hoheit, welche andeutete, ich müsse ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß sie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leisten konnte.

Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagieren. Ich habe dieses Gefühl namentlich gehabt, als ohne mein Wissen und ohne mein Zuthun im Frühjahr 1878 inmitten des Reichstages durch Verständigung der beiden Präsidenten eine Landtagsession von mehreren Wochen eingeschoben wurde, als in dieser Landtagsession, die meiner Meinung nach erst nach Schluß des Reichstages hätte stattfinden sollen, Anträge, die im Grund jedermann für sich hatten, der Regierung, ich kann nicht anders glauben, als weil ich sie einbrachte, abgelehnt wurden; denn die Gründe, die dafür angeführt wurden, waren specios. Nun geht es in der Politik, in der inneren, ja doch wohl auch in der auswärtigen, wo oft Regierungen glauben, sie können ihrerseits diplomatisch oder selbst materiell rüsten, ohne daß der andere gerüstet ist. Es ist das in der Politik immer so, als wenn man mit unbekanntem Leuten, deren nächste Handlungen man nicht kennt, in einem unbekanntem Lande geht; wenn der eine seine Hand in die Tasche steckt, so zieht der andre schon seinen Revolver, und wenn der andre abzieht, so zieht der erste, und da kann man sich nicht erst fragen, ob die Voraussetzungen des preußischen Landrechts über die Notwehr zutreffen, und da das preußische Landrecht in der Politik nicht gilt, so ist man alternativ sehr, sehr rasch zur aggressiven Verteidigung bereit. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen, doch verlassen und isoliert gefühlt, ich habe das noch mehr bei der ersten socialdemokratischen Vorlage gefühlt, und ich habe damals gehofft, daß bei einer Aussonderung die disparaten Elemente, die in einer

großen und nominell die Regierung unterstützenden Fraktion vereinigt waren, sich sondern würden. Es ist das nicht gelungen, und so lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen immer vorsichtig in ihrer Anlehnung finden, und nicht so vertrauensvoll, wie dies früher der Fall gewesen ist. Die vielen Andeutungen in der Presse, als hätte ich mit irgend einer Fraktion gebrochen, oder wäre zuerst aggressiv verfahren, treffen nach meinem inneren Bewußtsein nicht zu.

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören wollen, ich bin successive von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preussische Ministerpräsidium übernahm, da ist in aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß gegen mich verkörperte, und bis zu welchem Maße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und auch nie versucht, mich dafür zu rächen; ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einzigen Leitstern gehabt: durch welche Mittel, und durch welche Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu diesen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierungen, und halte es für Deutschland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug, daß das dynastische Element, auch außerhalb Preußens eine Gewalt hat, im Vergleich mit

andern Ländern unitarischer Verfassung, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß, und die wir, wenn wir deren unitarisches Band zerreißen wollten, durch keine andre gleich starke Bindekraft ersetzen könnten. Ich verlange nicht die gleiche Ueberzeugung von jedem, ich will überhaupt niemand überreden, ich will nur darlegen, wie ich zu meiner jetzigen Stellung den Fraktionen gegenüber komme. Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher als heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und entscheidendste Reaktionspolitik, mit dem Erfolge, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit voller Sege lung zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegenteil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Theils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegenteil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin; ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform, — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der För-

derung des deutschen Einigungswerkes nützlich gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt und gewissenlos zum Absolutismus geraten haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken — und ich habe schwere und mir teure, nahe-
stehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weitergehen, was außerdem von meinen inneren Empfindungen und meinen Ueberzeugungen von der Gesamtmöglichkeit unsrer Politik entspricht. Das Entgegenkommen, welches ich damals für die mit mir versöhnten Gegner gehabt habe, und welches in meiner vielleicht fehlerhaft angelegten Natur nach der Versöhnung vielleicht etwas überfließend sein mochte, hat mir zuerst also die Vorbereitung zu dem späteren Bruch mit der konservativen Partei eingetragen. Es entstand dann für mich, thatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polnischen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des Deutschen Reiches auszubauen und in Aktivität zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren, — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andre geworden, wenn die konservative Partei mich damals nicht im Stich gelassen hätte. Es kam dazu der schwere Kampf, den ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage die in unsrer Geschichte seit tausend Jahren zu jeder Zeit gelegen hat; zeitweise ist sie lebhafter gewesen,

zeitweise stiller. Ich habe in diesem Konflikt mit der Lebhaftigkeit gekämpft, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe, eigentümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer anzustrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt, — ja, dann liegt es doch wahrlich nicht in meiner Berechtigung, als Minister solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Partei gedrängt wurde, als es für den Minister und Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reiches und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt, und habe das in der Socialistendebatte noch entwickelt, wir würden vom rechten Flügel ab gezählt in drei Bataillonen, vielleicht getrennt, marschieren und vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß — daß diese mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und akkreditiertesten Presse in einen Zorn und in eine Sprach-

weise verfallen sind, die mich vollständig degoutieren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen, (Geiterkeit) öffentlich, wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraktion wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion gethan haben würde.

Alles das sind Gründe, die mich gegenüber diesen meinen früheren, ich hoffe auch wieder zukünftigen Kampfgenossen in dieselbe Stimmung setzen, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben, kühl bis ans Herz hinan. Ich kann, die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eignen Wege verfolgen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie durch die Beschlüsse des Reichstages berichtigt werden, sie wird der Unterstützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraktion wird sie sich niemals unterwerfen können!

Unter diesen Umständen bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausscheiden meines Herrn Kollegen Delbrück im Reichskanzleramt ließ, mich nötigte, mich enger, näher als bisher mit den wirtschaftlichen Fragen zu befassen, bin ich zu Ueberzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick, wo sie bei mir feststanden, die ganze Kraft des Einflusses, der mir amtlich vertraut ist, gesetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorn anfangen muß, — ja, so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen, mein Vorbild ist darin Robert Bruce*) in seiner Geschichte

*) Robert Bruce, König von Schottland 1306—1329.

mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er sich ermutigte, um seinerseits das, was er für recht und seinem Vaterlande nützlich hielt, auch bei den übelsten Aspekten nicht aufzugeben; für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Aspekte nicht einmal übel und entmutigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrat an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete, und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen solcher Quisquilien, meiner Ansicht nach, wie sie die eine Theorie von der andern unterscheiden, das Ziel in dem Augenblicke unerreicht lassen sollte, wo ich die Hand danach ausstrecken könnte. (Bravo!)

Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete v. Bennigsen darauf aufmerksam gemacht, daß ich in meiner früheren Rede die Matrikularumlagen als nachteilig bekämpfte, wobei ich mich auf den Abgeordneten Miquel bezogen habe. Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe, so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag darauf prüfen: was gibt er denn? Nun, er gibt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpfte habe, die volle Abstellung derselben und der Uebelstände, die ich gerügt habe. Ich habe gesagt, bisher sei das Reich ein „lästiger Kostgänger“ bei den einzelnen Staaten, ein „mahrender Gläubiger“, während es bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelangt, bisher aber nicht

benutzt worden ist, der „freigebige Versorger“ der einzelnen Staaten sein mußte. Meine Herren, dieser freigebige Versorger wird das Reich aber durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages, der sich von dem früher in der Kommission vorgelegten Bennigsenschen bezüglich der Versorgung der Staaten nur dadurch unterscheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Autonomie in der Verwendung dessen, was ihnen zugestanden wird, beläßt. Wenn das Reich den Einzelstaaten nach seinem Ermessen die Ueberschüsse zu beweisen hätte, so dürfte sich nach den Vorgängen, die wir neulich in der Kommission erlebt haben, wo die Herren Abgeordneten Rickert und Richter die württembergische Finanzverwaltung vor ihr Forum gezogen haben, sehr leicht ein System entwickeln, nach welchem alle Budgets, das preußische so gut wie das württembergische, hier vor das Forum der Finanzkommission gezogen werden, und das wäre ein Unitarismus, den ich für schädlich und verwirrend halten würde, und welchen sich die einzelnen deutschen Stämme mit ihrem Selbstständigkeitsgefühl schwerlich gefallen lassen würden. Das wird vermieden, wenn die Ueberweisung von Rechts wegen im Gesetz steht, nicht in der Verfassung, sondern im Gesetz, welches dem Reich eine ständige Ausgabe zur Versorgung der einzelnen Staaten auferlegt. Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sehr freigebig bezahlt, es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich steht in voller Berechtigung seiner Finanzhoheit da, wenn es sich der Pflicht unterzieht, durch Flüssigmachung der Quellen, die unter seinem Verschluß liegen, der Finanznot

der einzelnen Staaten aufzuhelfen, ohne eine eiferfüchtige und die Grenzen seines Ressorts überschreitende Einmischung der einzelnen Staaten und ihres Verwaltungswesens. Das System der einzelnen Matrifularbeiträge hatte das Ergebnis, daß das Reich durch die Einzelstaaten, durch Versagung der Zuflüsse, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte, und dabei doch in jedem Jahr als mahrender Gläubiger die Matrifularumlagen verlangte; — durch die heute in Aussicht genommene Reichshilfe aber schwindet die Finanznot der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Motivierung meines ganzen Vorgehens in dieser Frage gebildet hat; die Finanznot wird zum Teil gehoben, und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Sublevation der notleidenden Gemeinden sofort ausgeführt werden können, die mir vorschweben, so doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Teil davon schon bald, sobald nur die Ertragslosigkeit der Tabaksteuer überwunden sein wird, die an dem Mangel der Nachsteuer liegt, dieses Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Die Ungleichheit der Belastung durch die Matrifularumlagen, die ich auch, wie ich hier sehe, damals gerügt habe, schwindet auch, wenn die Verteilung nach demselben ungleichmäßigen Maßstabe stattfindet wie die Einzahlungen.

Wie nun dadurch die Finanzhoheit des Reiches geschädigt werden sollte, dafür suche ich vergeblich nach irgend einem Verfassungsparagraphen. Man könnte, wenn man theoretisch zu Werke gehen wollte, zuerst fragen: wer ist denn eigentlich das Reich? Die Verfassung gibt darüber eine ganz authentische Auskunft, der gegenüber aber

verschiedene abweichende Auslegungen im Publikum bestehen. Wenn ich in der Presse die Besorgnis lese, wie das Reich gefährdet sein werde, wenn den Bundesstaaten zwar nach wie vor die verfassungsmäßige und jederzeit innezuhaltende Verpflichtung obliegt, die Matrikularumlagen zu der vom Reichstage zu bewilligenden Höhe der Ausgaben unweigerlich einzuzahlen, — wenn dieses für das Reich gegebene Verhältnis erhalten wird, wo liegt dann der Unterschied, der hier zwischen dem Reich und den verbündeten Staaten gemacht werden will? Dieses beruht meines Erachtens auf ganz unrichtigen Behauptungen, namentlich für uns, die wir hier auf der Ministerbank stehen; wir sprechen im Namen der „verbündeten Regierungen“. Können nun die verbündeten Regierungen gegen sich selbst den Verdacht hegen, daß sie ihren Verpflichtungen gegen das Reich nicht nachkämen? — gegen das Reich, welches wiederum genau dasselbe ist, wie die Gesamtheit der verbündeten Regierungen? Namentlich aber Preußen, welches das — Kaiserschwert, kann ich es wohl nennen nach der Genesis aus dem Bundesfeldherrn, der es in der Hand hat, — können Sie den Verdacht haben, daß Preußen sich gegen das Reich auflehnt, vielleicht in Verbindung mit einigen andern mächtigen Partikularstaaten? Ja, dann wollen wir überhaupt nur auf dem Dom das letzte Geläut ansagen. (Bewegung.) Das ist aber eine Voraussetzung, die doch unmöglich Ihren Deduktionen zu Grunde liegen kann.

Wo ist also der Spalt, die Grenze, die sich bei Ihnen zwischen dem Reich und dem durch den Franckensteinischen Antrag angeblich begünstigten Partikularismus der Bundesstaaten zieht? Ist etwa der Kaiser und der Reichstag allein das Reich? Ich fürchte, Sie ziehen für

das Reich noch eine viel engere Grenze, so daß jeder in erster Linie vorzugsweise seine eigne Fraktion darunter versteht, (große Heiterkeit) und dann demnächst die andern auch, soweit sie ein freundliches Verhältnis zur eignen haben.

Die verfassungsmäßige Definition des Reiches befindet sich in dem einleitenden Satz zur Verfassung über den Bundesvertrag, den die verbündeten Regierungen untereinander abgeschlossen haben, und der da lautet, daß der König von Preußen und die übrigen einen Bund schließen; dieser Bund wird den Namen „Deutsches Reich“ führen und nachstehende Verfassung haben. Durch diese Verfassung werden nun die Rechte des Reichstages hingestellt, die bei diesem Franckensteinschen Antrag, wie ich mir schon zu sagen erlaubte, ihre volle Wahrnehmung finden. Die Regierungen haben bisher schon nach Art. 36 der Verfassung das Recht, die Zölle ihrerseits durch ihre eignen Beamten zu erheben:

„Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen.“

Wäre also eine Möglichkeit oder eine Neigung, diese Zölle dem Reiche vorzuenthalten, so wäre jeder Bundesstaat, namentlich ein so mächtiger wie Preußen, schon längst in der Lage, es zu thun. Soviel ich mich erinnere, erhebt Preußen an Reinertrag der Zölle, wenn man sie zu 104 Millionen Mark ansetzt, 63 Millionen, also ungefähr nach Verhältnis seiner Bevölkerung, oder auch darüber hinaus, wenn man der preussischen Erhebung die, wie ich glaube, 6 Millionen der Reichslande und die 5 Millionen der Zollvereinsämter in den Hanse-

städten zurechnet, so würde Preußen 74 Millionen der bisherigen Zölle erheben, und bei einer Steigerung der Zölle um den Prozentsatz, den das neue Gesetz liefern würde, würde das Verhältnis in dieser Repartition wohl unverändert bleiben. Der einzige Staat, der meines Wissens erheblich über seine Bevölkerungszahl erhebt, ist Sachsen, dessen Zolleinnahmen, die es an das Reich überweist, sich auf 10 Millionen belaufen, während nach dem quotierten Satz, der auf die Kopfzahl der Bevölkerung kommt, es nur etwa 7 Millionen sein müßten. Unter der Bevölkerungszahl bleiben dagegen die Einnahmen der süddeutschen Staaten. Hat nun diese Einrichtung der Erhebung, diese Thatsache, daß der Ertrag des Zolles zuerst in die partikularistische Gewalt des Einzelstaates vermöge des Artikel 36 der Verfassung geht, jemals zu Befürchtungen bisher Veranlassung gegeben, daß die Reichsfinanzhoheit gefährdet sei, daß ein Partikularismus sich entwickeln werde? Meines Wissens in keiner Weise! Diese Zölle werden nun nach Artikel 39 durch vierteljährliche und jährliche Abrechnungen, die an den Finanzausschuß des Bundesrats gelangen, buchmäßig verteilt, wieviel jeder von seinen Zöllen behält, wieviel er herauszuzahlen hat. Es ist dabei auch nicht bezweifelt worden, daß der Ertrag der Zölle, wie Artikel 38 vorschreibt, unter andern bezeichneten Ausgaben virtuell in die Reichskassen geflossen sei, obschon in natura der gezahlte Thaler schwerlich in einer Reichskasse hier jemals geklungen hat, sondern es ist alles auf dem Wege der Abrechnung gemacht worden. Dieser selbe Weg der Abrechnung soll auch ferner bei Annahme des Franckensteinschen Antrages beschritten werden. Die eventuelle Ueberweisung zunächst an die Reichskasse wird verfassungsmäßig nach Artikel 38

stattfinden. Von da wird nach dem Text des Franckensteinischen Antrages eine Ueberweisung an die einzelnen Staaten aus der Reichskasse stattfinden. Das Reich wird also vermöge eines Gesetzes, welches es sich selbst gibt, eine ständige Ausgabe in sein Budget aufzunehmen haben, deren Betrag den einzelnen Staaten zur freien Verwendung zufließt. Es bedarf daher auch nicht der Artikel 70 der Verfassung einer Aenderung, welcher verlangt, daß zunächst die Ueberschüsse zur Verwendung kommen sollen, da die Ueberschüsse sich erst dann ergeben, wenn alle Ausgaben bestritten sind, und wenn das Reich sich eine Ausgabe gesetzlich auferlegt, mag sie für das „Germanische Museum“, mag sie für die „Gesamtheit der Einzelstaaten“ votiert werden, so muß immer diese Ausgabe erst geleistet werden, ehe Ueberschüsse entstehen können. Wir haben also unsrerseits die Reichsverfassung in allen Artikeln für uns, und die Verletzung, die in der Presse vielfach behauptet wird, — ich weiß nicht, ob auch heute in den Reden — bestreiten wir und gewärtigen den Beweis, der bis jetzt nicht vorliegt.

Ich möchte auch hier wiederum für die Herren die Ermahnung anknüpfen, doch bei so einfachen und die kühlste Erwägung fordernden Fragen, wie Zölle, Wirtschaftsangelegenheiten, Finanz- und Budgetsachen — man möchte sagen, nicht den alten Stammeshaß herauszukehren; dieser liegt hier nicht vor, aber wir riskieren bei der scharfen Trennung, die unter den Fraktionen stattfindet, daß wir die Fraktionen an die Stelle der Stämme setzen. Ob vielleicht späterhin wirklich alle Verbindungen, auch die Familienverbindungen zwischen den einzelnen Fraktionen hinwegfallen, und jede einzelne Fraktion sich wieder als gesonderter Stamm entwickelt, — soweit wird es

hoffentlich nicht kommen. Aber ich würde bitten, die hohe Politik und die Befürchtung, daß irgend ein politischer Hintergedanke bei den einfachsten Maßregeln vorhanden ist, nicht auf alle diese Dinge zu übertragen und den zornigen Kampf der Fraktion nicht soweit zu treiben, daß die Interessen des Reiches darunter leiden, und daß, wenn die Regierungen sich dadurch einschüchtern ließen, auch in diesem Jahre der erste Schritt zu einer finanziellen Verbesserung wiederum nicht zustande käme. Von seiten der Regierungen kann ich ganz bestimmt versichern, daß sie sich durch die meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den sie betreten haben, und über den sie sich am vergangenen Sonntag vorläufig verständigt haben, nicht werden irre machen lassen, und ich für meinen Teil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, mag ich Haß oder Liebe dafür ernten — das ist mir gleichgültig! (Bravo! rechts.)

Der Antrag Franckenstein wurde mit 211 gegen 122 Stimmen angenommen.

16. Zur Frage der Doppelwährung.

9. Juli 1879.

In der 62. Sitzung des Reichstages am 19. Juni brachten die Abgeordneten Dr. Delbrück, Bamberger und Garnier nachstehende Interpellation ein: „Beabsichtigt die Regierung eine Abänderung der bestehenden Münzgesetzgebung herbeizuführen?“ Abgeordneter Dr. Delbrück begründete diese Interpellation durch die seit einiger Zeit wiederkehrenden Nachrichten, besonders durch die Meldungen aus England, welche der Reichsregierung die Absicht des

Ueberganges zur Doppelwährung oder Silberwährung unterlegten. Der Reichskanzler erwiderte darauf folgendes:

Wenn ich mich an den Text der Interpellation halte, so kann ich zunächst zweifelhaft darüber sein, wer der darin bezeichnete Adressat sei, an den sie gerichtet ist. Die Interpellation sagt: Beabsichtigt „die Regierung“ die Münzgesetze zu ändern? Der Ausdruck „die Regierung“ in Bezug auf Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er im außeramtlichen Gespräch gebraucht wird, so kann man darunter je nach den verschiedenen Funktionen des Reiches, um die es sich handelt, verschiedene Organe des Reiches verstehen. Wenn es sich um eine Initiative in der Gesetzgebung handelt, so kann aber darunter keineswegs der Reichskanzler verstanden werden, da die Initiative in der Gesetzgebung bekanntlich einer jeden Regierung zusteht, und innerhalb dieser Regierung die Anregung einer solchen Initiative wiederum jedem Mitgliede.

Wenn ich über die Absichten der Reichsregierung, worunter ich hier also verstehen würde: der verbündeten Regierungen, Auskunft geben sollte, so müßte ich sie alle darüber befragen, da sie mir Mitteilungen nicht gemacht haben. Es könnte mir dann leicht erwidert werden, daß ich doch abwarten möchte, bis solche etwa vorhandene Absichten sich in Gestalt von Worten, wenigstens von Bemerkungen, oder von Anträgen verkörpert, daß sie es aber ablehnten, sich über ihre Gedanken katechisieren zu lassen.

Ich könnte dieselbe Antwort ja meinerseits auch hier geben, ich will indessen nur sagen, daß ich es nicht nützlich für das Reich halte, einen so schwierigen und für unser Kredit-, Geschäfts- und wirtschaftliches Leben so

wichtigen Gegenstand, ohne geschäftlichen Anlaß, beiläufig gewissermaßen akademisch öffentlich zu besprechen und die Regierung en demeure zu setzen, daß sie sich amtlich ausspreche.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht gewesen, eine solche Interpellation zu stellen. Man habe davon Abstand genommen in der Meinung, daß man durch Herbeiführung einer öffentlichen Diskussion über diese Frage der Reichsfinanzverwaltung Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich konnte diese Aeußerung des Herrn Vorredners nur mit dem Gedanken begleiten, daß diese Erwägung eine sehr weise war. (Heiterkeit.) Warum die Lage nun seitdem verbessert worden ist — was hat sich denn geändert? daß in einem ausländischen Parlament die Sache in einer Weise besprochen worden ist, bei der niemand behauptet hat, amtliche Nachrichten zu haben, macht das nun die Stellung dieser Interpellation, die Stellung dieser Frage für die Regierung weniger unbequem, weniger schwierig? Der Herr Vorredner selbst teilte, wie er sagt, die Besorgnis nicht, die der Stellung der Interpellation zu Grunde lag, die ihr den Ursprung gegeben hat. Muß aber nicht die ganze Welt glauben, wenn sein Name unterzeichnet steht, wenn ein so bedeutender Staatsmann, welcher der Regierung so nahe steht und zu ihrer Beobachtung so leichte Mittel hat, dem es so leicht gewesen wäre, privatim bei mir Erkundigungen einzuziehen, wenn der die Zweifel an den Absichten der Regierung bis zu dem Maße teilt, daß er eine öffentliche amtliche Befragung der Regierung für notwendig hält, — muß die Welt nicht glauben, daß doch sehr viel mehr daran sein müßte, als er selbst hier zugegeben hat, als

es wahrſcheinlich der Fall ſein könnte? Ich halte die Interpellation für nicht wohl überlegt. (Oho! und Lachen links.) Was in den Zeitungen ſteht, das vergeht bald; Zeitungen haben einmal mir gegenüber nur ein Bedürfniß an Material für ihr Bedürfniß an ſittlicher Entzüſtung; dazu brauchen ſie Stoff, und die Herren, die eben ein ſo ſonores Gelächter erſchallen ließen, werden mir das beſtätigen, ſie brauchen auch ſonſt Stoff; in dieſer ereignisloſen Zeit, wo kaum irgendwo in der Welt ein mäßiger Krieg im Gange iſt, — in Europa Gott ſei Dank, gar keiner — werfen ſie ſich begierig auf jeden Stoff, das liest man und vergißt es wieder. Wenn aber 58 Herren von der Bedeutung wie diejenigen, welche dieſer Interpellation durch ihre Namensunterſchrift Nachdruck gegeben haben, durch Stellung derſelben bekennen, daß auch ſie an den Abſichten der Regierung zweifelhaft ſind, dann muß doch im Publikum die Meinung Platz greifen: dieſe Herren ſind eingeweiht, das ſind Sachkundige, die wiſſen mehr als wir, da muß doch Grund ſein, an den Intentionen der Regierungen zu zweifeln, ſonſt würden ſo bedeutende Finanz- und Staatsmänner, die ja jeden Tag Zugang zu vertraulichen Erörterungen zu jedem Miniſter gehabt haben würden, um ihrerſeits ihre Beſorgniſſe zu zerſtreuen, die würden nicht eine öffentliche Interpellation geſtellt haben, ſie würden die Zweifel, welche ſie bekämpfen wollen, nicht ſanktionieren, ja zum Theil durch ihre Unterſchriften, durch ihre Interpellation erſt ſchaffen.

Mir ſtellen Sie nun die Aufgabe, die Zweifel zu beſeitigen, die Sie ſelbſt ſchaffen und zugleich mit der Verſchärfung, daß dieſe Zweifel nachtheilig auf unſre wirtſchaftlichen Interellen wirken, was ich ja gar nicht

bestreite. Aber wenn Sie davon überzeugt sind, dann hätten Sie diesem Zweifel nicht in Form einer so zahlreich unterzeichneten Interpellation Ausdruck geben sollen! Sie erwarten nun von mir, Sie schieben mir die Aufgabe zu, diese von Ihnen angeregten Zweifel aus dem Wege zu schaffen. Wenn ich auch sage, ich habe die Absicht nicht, kann ein anderer sie nicht haben? Wenn ich sage, ich bin nicht überzeugt von der Nützlichkeit einer Aenderung in unsrer Münzverfassung, könnte ich nicht beim näheren Studium der Frage, beim Anhören von Sachverständigen, bei Prüfung der Auffassung derjenigen Regierungen, die anderer Meinung darüber sind als die unsrige, könnte ich da nicht zu der andern Ueberzeugung gelangen? Ist meine einfache Verneinung, daß ich mir jetzt keiner Absicht bewußt bin, auch keine, ist sie eine hinreichende Entkräftung eines so stark accentuierten Zweifels in einem so wichtigen und ansehnlichen Zeugnisse, wie das der 58 Unterzeichner hier repräsentiert? (Sehr richtig!) Sie schaffen da einen Zweifel, den ich durch meine einfache Verneinung mich außer stande fühle, vollständig wieder aus der Welt zu schaffen; es wird immer aliquid härteren von diesem Zweifel, und wenn Sie nachher die Schuld davon der mangelhaften Beantwortung der Minister zuschieben, dann, meine Herren, setzen Sie die Minister doch einigermaßen in die Lage, wie ein sehr hübsches Chamisso'sches Gedicht von dem Lemberger Juden sagt, der dem Steinwurf eines Studenten auswich: der zertrümmerte eine Scheibe, und der Jude wurde angehalten, die Scheibe zu bezahlen, denn hätte er sich nicht gebückt, so wäre die Scheibe nicht zertrümmert worden. (Heiterkeit.) Ebenso geht es auch dem Minister; es wird durch die Stellung der Inter-

pellation eine nachtheilige Wirkung erzielt; wenn der Herr Minister nicht geschickt, entschlossen oder nicht willens ist, diese Wirkung durch seine Aeußerung wieder zu zerstören, so trifft ihn die Schuld. Ich bin ja an diese Argumentationen sonst vielfach gewöhnt, und von welcher Seite sie nachher kommen werden, weiß ich nicht, aber kommen werden sie gewiß.

Ich kann dieser Interpellation gegenüber ja nur über die Thatfachen Auskunft geben. Ueber die geschäftliche Lage, wie sie zu meiner Kenntniß kommt, kann ich versichern, daß von keiner Seite, weder im Bundesrat noch im preußischen Ministerium ein Antrag auf eine Veränderung unsrer Münzgesetzgebung gestellt worden ist, daß die Frage, ob einer zu stellen wäre, von keiner Seite auch nur zur Sprache gekommen und von keiner Seite mit einem Worte berührt worden ist. (Hört! Bravo!) Die einzige thatsächliche Anknüpfung, der Krystallisationspunkt, an dem sich diese ganze Legende einschließlich der Interpellation gebildet hat, besteht in meinem an das Bankpräsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja für die Vergrößerung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreises bis auf 47, während 61 der normale Wert sein würde, erlitten, — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Person nicht mehr tragen wollte. (Bravo!) Ich hatte dabei im Sinne, die Verantwortung für die Siftierung bis zur nächsten Session persönlich zu tragen, weil ich Sie in dieser mit einer so neuen und schwierigen Frage nicht belästigen wollte, und dann in der nächsten Session die Thatfachen

Ihnen offen vor Augen zu legen, um zu gewärtigen, ob die Legislative beabsichtigt, dem Leiter der Exekutive andre Aufträge zu geben als bisher, oder ob sie die Fortdauer der Sistierung sanktioniert. Daß ich in der jetzigen Sitzung dergleichen nicht zur Sprache gebracht, glaubte ich, würden Sie mir Dank wissen, weil wir, meiner Meinung nach, genug andre Geschäfte und auch genug dringliche Geschäfte haben. Nachdem mir aber die Sache gegen meinen Wunsch gebracht wird, so bin ich genötigt, das, was ich ein Jahr später hier vorlegen wollte, ein Jahr früher vorzulegen, und wenn die Herren jetzt eine Diskussion daran knüpfen wollen, so haben wir ja den ganzen Sommer vor uns (Heiterkeit), und ich bin auch nicht abgeneigt, auf jede weitere Erörterung der Frage einzugehen, — meine dienstliche Stellung nötigt mich dazu.

Was sich nun an diese Inhibierung des Silberverkaufs geknüpft hat, das ist zuerst ein großes Mißvergnügen derjenigen Bankhäuser und anderer Geschäftstreibenden, die Gewinn von diesen Silberverkäufen hatten. (Sehr richtig!) Daß dieses Mißvergnügen in Verbindung mit den vielen andern mißvergnüglichen Eindrücken, die ich das Unglück habe in der Presse zu erregen, nun auch sich dahin verkörpert, daß man mir allerhand abenteuerliche Pläne von Reaktion auf diesem oder jenem Gebiete andichtet, daran bin ich ja gewöhnt; aber ich dachte, die Herren wären auch daran gewöhnt und stießen sich an solche Insinuationen und Verdächtigungen meiner Absichten nicht weiter, sondern ließen sie ruhig passieren. Wenn das nicht ist, so schenken Sie den Verdächtigungen der Presse, die mich betreffen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit, zu welcher ich durch rotes und blaues Anstreichen

veranlaßt werde. Daß „diese Herren Financiers“, wie sie in dem Schreiben des englischen Herrn Botschafters genannt werden, oder Finanzmänner, und zwar meiner Erinnerung nach nicht Finanzmänner in Deutschland allgemein, sondern in dieser Hauptstadt, der Meinung wären, — also es hat in dieser Hauptstadt Finanzmänner gegeben, die sich dem englischen Herrn Botschafter gegenüber das Ansehen gegeben haben, als ob sie über die Absichten der Reichsregierung mehr wüßten, als andre Leute. Mein verehrter Freund und diplomatischer Mitarbeiter Lord Odo Russell hat diese zu seinen Ohren gekommenen Gerüchte pflichtmäßig nach England gemeldet, wie ja auch uns die Vertreter der Regierung im Auslande sehr häufig Gerüchte, die in der City von London oder in Paris über die Absichten der englischen oder französischen Regierung circulieren, als solche melden; dabei ist gar nichts Außerordentliches. Etwas verwunderlicher ist mir die Thatsache, daß ein nicht stärker verbürgtes Gerücht Gegenstand einer amtlich accreditierten öffentlichen Mitteilung wird; ich habe einerseits in solchen Fällen, wenn ich Andeutungen von Stadtgerüchten über die Absichten einer fremden und namentlich einer uns so nahe befreundeten Regierung, wie der englischen, erhielt, doch dieser Mitteilung nicht einen amtlichen und öffentlichen Charakter verliehen, als bis sie mir auf andrem, sicherem Wege bestätigt wurde. Indessen ist es ja nicht meine Aufgabe, Gründe zu ermitteln, welche die englische Regierung dabei hat, von diesem voraussichtlich in einem Privatbriefe von Lord Russell gemeldeten Gerücht einen so stark accentuierten Gebrauch zu machen; daß aber die Thatsache, daß die englische Regierung darin ein abweichendes Verfahren von dem unsrigen im einzelnen

Falle beobachtet, nun die Natur und die Wirkung der Interpellation für die Reichsregierung wesentlich geändert haben sollte, das kann ich denn doch nicht zugeben, und mir wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn die Interpellation überhaupt nicht gestellt worden wäre, oder wenn man mich doch vorher, was ja doch bei vielen meiner verehrtesten Bekannten, die jeden Tag Zutritt zu mir haben können, leicht gewesen wäre, wenn man mich vorher gefragt hätte: was werden Sie denn ungefähr antworten, werden Sie ein kategorisches „Nein“ geben: „nie und unter keinen Umständen!“ — Ja, das hat auch seine Unbequemlichkeiten. Wir wünschen, daß die Silberpreise steigen. Wenn ich aber das „Nein“ ausspreche, so wird man sagen: gut, wir wollen nur warten, kommen müssen sie uns doch mit dem wohlfeilen Silber, da sie die Absicht haben, es später jedenfalls zu verkaufen; passen wir nur auf, daß wir den Preis nicht hochgehen lassen, und machen wir ein großes Geschrei bei jedem Unterhandverkauf, der von der deutschen Bank oder der deutschen Regierung etwa kommen kann, dann werden wir den Silberpreis rasch wieder herunterwerfen, sowie sie nur eine Kiste von dem eingeschmolzenen Silber, das sie noch hat, verkaufen will.

Das ist also die Unbequemlichkeit, welche mir die Herren verursachen, und ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Interpellation unterlassen hätten. In dem gesamten Bundesrat und in dem preussischen Ministerium sind die Zweifel an der Stetigkeit unsrer Gesetzgebung, welche durch die Interpellation ihren Ausdruck finden, niemandem beigegeben. Im übrigen erlaube ich mir aber doch, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß ja irgend eine Veränderung des Gesetzes ohne

Zuſtimmung des Reichſtags gar nicht erfolgen kann; jede geſetzgeberiſche Vorlage bedarf ja ihrer Beſtätigung, unfre heutigen Münzzuſtände beruhen auf Geſetz, und wenn wir ein neues Geſetz einbringen wollten, ſo würde es Ihnen auch an Zeit zur Abwehr und an den Mitteln nicht fehlen, alle Vorbereitungen zu treffen, denn die Oeffentlichkeit würde doch raſch in Kenntniß geſetzt werden, wenn die erſte Anregung vom Bundesrat in dieſer Richtung erfolgte, oder auch nur, was der vertrauteſte Weg wäre, durch ein Cirkular an die verſchiedenen Regierungen ihre Meinung ſondiert wird. Ich kann indes verſichern, daß ich biſher die Meinung nicht einer einzigen deutſchen Regierung über dieſe Sache ſondiert habe, nicht einmal die der preußiſchen, und daß ich, weil ich auf die Zweifel, welche laut wurden, auf die Zeitungsgerüchte meinerſeits gar kein Gewicht lege, daß ich nicht einmal meinen preußiſchen Kollegen und Finanzminiſter um ſeine Anſicht in dieſer Sache zu fragen Gelegenheit gehabt habe. (Hört!) Ich möchte alſo . . . die Herren ſchreien: „Hört!“, dadurch möchten ſie wiederum inſinuieren, — ich bin in Beziehung auf Inſinuationen mir gegenüber heutzutage ſehr hellhörig — mir gegenüber inſinuieren, ich verführe alſo, ohne den preußiſchen Finanzminiſter zu fragen. Ich muß meine Gedanken daher richtig ſtellen. Ich habe damit ſagen wollen, das erſte, wenn ich ſolche Abſichten hätte, wäre doch wohl, daß ich mit dem preußiſchen Finanzminiſter ſpräche, da ich ohne die 17 preußiſchen Stimmen im Bundesrat wenig machen kann und in dieſer Beziehung ja weſentlich von dem preußiſchen Finanzminiſter abhängen würde. Alſo da bitte ich, dieſes inſinuante: „Hört! hört!“ dadurch richtig zu ſtellen, daß gerade der preußiſche Finanzminiſter die

wichtigste Person ist, sehr viel wichtiger, als irgend eine andre. (Heiterkeit.)

Ich bitte Sie also, meine Herren, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit unsrer Gesetzgebung dadurch anzuerkennen, daß Sie über diese Interpellation — ich sage nicht zur Tagesordnung übergehen, aber eine weitere Diskussion der Frage nicht daran knüpfen. Wünschen Sie es aber, so bin ich bereit, Rede zu stehen; jedenfalls aber bitte ich, damit Sie beurteilen können, ob ich mit Recht dieser Meinung nach die Silberverkäufe sistiert habe, zunächst um das Wort für den Herrn Bankpräsidenten, um die Thatsachen vorzutragen, welche mich bestimmt haben, diese Anordnung zu treffen.

Der Präsident des Reichsbankdirektoriums von Dechend führte darauf aus, daß sich der Verlust an den bisherigen Silberverkäufen der Reichsbank seit Einführung der Goldwährung auf 96 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark belaufe und daß sich beim Verkauf von weiteren einzuziehenden 476 Millionen Thalerstücken ein fernerer Verlust zwischen 90 bis 100 Millionen Mark ergeben würde. Er habe es daher für seine Pflicht gehalten, den Herrn Reichskanzler auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und die Sistierung der Silberverkäufe auf das dringendste zu empfehlen. Er könne nur wiederholt dringend bitten, den Weltmarkt von der Angst vor dem deutschen Silber bleibend zu befreien, es bei der getroffenen Anordnung zu belassen und kein Silber weiter zu verkaufen, da Deutschland unter noch Kurs habenden Thalern nicht leide. — Der Abgeordnete Bamberger beantragte dann die Besprechung der Interpellation und schloß eine längere Rede dazu mit den Worten: „Ich kenne wirklich nur wenige originelle Köpfe unter den eigentlichen Sachverständigen, die behaupten, Deutschland wäre jetzt wohlberaten, wenn es irgendwie den Gedanken fassen könnte, an seiner Münzgesetzgebung zu rühren. Ich hoffe, der Herr Reichskanzler wird das auch bestätigen und mich, da er es noch nicht gethan hat, nachträglich auslachen, daß ich die Interpellation

für nötig hielt." Der Reichskanzler gab folgende Erwiderung:

Ich nehme allerdings das Wort, aber keineswegs zu dem Zweck, den Herrn Vorredner auszulachen, dazu ist mir die Sache doch zu ernsthaft, sondern um meine Betrübnis darüber auszusprechen, daß er durch seine jetzige Rede eben den Eindruck, als ob gewichtige Finanzmänner und Kenner unsrer Regierungsverhältnisse in der That Zweifel an der Stetigkeit unsrer Gesetzgebung hätten, wesentlich gesteigert hat. Er hat zwar mehrfach die Interpellation unter gewissen Bedingungen als lächerlich bezeichnet, eine Andeutung, die ich mir niemals erlauben würde, aber er selbst hat sie gemacht. Jedoch ich frage: ist nicht die ganze letzte halbe Stunde seiner Rede ein Plaidoyer gewesen, wie es nur dann platzgreifen könnte, wenn hier von dieser Stelle bereits der Antrag zur Rückkehr auf die Doppelwährung vorläge? (Sehr richtig! rechts.) Er hat in der ganzen letzten Hälfte seiner Rede die Doppelwährung oder die Veränderungen mit der ihm eigentümlichen Beredsamkeit und mit dem vielen Material bekämpft, das er dazu gesammelt zu haben scheint, so daß jeder, der diese Rede liest, den Eindruck haben muß: mein Gott, der Herr muß doch sehr von der Tendenz der Regierung überzeugt sein, daß er sie so dringlich abmahnt und hier mit Citierung aller Staaten, die der Goldwährung anhängen, eine Rede zu Gunsten der letzteren hält, mit Darlegung einer Anzahl von bedeutenden Autoritäten für die Goldwährung, als ob von hier aus eine Vorlage dagegen schon gemacht wäre, als ob ich dem Interpellanten schon geantwortet hätte: ja, es ist allerdings die Absicht. Dann wäre die Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger allerdings ganz am Platze

gewesen, aber da das nicht vorliegt, so bestärkt sie nur den falschen Eindruck, den meiner Befürchtung nach die Interpellation überhaupt machen wird.

Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede, der viel weniger wohl lautend und sehr viel schärfer war als das Ende, — er hat ja überhaupt die Gewohnheit, durch weichen, wohlthuenden Ton am Schluß einer sehr langen Rede den mitunter sehr verletzenden Anfang wieder in Vergessenheit zu bringen, und ich würde es kaum behalten haben, wenn ich es mir nicht aufgeschrieben hätte — sich mit einer Aeußerung von mir beschäftigt. Ich habe gesagt, die Herren hätten meines Erachtens wohlgethan, wenn sie mich vor Einbringung der Interpellation über die Art gefragt hätten, wie ich sie beantworten würde, — nicht darüber, ob sie mir genehm ist, denn das wäre wieder eine Andeutung eines diktatorischen Regiments und dergleichen — ich habe mich vorsichtig ausgedrückt und gesagt, ich hätte gewünscht, daß sie sich vorher bei mir erkundigt hätten, wie ich sie beantworten würde. Da sagt der Herr Vorredner: das ist den Thatsachen widersprechend, denn vor drei Monaten habe ich dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts etwas gesagt und habe von dem das und das gehört; — ganz andre Dinge, die gar nicht zur Sache gehören und mit der Interpellation, die vor drei Monaten niemand voraussehen konnte, nichts zu thun haben. Schon scheinbar näher kommt er der Widerlegung meines Vorwurfs, wenn er sagt, vor einigen Tagen, in der vorigen Woche sei der Herr Präsident des Reichskanzleramts beauftragt worden, mir mitzuteilen, daß man beabsichtige, diese Interpellation zu stellen. Das geschah, und darauf habe ich damals unter vier Augen zu dem hier gegenwärtigen Herrn Präsidenten

zuerst gesagt: ich kann mir das doch kaum denken, namentlich daß diese Herren dergleichen thun sollten, — ich kann es kaum glauben. Darauf habe ich wiederholt die Bestätigung erhalten: ja, es ist die Absicht. Gut, — sage ich, — ich habe noch nie einen Handschuh liegen lassen, den mir einer hingeworfen hat; ich habe, dem Sinne nach, wie der Herr Vorredner ausgeführt, gesagt, die Interpellation wäre mir unangenehm, aber ich würde sie beantworten. Ich habe mich aber dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gegenüber unter vier Augen sehr viel stärker ausgedrückt, — natürlich war der zu höflich, diese meine Worte den Herren so wiederzugeben (Geiterkeit), und sie sind auch nicht von der Art, daß sie sich von diesem Plaze wiederholen ließen. Aber, ich habe gesagt: wenn die Herren die Interpellation stellen wollen, nun dann — wie wir in Reih' und Glied sagten — dann „raus davor!“ Eine Interpellation ist an und für sich da, wo die Privaterkundigung ausreicht, eine Demonstration, die mir einen feindseligen Eindruck macht. Ich habe bei Lesung der Unterschriften viele gefunden, auf deren Beistand und Freundschaft ich einen sehr hohen Wert lege; aber in der Hauptsache und namentlich auch in den andern Fraktionen, auf die der Herr Vorredner sich bezog, außer der seinigen, sind es doch hauptsächlich diejenigen Herren, die wir bei den Abstimmungen über die Tariffragen stets in der Opposition zu sehen pflegen, — (sehr wahr! rechts) ich will sie Ihnen nicht namentlich citieren. Ich habe also den Eindruck gehabt, daß vielleicht die Diskussion, welche sich hierüber entspinnt, eine kleine Diversion zur Erholung vom Tariffkampf sein könnte, und in diesem Sinne habe ich den Herren anzudeuten gesucht: glauben

Sie nicht, daß Sie mich ermüden können, ich stehe im Dienst, und da werde ich nicht müde, ich bin bereit, — wir haben den Sommer ja vor uns — hier auch weiter über diese Sachen zu diskutieren, wenn Ihnen das recht ist. Das habe ich damit andeuten wollen, daß auch diese Berechnung, die etwa der Sache zu Grunde liegen könnte, — ich will nicht sagen, zu Grunde liegt — mich immer auf dem Posten finden und mich nicht davon verdrängen wird. Aber was ich erwartet hätte: — ist denn der Weg zu mir weiter als zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts? Ich habe namentlich mit dem Herrn an der Spitze der Interpellation jahrelang in den intimsten amtlichen Verhältnissen gestanden, in denen wir alles miteinander besprochen haben; ich schmeichle mir noch heutzutage, in persönlich freundschaftlichem Verhältnis mit ihm zu stehen, es wäre also doch eine große Leichtigkeit gewesen, mich über die Sache zu befragen. Ich würde zwischen vier Wänden mich vollständig unumwunden und unumwundener ausgesprochen haben, als ich es vor der Deffentlichkeit thun zu sollen glaube. Den Vorwurf habe ich gemacht, daß Sie dies unterlassen haben, und daß Sie das unterlassen haben, hat der Herr Abgeordnete Bamberger in keiner Weise widerlegt, obschon er sich vorher das Ansehen gegeben hat, als hätte er diesen Vorwurf als einen unrechtmäßigen zurückgewiesen; denn wenn er dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts angekündigt hat, Sie würden die Interpellation stellen, wenn ich nicht vorher freiwillig eine Erklärung gebe, was mir übrigens nicht gemeldet worden ist, so ist es doch himmelweit verschieden davon, daß Sie mich fragen, was ich Ihnen antworten würde. Der Herr Vorredner hat mein Beispiel von dem Bamberger

Juden*) sehr viel schneller verwirklicht als ich glaubte, daß es möglich wäre. Ich habe Schuld, daß die Interpellation gestellt ist, ich habe sie durch freiwillige Beantwortung und Beschwichtigung nicht verhindert; ja es fehlt nur noch, daß er sagt: erst infolge der Antwort, die ich auf die Interpellation gegeben habe, sei sie gestellt worden. (Heiterkeit.)

So ungefähr dreht sich die Sache herum. Ich kann alle und namentlich ganz unmotivierte — ich will nicht den Ausdruck frivol gebrauchen, den der Herr Vorredner gebraucht hat — aber ganz unmotivierte Befürchtungen beschwichtigen — wie ich über diese nachdenken und Zeitungen lesen und mir den Kopf zerbrechen, wie ich die beschwichtigen soll, fällt mir nicht im Traume ein, und Herr Bamberger mag fürchten, was er will, ich werde ihn nicht beruhigen. Ich thue meinen Dienst nach allen Richtungen hin und weiter nichts. Also deshalb zu sagen: wir haben die Interpellation stellen müssen — ich glaube, er sagte, sie hätten alles gethan, um die Interpellation zu vermeiden, nun, doch nicht alles, Sie konnten sie einfach nicht stellen, dann war sie vermieden. (Heiterkeit.) Zeitungsberichte, Zeitungen — wer hat denn diese Artikel in die Zeitungen geschrieben? Ich will das nicht untersuchen, jede Zeitung nimmt sie, wenn sie geschickt und von sachkundiger Feder geschrieben sind. Der Herr Vorredner sagt, er hätte die Silberverkäufe gar nicht berühren wollen, aber seine ganze Argumentation knüpft er an die Gerüchte, die infolge der Sistierung der Silberverkäufe entstanden sind, und

*) Der Herr Reichskanzler hatte oben von einem „Lemberger“ Juden gesprochen; an dieser Stelle steht aber im amtlichen Bericht: Bamberger. Es liegt entweder ein Sprech- oder Druckfehler vor.

die allerdings für jeden redlichen Deutschen ein viel größeres Gewicht bekommen haben, seit sie in englischer Sprache herüberschallen, als wenn sie in unsrer eignen zum Ausdruck gelangen.

Der Herr Vorredner hat von meiner Andeutung, daß zunächst durch die Sistierung der Silberverkäufe diejenigen, welche gewohnt waren, den Verkauf zu besorgen, empfindlich berührt waren, gesagt, er wolle das nicht als Insinuation bezeichnen. Ich habe damit in der That eine Insinuation nicht verbunden, sondern nur erklären wollen, wie auf ganz natürlichem Wege solche Redereien entstehen. Wenn der Herr Vorredner dagegen seinerseits insinuiert, daß der mutmaßliche Urheber dieser Gerüchte der britische Generalkonsul, das Bankhaus Bleichröder sei, wenn durch skandalöse und schändliche Prozesse weltbekannt ist, daß dieses selbe Bankhaus mein Banquier und Geschäftsführer in Privatangelegenheiten ist, so ist mir dabei doch etwas die Empfindung geworden, als hörte ich die Reichsglocke klingen — nicht die des Herrn Präsidenten, sondern eine andre — und ich möchte dem Herrn Vorredner doch empfehlen, mich auf dieses Gebiet nicht herauszufordern; ich habe nicht geglaubt, daß solche Anklänge hier in dieser Versammlung auch nur in der vorsichtigsten Andeutung möglich wären. (Bravo! rechts.) Mir ist bekannt, daß der Banquier Bleichröder ein Gegner der Goldwährung ist und immer gewesen ist, das wird auch wahrscheinlich dem Botschafter derselben Macht, für welche Herr Bleichröder Konsul ist, bekannt sein, und also wird er darauf weiter kein Gewicht legen. Wenn Herr von Bleichröder nach wie vor nach seinem finanziellen Urtheil die Doppelwährung für richtig hält, so wird das für den Botschafter nichts Neues gewesen sein. Es müssen

doch also noch andre heute mit dieser Insinuation gekommen sein, auf die er Bezug nimmt, und ich kann das wiederholen, daß alle die Aktenstücke, die der Herr Vorredner nachher noch angeführt, von allen belgischen Zeitungen, belgischen Ministern, von englischen Korrespondenzen — er hat einmal, wenn ich recht verstanden habe, englisch vorgelesen (Heiterkeit) — auf uns nicht den mindesten Eindruck machen. Ich bestreite absolut, daß die Aufregung und die Befürchtung vor unüberlegten Schritten der Reichsregierung in dem Maße vorhanden gewesen ist, daß sie irgend einer Beruhigung bedurft hätte, und wenn die Interpellation keinen andern Zweck gehabt hat, als diese Beruhigung für das Publikum herbeizuführen und die angeblich vorhandene Unruhe zu bekämpfen, so sage ich nur, sie ist ein verfehltter Schritt gewesen. (Sehr gut! Bravo! rechts.)

Nach längerer Diskussion wurde der Gegenstand verlassen.

17. Schluß der Session.

12. Juli 1879.

In der 80. Sitzung am 12. Juli schloß der Reichskanzler Fürst Bismarck die Session des Reichstages mit folgender Rede:

Ich werde die Ehre haben, dem hohen Hause eine Botschaft Seiner Majestät des Kaisers mitzuteilen (der Reichstag erhebt sich):

Wir, **Wilhelm**, von Gottes Gnaden, deutscher Kaiser, König von Preußen, thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Reichskanzler, Fürsten von Bismarck ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der

Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 12. Juli dieses Jahres zu schließen.

Urkundlich unter Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Bad Ems, den 7. Juli 1879.

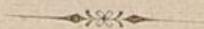
gez. **Wilhelm.**

gegezeg. von **Bismarck.**

Meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich zum Schluß dem Dank der verbündeten Regierungen dafür Ausdruck gebe, daß Sie einem großen und wesentlichen Teil der von uns gebrachten Vorlagen Ihre Genehmigung erteilt und zur Herbeiführung dieser Genehmigung die Diskussionen einer langen, mühevollen und arbeitsamen Sitzung bis hierher durchgeführt haben. Erlauben Sie mir auch, daran die Hoffnung zu knüpfen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche in diesen Diskussionen zu Tage getreten sind, keine dauernden sein werden, sondern daß die Arbeiten, welche uns in der Zukunft, voraussichtlich im Beginn des nächsten Jahres bevorstehen, uns bereit finden werden, mit vereinten Kräften und einigen Sinnes an unser gemeinsames Werk zu gehen. (Bravo!)

Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers den Reichstag für geschlossen.

Der Reichstag trennte sich mit einem dreimaligen Hochruf auf den Kaiser.



Verlag von W. Spemann in Berlin und Stuttgart.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Zur Anschaffung für jede Familienbibliothek werden folgende Werke dringend empfohlen:

Pierer's Konvers.-Lexikon. Siebente Auflage mit Universal-Sprachen-Lexikon nach Joseph Kürschner's System. 230 Lieferungen à 35 Pf. oder 24 Halbbände à 3 M. 25 Pf. od. 12 Halbfranzbde. à 8 M. 50 Pf.

Collection Spemann. Umfasst die besten Werke aller Literaturen, die ausländischen in musterhaften Uebersetzungen. Jeder Band kostet schön und solid gebunden nur 1 Mark. Spezialkataloge durch jede Buchhandlung, oder direkt vom Verleger W. Spemann in Stuttgart.

Die Collection Spemann hat mit durchschlagendem Erfolg den sprichwörtlich hohen Preis der deutschen Bücher ermäßigt.

Deutsche National-Litteratur. Historisch-kritische Ausgabe, herausgegeben von Joseph Kürschner. Bringt in mustergiltigen Ausgaben mit Erläuterungen und Einleitungen die Werke aller deutschen Klassiker. In Heften à 50 Pf., in brosch. Bänden à 2 M. 50 Pf., in gebundenen Bänden à 3 M. 50 Pf.

Kürschner's Taschen-Konvers.-Lexikon. Gebunden 3 M. Gibt umfassend und äußerst zuverlässig auf 100 000 Fragen des Augenblicks eine sofortige Auskunft.

Staats-, Hof- und Kommunal-Handbuch des Reichs und der Einzelstaaten (zugleich Statistisches Jahrbuch), herausgegeben von Joseph Kürschner. Preis des Jahrgangs geb. 6 M. 50 Pf.

Schachkästlein des guten Rats. Herausgegeben von Wilh. Spemann. Preis elegant gebunden 5 M.

Illustrierte Musikgeschichte. Die Entwicklung der Tonkunst von den frühesten Anfängen bis zur Gegenwart. Von Emil Naumann, Königl. Professor und Musikdirektor. 2 Bände gebunden M. 20.

Das Neue Universum. Die wichtigsten Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten. Ein Jahrbuch für Haus und Familie, besonders für die reifere Jugend. Jeder Band gebunden 6 M. 75 Pf.

Pindars Wort: „Das Beste ist das Wasser.“ Das Buch gehört in jede Hausbibliothek.

38. **Riemssen, Ludw.**, Umwege zum Glück. Einige anmut. Erzählg d. beliebt. Schriftstellers, der darin i. ansprechendst. Weise ein Vorkommis modernen Lebens mit lebensfrischen Farben ausführt.
10. 11. **Zolling, Th.**, Reise um die Pariser Welt. Diese frisch., durchweg auf eig. Anschauung beruh. Schilderung geb. e. getreues Bild des geist. wie gesell. Pariser Lebens unter der dritten Republik.

II. Griechische Litteratur.

109. 110. **Aeschylos**, I. Agamemnon. D. Choephoren. Die Eumeniden. II. Die Sieben vor Theben. Die Perjer. Die schugsuchend. Mädchen. Prometheus. Uebers. m. Einl. u. Anmerk. v. Prf. Jaf. Mähly.
125. **Aristophanes**, I. Die Wolken. Die Frösche. Uebers. m. Einl. u. Anmerk. v. Prf. Jaf. Mähly.
128. **Curipides**, Alkestis. Der rasende Herakles.
129. — — Ion. Die Bachtantinnen.
124. **Herodots** Geschichten. Uebers. v. Dr. R. Abicht. I. 1. u. 2. Buch nebst Einl. u. sachl. Erläuterung.
12. 104. **Homer**, I. Odyssee. II. Ilias, übers. von J. H. Voss, m. Einl. v. Prf. J. Mähly.
118. **Longo**, I. Daphnis u. Chloë. Uebers. u. mit Einleitung v. Franz Passow.
103. **Plato**, I. Verteidigungsrede d. Sokrates. Kriton. Phädo. Uebers. u. eingel. v. Direkt. G. Hef.
126. 127. — II. III. Der Staat. I. u. 2. Bd. Uebers. u. eingel. von Direkt. G. Hef.
130. **Plutarch**, Maximen von Königen und Feldherren. Maximen römischer Feldherren. Latonische Maximen. V. d. Tugenden d. Frauen.
131. — — Ueber den Genius d. Sokrates. Politische Vorschriften.
113. 116. **Sophokles**, I. König Oedipus, Oedipus in Kolonos. II. Antigone, Ias, Elektra. Uebers. m. Einl. u. Kom. v. Dr. B. Pfänschmidt.

III. Römische Litteratur.

132. **Catull, Propertius u. Tibull**, Ausw. ihr. Ged.
107. 108. **Cäsar**, I. Denkwürdigkeiten üb. d. Bürgerkrieg. Uebers. m. Einl. u. Kom. v. Dr. R. Zwirnman. II. Denkwürdigkeiten über den gall. Krieg. Uebers. u. mit Einleit. u. Kom. v. Dr. Th. Gelbe.
115. 117. 119. **Cicero**, Uebers. m. Einl. u. Kom. v. Dr. P. Hellwig. I. 1. Rede geg. Verres. I. u. 2. Catil. Rede. Für Cälius. Für Mito. II. 4. u. 5. Rede geg. Verres. 3. u. 4. Catil. Rede. III. Ueb. das höchste Gut.
112. **Nepos**, Lebensbeschreibungen. Uebers. m. Einl. u. Kom. v. Dr. R. Zwirnman.
111. 114. **Ovid**, „Die Verwandlungen“. I. u. II. Bd. In Auswahl übers. v. J. H. Voss. Neubearbeit. u. eingel. v. F. Leo.
105. 106. **Sueton**, Cäsarenbilder. I. Cäsar. Augustus. Tiberius. II. Cajus Caligula. Claudius. Nero. Galba. Dtho. Vitellius. Vespasian. Titus. Domitian. Uebers. u. eingel. v. Dr. J. Sarrazin.
101. 102. 120. 123. **Tacitus**, I. Bd. Germania. Agricola. Die Redner. II. Bd. Historien. III. Bd. Annalen I. IV. Bd. Annalen II.
121. 122. **Virgil**, Uebers. u. eingel. v. Dr. H. Dütsche. Bd. I. Ektogen. Georgika. Bd. II. Aeneis.

IV. Englische Litteratur.

306. 307. 308. **Besant, Walter**, Die gute alte Zeit.
32. 33. **Bulwer, Ed. L.**, Eugen Aram. Mit e. Einl. v. L. Proescholdt. 2 Bde.
152. **Burns', Rob.**, Werke. I. Lieder und Balladen. Uebers. v. A. Baifsch.
172. 173. 174. 175. **Byron**, I. Bd. Manfred, Cain, Himm. u. Erde, Sardanapal. II. III. Bd. Don Juan. IV. Bd. Der Gefangene v. Chillon. Der

- Glaur. Die Braut von Abydos. Der Korjar. Lara. Die Belagerung von Korinth. Parisina. Uebers. m. Einl. u. Anm. v. Dr. Adalb. Schroeter.
156. **Carlyles, Thomas**, Werke I. Goethe. Schiller. Graf Cagliostro. D. Diamantenhalsband. Uebersetzt von A. Kregschmer, mit einer Einleit. von J. Scherr.
- 157—159. **Dickens', Ch.**, Werke. I.—III. Dav. Copperfield. Uebers. v. H. Lobedan, mit einer Einl. v. L. Proescholdt.
- 153—155. **Fielding, G.**, Tom Jones. 3 Bde. Mit einer Einl. von J. Schmidt.

- Nur lächerl. Prüderie kann an d. kräftig gezeichnet. Charakter u. lebend. Schilderungen Anstoß nehmen; jede gesunde Natur wird sich durch das Meisterwerk d. engl. Romandicht. erfrischt fühlen.
163. **Goldsmith, I.** Der Landprediger v. Wakefield. Mit einer Einl. v. Prof. Dr. J. Schmidt.
- Goldsmith ist kaum von einem andern Erzähler übertrossen im Talente der anspruchslosen, natürl. u. ungezwungenen Erzählung u. d. Kunst, idyllische Stimmungsbilder hervorzubringen.
301. 302. **Grah, Maywell**, Der Defan von Westminster.
304. 305. **Hatton, Joseph**, Ahtie. Ein Roman aus dem modernen Leben.
151. **Milton, John**, I. Das verlorene Paradies. Mit einer Einl. von Ludwig Proescholdt.
164. 165. **Ossians** Gedichte. Uebers. v. Ed. Brindmeyer.
310. **Quida**, Verfehlte Spekulationen oder die Leiden einer Anstands-dame.
166. 167. **Scotts, Walter**, Werke. I. u. II. Waverley. Uebers. u. mit einer Einl. von L. Proescholdt.
- Waverley war d. erste in jener glänzenden Reihe von Romanen, welche durch den neuen, originellen Ton, durch Stoff u. Behandlung, bahnbrechend für die Entwicklung der Romandicht. geworden sind.
169. 170. 171. **Smollet, T. G.**, I.—III. Peregrin Pickles Abenteuer, Fahrten und Schwänke. Mit einer Einleitung von L. Proescholdt.

- Die lebenswahre, wenn auch oft mehr als derbe Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Sittenzustände wird auch heute noch seine Anziehungskraft auf den Leser ausüben.
168. **Swift**, Ein Märchen von der Toile.
- Nicht feingespigte Pfeile d. Satire versend. Swift, sond. erstgemeinte kräftige Keulenschläge werden i. d. „Märchen“ ansgeteilt, denen man d. Verbisshenheit des Verfassers, aber doch auch sein Streben nach sittl. Besserung der kirchlichen und sozialen Zustände wohl anmerkt.
- 160—162. **Thackeray, W.** Citelheitsmarkt. Uebers. v. H. Lobedan, mit einer Einl. v. Dr. Joh. Pröhs.
- Dieses Werk des geistvollsten und originellsten Satirikers d. 19. Jahrh. spiegelt dessen literarische Physiognomie in so unmittelbarer Schärfe u. drausfischer Frische wieder wie kein andres.

V. Französische Litteratur.

215. **Balzac, Honoré de**, Oberst Chabert. Uebers. v. Fabian Philipp. M. einer Einl. v. Ferd. Lotheissen.
- Ein Hauptvorzug der Balzacschen Romane ist die psychologische Wahrheit, die sich besonders i. d. Zeichnung d. Frauen-Charaktere befundet. Er ist ein Bestimmist durch u. durch u. reizt häufig z. Widerspruche.
219. **Chateaubriand, I.** Atala. René. Der Letzte der Abencerragen. Uebers. u. m. e. Einl. v. Steph. Born.
- In „Atala“ u. „René“, welche beide im Urvalde von Louisiana ihren Schauplatz haben, ist der Dichter z. Maler geworden u. wirkt durch alle Zauber einer uns fremd. tropisch. Welt auf d. Phantasie d. Lesers.
76. **G. Daudet**, Ein Märtyrer der Liebe, Die Baronnin Amaliti. Uebers. v. Asmus u. König.
- Zwei im höchsten Maße anziehende u. spannende Novellen, in denen ernste seelische Konflikte mit echt französischem Esprit gelöst werden.

Jeder Band ist einzeln käuflich.

Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer.

89. **France, Anatole**, Sylvester Bonard. Uebers. von F. Asberg.

Ein fesselndes und psychologisch hoch interessantes Produkt der neueren französischen Schule liegt in obigem Roman vor uns, dessen Autor es wohl verstanden hat, die Klippen der modern-realistischen Richtung zu vermeiden.

207. 208. **Hugo, V.**, Notre Dame v. Paris.

Wohl der vollendetste Roman Hugos, welcher sicher dazu beitragen wird, die Zahl der Verehrer d. greiß. Altmeisters der Franzosen zu vermehren.

214. 216. **La Bruhière**, Die Charaktere. Uebers. und mit einer Einl. von R. Hamel.

Ein überraschender Reichtum an anregenden Gedanken tritt uns aus diesen Essays, welche im glänzendsten Stile geschrieben sind, entgegen.

8. **Le Sage**, Der hinkende Teufel. Mit einer Einl. v. Ferd. Lotheisen.

Die Quintessenz des „Diable boiteux“ liegt i. d. Versprechen des Asmodeus: „Um euch eine vollkommene Kenntnis des menschlichen Lebens zu geben, will ich euch das Treiben aller dieser Menschen erklären. Ich werde euch die Motive ihrer Handlungen und selbst ihre geheimsten Gedanken enthüllen.“

213. **Mérimée, Prosper.**, Colomba, Carmen. Uebers. und mit einer Einl. von D. Mylius.

In vorzüglicher Uebersetzung werden hier zwei Novellen geboten, von denen die zweite um so mehr beliebten Oer der Jetztzeit entnommen ist.

303. **Peyrebrune, Madame de**, Das Fräulein von Tremor.

218. **Racine**, I. Andromache. Britannicus. Mithridat. Uebers. und eingel. von F. Schröder.

Das Wort Friedrichs d. Großen: „Wer nicht wie Racine schreibt, sollte auf die Poesie verzichten“, ist wohl hinreichende Empfehlung für das vorstehende Werk.

201—203. **Rousseau, J. J.**, Bekenntnisse. Mit einer Einl. von Prof. Dr. St. Born.

Selten hat die Litteratur e. so eigenartiges Werk hervorgebracht, wie diese Bekenntnisse eines Genies, welches in ihnen d. Verirrungen, Kämpfe u. Abenteuer seiner Jugend für alle Zeiten und Völker niedergelegt hat.

211. 212. — — Die neue Heloise.

Ein in poetischer Sprache geschriebener Roman, welcher dem Autor einen seiner glänzendsten Erfolge verschaffte. Das reine Naturleben wird darin den abstoßenden Verhältnissen des verfeinerten Lebens gegenübergestellt.

210. **Saintine, F. V.**, Picciola. Uebers. u. mit einer Einl. von Otfried Mylius.

Jeder Leser dieses Buches wird das Aufsehen verstehen, welches dasselbe bei seinem Erscheinen machte, und sich unwiderstehlich von dem tiefen Gemüt des Verfassers angezogen fühlen.

204. **Saint-Pierre, V. de**, Paul und Virginie. Mit einer Einl. und in neuer Uebers. von R. Saar.

Von „Paul u. Virginie“ schreibt Humboldt: „Viele Jahre ist es von mir gelesen worden. . . Meine Begleiter und ich wurden von der bewunderungswürdigen Wahrheit durchdrungen, mit der die mächtige Tropennatur dargestellt ist.“

217. **Saint-Simon**, Memoiren. I. Bd. Mit einer Einl. von Ferd. Lotheisen.

Diese an Tacitus gemahnenden Schilderungen des französischen Staatslebens und des Versailles Hofes werden nie ihren Wert verlieren.

209. **Sand, George**, Indiana. Uebers. v. H. Meister, mit einer Einl. v. St. Born.

Diese Jugendarbeit gehört in ihrer packenden Durchführung, durch die Kraft der Charaktere und das spannende Fortschreiten der Handlung zu dem Besten, was die geniale Frau geschrieben hat.

206. **Sévigné, Madame de**, Ausgewählte Briefe. Uebers. und eingel. v. F. Lotheisen.

Die Briefe der Mad. de Sévigné zeichnen sich durch lebhaften Geist u. wahres Gefühl aus u. bieten die lebendigsten Schilderungen der franz. Hofverhältnisse im 17. Jahrhundert.

205. **Tillier, Claude**, Mein Onkel Benjamin. Uebers. und eingel. v. R. Saar.

Ein Roman, welcher durch seine Eigenart in der ganzen Litteratur dies. Jahrhunderts kaum seinesgleichen hat u. zu den Werken gehören wird, welche bleiben.

82. **Töpffer, Rud.**, Genfer Novellen. Uebers. v. H. Scholle.

Der Uebersetzer führte diese herrlichen Blüten einer echten Dichterseele mit folgenden Worten ein: „Warum sollt' ich nicht glauben, daß diese kleinen Erzählungen durch den in ihnen verbreiteten Reiz von Natürlichkeit, Feinsinn und Anmut auch noch andern gefallen werden?“ . . . Es sind zarte Abspiegelungen des innersten Seelentebens.“

VI. Italienische Litteratur.

96. **De Amicis, Edm.**, Skizzen aus d. Soldatenleben. Uebers. v. Agn. Burchard.

Die Frische und Unmittelbarkeit, welche diesen Skizzen eigen, der Humor und die italienische Glut, welche den Verfasser zum Liebling seiner Landsleute gemacht, werden auch unserer durchaus gelungenen Uebersetzung zweifelsohne viele Freunde erwerben.

311. 312. 313. **Fogazzaro, A.**, Malombra. Roman in 3 Bänden.

23. **Mancini, Lydia**. Uebers. von H. Lobedan, mit einer Einl. von F. Lewald.

258. — — Vom Fenster aus. Uebers. v. H. Lobedan.

In beiden Romanen der geistreichen Italienerin sind die Heldinnen Frauen, aber echte und rechte Frauen, die etwas gelernt haben und gute Gattinnen und Mütter geworden sind.

253. 254. **Manzoni, Aless.**, Die Verflochtenen. Uebers. und mit einer Einl. von W. Raden.

Einer der vorzüglichsten histor.-nation. Romane der Weltlitteratur, der das ital. Leben im 17. Jahrhundert mit Meisterhaftigkeit schildert, mit einer Wahrheit, einem Farbenreichtum, der das Geschriebene als Wirklichkeit erscheinen läßt.

63. **Misasi, Nicola**, Kalabrische Novellen. Uebers. und eingel. von Woldemar Raden.

Südl. Leidenschaft pulsiert in diesen vortrefflichen Erzählungen des bekannten italienischen Novellisten, der mit außerordentlichem Geschick neben andern Motiven die Blutrache verwertet.

251. 252. **Petrarca's** Gedichte. I. Sonette u. Kanzenen auf das Leben der Donna Laura. II. Sonette u. Kanzenen auf den Tod der Donna Laura.

L. Geiger sagt in seiner Einleitung u. Ard.: „Die Verehrung mag schwinden oder sich vermindern, die Liebe aber bleibt.“ Die Wahrheit dieses Wortes wird jeder Leser an sich erfahren.

256. **Tasso**, Das befreite Jerusalem. Uebers. von J. D. Gries, eingel. von E. Samojich.

Jeder Freund einer edlen, poetischen Diction u. klangvollen musikalischen Versifikation wird sich an diesem unvergänglichen Werke erquicken.

VII. Spanische Litteratur.

30. **Marcon, R. A. de**, Manuel Benegas.

Naturgetreue Schilderung d. Verhältnisse, eine seltene Herrschaft über die Sprache, sowie eine könnige Einfachheit machen diesen Roman zu einem der bedeutendsten der spanischen Litteratur.

Jeder Band ist einzeln käuflich.

Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer.

edrigte und Belei-

und allgemein ge-
Bildern aus dem
niederer u. hoher
ischen Scharf- und

wellen. Mit einer

dre Erzählungen.
altenen Novellen
nder Originalität
des Dichters.
abe. Uebers. von

in einen Teil des
tark, dem Vater-
de s nennt diesen
nan ein seine s,
s Buch.

alltägl. Geschichte.

en wenigen, aber
ten das geist. u. so-
e in einem Bren-
ie Seele tritt.

Alhambra. Mit
ldt.

eint alle Vorzüge
schreibweise: Voll-
anz der Sprache,
ig.

chter u. die Welt.

in spannenden und
bei seinem Er-
chter, eroberte im
Landsleute und
Reislerwerke.

sichten. Uebers. u.

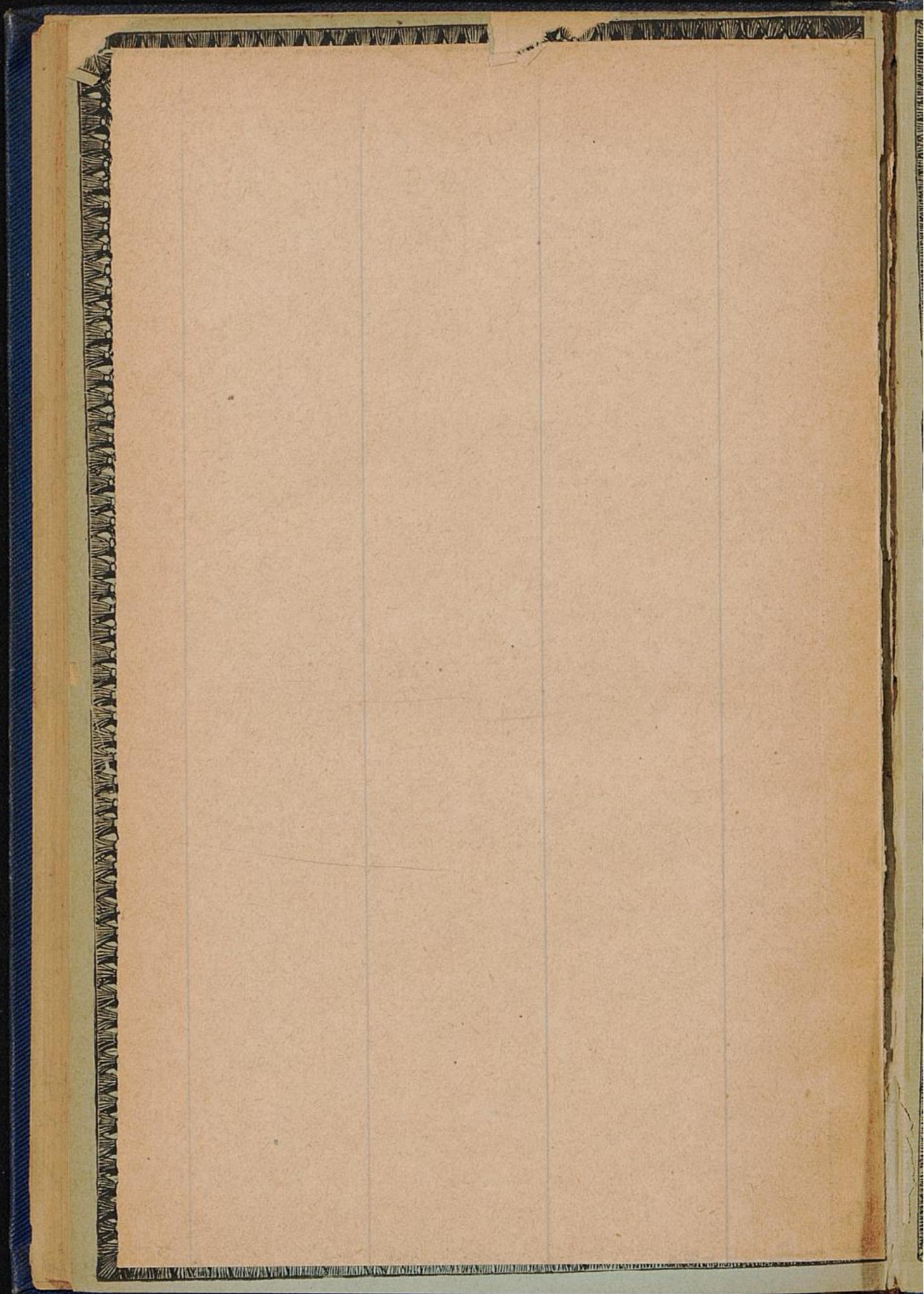
That, so grotesk
u. eigenartig, daß
ite legt, als bis
t ist.

sfage. Uebers. u.

ern, ohne zu w el-
echt nach dem an-
die späteste Nach-
veru."

u. Söhne. Uebers.
Rob. Vorberger
or. Bedeutg, schon
rst. Male d. Wort
Gegensatz, welch.
i" treunt, wird dich
eistert, beleuchtet.

affen kämpft der
e hochbedeutfame
rrheit u. Be-
schen Gesellschaft.



Inches 1 2 3 4 5 6 7 8

Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

TIFFEN Color Control Patches

© The Tiffen Company, 2007

Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black

